

**Die Wahrnehmung der
Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten
in der deutschen Tagesberichterstattung**

**Eine empirische Untersuchung zur Beschreibung der
Ausbildung einer Europäischen Öffentlichkeit**

Magisterarbeit
am Institut für Kulturwissenschaften
der Universität Leipzig

Erstgutachter: Prof. Dr. Jürgen Gerhards
Zweitgutachter: PD Dr. Klaus Beck

Anke Offerhaus
geb. am (...) in (...)
Matrikelnummer: (...)

Beginn der Bearbeitungszeit: 23. Oktober 2001
Abgabe der Arbeit: 28. Mai 2002

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	4
I Der Prozess westeuropäischer Einigung zur EU	9
1. Entstehung der supranationalen Institution ‚Europäische Union‘	10
2. Auswirkungen auf die europäischen Nationalstaaten	15
2.1 Transnationalisierungsprozesse in der Wirtschaft und in der Politik.....	17
2.2 Probleme einer supranationalen Politik.....	18
3. Europäische Identität und Europäische Öffentlichkeit als politische Zielvorstellungen	22
4. Zusammenfassung und Fragestellungen der Arbeit	25
II Die Entstehung einer Europäischen Öffentlichkeit	28
1. Demokratie und Öffentlichkeit	28
2. Ansätze zur Beschreibung einer Europäischen Öffentlichkeit	32
2.1 Forschungsstand und Theorieentwicklung	32
2.2 Konzept Gerhards‘ als repräsentativ-liberales Modell von Öffentlichkeit.....	35
2.3 Konzept Eders als diskursives Modell von Öffentlichkeit.....	39
3. Zusammenfassung und Hypothesenbildung	42
4. Inhaltsanalyse	45
4.1 Methodendiskussion	45
4.2 Begründung und Charakterisierung des ausgewählten Datenmaterials.....	50
4.3 Operationalisierung und Entwicklung des Wörterbuchs.....	54
4.4 Ergebnisse der CD-ROM-gestützten Inhaltsanalyse	59
III Die Ursachen einer unterschiedlichen Länderwahrnehmung	69
1. Analysen des internationalen Nachrichtenflusses.....	70
2. Entstehung und Entwicklung der Nachrichtenwerttheorie.....	74
2.1 Einordnung der Nachrichtenwerttheorie in die Forschungstradition.....	74
2.2 Verschiedene Entwicklungsstufen der Nachrichtenwerttheorie.....	75
2.3 Verwendung von Ländermerkmalen als Nachrichtenfaktoren.....	80
3. Zusammenfassung und Hypothesenbildung	82

4. Regressionsanalyse.....	83
4.1 Methodendiskussion	83
4.2 Operationalisierung und Festlegung der Indikatoren.....	85
4.3 Ergebnisse der Regressionsanalyse	89
IV Abschätzung der Konsequenzen für eine Europäische Öffentlichkeit	94
1. Interpretation der Ergebnisse	94
2. Methodenkritik	97
3. Forschungsausblick.....	99
Literaturverzeichnis.....	105
Anhang.....	113

EINLEITUNG

Trotz des vor knapp zehn Jahren geschlossenen Vertrags von Maastricht zur Gründung der Europäischen Union (EU) scheint der Prozess zunehmender Einigung der europäischen Staaten ins Stocken geraten zu sein. Zwar wurde die Union 1995 durch den Beitritt von Österreich, Schweden und Finnland auf die jetzigen 15 Mitglieder erweitert sowie die Öffnung für weitere zehn Beitrittskandidaten ost- und mitteleuropäischer Länder in Aussicht gestellt. Dennoch finden sich vielerorts ausgiebige Krisenbeschreibungen im Zusammenhang der EU (vgl. STATZ/WEINER 1995: 3f.; SIEVERT 1998: 16ff.). Dabei werden unterschiedliche, zum Teil unmittelbar miteinander verbundene Facetten des Regierens und der Struktur des sog. *dynamischen Mehrebenensystems* (vgl. JACHTENFUCHS/KOHLER-KOCH 1996) zur Krisendefinition herangezogen: Beispielsweise zeigt der jüngste Skandal um die Entlassung eines dänischen EU-Beamten im Zusammenhang mit der Fischereireform ein seit der Gründung der EU grundlegendes und immer wieder zu Konflikten führendes Problem, nämlich „...den Kampf um Prinzipien, Interessen und nationale Egoismen“ (PINZLER 2002). Hier stoßen einerseits unterschiedliche Vorstellungen der Mitgliedsländer bezüglich bestimmter regelungsbedürftiger Politikfelder aufeinander. Andererseits variieren in den einzelnen Ländern die Bereitschaft und das Ausmaß, Kompetenzen an die EU abzugeben und sich gemeinsam beschlossenen Vorgaben zu beugen. Ein weiteres Krisensymptom zeigen die regelmäßig durchgeführten Eurobarometer-Umfragen. Die abnehmende Unterstützung in der Bevölkerung, insbesondere in den letzten Jahren auch innerhalb der Gründerstaaten (vgl. MELICH 2001: 142; IMMERFALL/SOBISCH 1997), zeigt die große Distanz zwischen ‚den da oben in Brüssel‘ und den ‚europäischen BürgerInnen‘. Das geringe Institutionenwissen und die niedrige Wahlbeteiligung in Deutschland sowie in einigen anderen Ländern bei den Europaparlamentswahlen lassen ebenfalls auf eine überwiegende Gleichgültigkeit der BürgerInnen gegenüber europapolitischen Fragen schließen. Damit ist ein drittes Problem verknüpft, das – als Demokratiedefizit der EU bezeichnet – in der mangelnden Bindung politischer Entscheidungen an die Zustimmung der Entscheidungsbetroffenen besteht (vgl. ABROMEIT/SCHMIDT 1998: 298). Aus institutioneller Sicht stellt sich dieses Defizit neben der vergleichsweise schwachen Stellung des einzig direkt gewählten Organs, das Europäische Parlament, durch eine unvollständige Gewaltenteilung, eine fehlende Parlamentarisierung des Gesetzgebungsprozesses, durch Intransparenz und mangelhafte Zurechnungsmöglichkeit von Entscheidungen sowie durch eine fehlende Verfassung dar (vgl. EDER ET AL. 1998: 321). Zusammenfassend ergibt sich ein Widerspruch aus der Tatsache, dass die Europäische Union mittlerweile erheblich an Kompetenzen und Einfluss gewonnen hat, dagegen

die Informations- und Einflussmöglichkeiten der europäischen BürgerInnen aber immer noch sehr gering sind.¹ Gegenwärtig steht demnach neben dem beschriebenen Demokratiedefizit der Europäischen Union ihre grundsätzliche Legitimation im Sinne ihrer Anerkennung als politischer Ordnung auf dem Prüfstand.

Aus diesen beiden für eine weitere Vertiefung der Integration grundlegenden Problemen der EU, dem Demokratie- und Legitimationsdefizit, resultiert die Frage nach der Ausbildung einer Europäischen Öffentlichkeit. Da Demokratien ihrem Wesen nach eine Herrschaft des Volkes darstellen, also alle BürgerInnen an Entscheidungen teilhaben sollen, sind sie ohne weitreichende kommunikative Prozesse nicht möglich. Auch die Legitimation demokratischer Herrschaft, die auf nationalstaatlicher Ebene durch die Wahl politischer RepräsentantInnen in Parlament und Regierung hergestellt wird, ist auf die öffentliche Information, Diskussion und Meinungsbildung gestützt. Dem Phänomen demokratischer *Öffentlichkeit* liegen je nach Betrachtungsperspektive sehr unterschiedliche Funktionen, Konzeptionen und Formen zugrunde, die im Verlauf der Arbeit geklärt werden sollen. Strukturell richtet sich dabei in den gegenwärtigen Gesellschaften der Fokus auf die massenmediale Herstellung von Öffentlichkeit, da nur Massenmedien, bei GERHARDS/NEIDHARDT (1990) als intermediäres System zwischen Politik und Gesellschaft bezeichnet, den Zugang aller Gesellschaftsmitglieder gewährleisten können.

Diesen Prämissen zufolge führt die Frage nach der Ausbildung einer Europäischen Öffentlichkeit, der die Behebung bzw. zumindest die Verringerung des Demokratiedefizits der Europäischen Union zugeschrieben wird, zur Untersuchung der massenmedialen Berichterstattung. Die vorliegende Analyse einiger ausgewählter Zeitungen der deutschen Qualitätspresse soll daher unter dem Fokus auf die EU und ihre Mitgliedsländer als ‚nationale Akteure‘ innerhalb des ‚supranationalen Akteurs‘ Aufschluss über das Europäisierungsniveau der deutschen Tagespresse geben. In dieser Ausrichtung verfolgt die Arbeit zwei unterschiedliche Zielsetzungen, die vor dem Hintergrund der Ausbildung einer Europäischen Öffentlichkeit gedeutet werden. Die Beantwortung der ersten Fragestellung dient der Charakterisierung der deutschen EU-Berichterstattung:

Hat im Zeitverlauf von 1995 bis 2000 eine Europäisierung a) im Sinne einer Zunahme der EU-Berichterstattung und b) im Sinne einer zunehmenden Darstellung anderer EU-Mitgliedsländer der deutschen Tagespresse stattgefunden?

¹ Die Europäische Union verfügt dabei als demokratische Institution über mehr Kompetenzen als ein loser Verbund von Staaten, kann aber trotz Merkmalen wie der Unionsbürgerschaft, einem Parlament und bindender Rechtsverordnungen noch nicht als eigenes Staatsgebilde begriffen werden. An andere Stelle wird dafür der Begriff eines ‚staatsähnlichen politischen Regimes‘ verwendet (vgl. LEPSIUS 1999: 205).

Der theoretische Zugang zur Beantwortung dieser Frage erschließt sich auf der Basis bekannter normativer Demokratie- und Öffentlichkeitstheorien, von denen hier die repräsentativ-liberale Vorstellung den normativen Untersuchungshintergrund bildet. In der Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands zur Durchführung der Inhaltsanalyse spielen folgende Dimensionen von Öffentlichkeit eine Rolle (vgl. FAULSTICH 2000: 86): Es geht erstens um die Untersuchung *politischer Öffentlichkeit* in den *Massenmedien*. Ein *Raumbezug* ergibt sich zweitens aus der ausschließlichen Betrachtung der *deutschen* Nachrichtenberichterstattung. Der Blick innerhalb der nationalen Nachrichtenberichterstattung richtet sich drittens auf die im Zusammenhang der EU relevanten *Akteure*, nämlich die EU selbst als *transnationaler Akteur* und die EU-Mitgliedsländern als *nationale Akteure*, die bzw. deren Regierungen innerhalb der europäischen Politik immer noch die letzten Entscheidungsinstanzen darstellen.

Die zweite Untersuchungsfrage zielt in eher explorativer Form auf die Erklärung möglicher Unterschiede in der Wahrnehmung der einzelnen Mitgliedsländer:

Wie lassen sich, interpretiert man die zunehmende Wahrnehmung² anderer EU-Mitgliedsstaaten in der deutschen Tagespresse als Europäisierung, mögliche Unterschiede in der Berücksichtigung der EU-Mitgliedsstaaten erklären?

Zur Beantwortung dieser Frage wird die Nachrichtenwerttheorie herangezogen, die als Nachrichtenselektionstheorie allgemeingültige Ursachen zu Wahrnehmung und Auswahl von Ereignissen und Themen für die journalistische Berichterstattung angibt. Dieser theoretische Zugang kann in einen weiteren Rahmen gestellt werden, betrachtet man die Europäisierung der Berichterstattung durch die gleichmäßige Berücksichtigung der EU-Mitgliedsländer als Bedingung für eine gelingende Integration der Länder. Erkenntnisse über die Ursachen unterschiedlicher Länderwahrnehmungen ermöglichen somit Prognosen über die Chancen zur europäischen Integration. Diese Stoßrichtung der Untersuchung der EU-Berichterstattung soll zwar perspektivisch mitbedacht werden, da sie sich aus der institutionellen Entwicklung und den politischen Zielen der Europäischen Union ergibt. In erster Linie dienen die beiden Fragen aber der Beschreibung und Begründung des Europäisierungsgrades der politischen Kommunikation und damit als Hinweis auf die Entstehung einer politischen Europäischen Öffentlichkeit.

Im Kontext dieser Fragestellungen sei noch auf einige grundsätzliche Schwierigkeiten verwiesen. Diese ergeben sich insbesondere aus der Interdisziplinarität des Themas

² Unter der ‚Wahrnehmung‘ von Ländern wird deren namentliche Nennung verstanden. Der Begriff wird deshalb verwendet, da er die für massenmediale Berichterstattung bedeutsame Schwelle vom Aufmerksamwerden zur Selektion betont (obwohl die Nennung der Länder in den Artikeln natürlich schon als Ergebnis der Selektion vorliegt).

‚Europäische Öffentlichkeit‘. Einer groben Abgrenzung zufolge kann man die unmittelbare Relevanz des Themas aus politikwissenschaftlicher Sicht begründen. Der Zugang ergibt sich, ausgehend Demokratie- und Legitimationsdefizit der EU, durch die politikwissenschaftliche Diskussion von Demokratie- und Staatsauffassungen. Der sich anschließende empirische Zugang der Untersuchung leitet sich aus einer kommunikations- und medienwissenschaftlichen Perspektive ab. Hier werden Theorien politischer Öffentlichkeit und dabei insbesondere die massenmediale Herstellung von Öffentlichkeit ins Zentrum der Analyse gerückt. Die umfassende normative Stoßrichtung bzw. das Erkenntnis leitende Interesse lässt sich soziologisch bestimmen. Demzufolge geht es bei dem Wandel bislang nationalstaatlich verfasster Gesellschaften und hinsichtlich der sich supranational ausweitenden EU um die Frage, wie eine Gesellschaft jenseits des Nationalstaates entstehen und unter welchen Bedingungen die weitere Integration der Staaten Europas in die Europäische Union gelingen kann.³ Als besonders dringlich erweist sich die Frage hinsichtlich der bevorstehenden Osterweiterung.

Aus diesem Grund ist der Einstieg in die Arbeit sehr weit angelegt, greift Aspekte aller drei Disziplinen auf, um den Gegenstand hinsichtlich seines Ursprungs und seiner politischen Zielrichtung zu platzieren sowie wichtige Begrifflichkeiten einzuführen. Allerdings gehen damit aus der Sicht der einzelnen Disziplinen möglicherweise auch Ungenauigkeiten einher ebenso wie teilweise notwendige und unvermeidliche Sprünge in den Ebenen der Argumentation und in den Betrachtungsperspektiven.

Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich im Blick auf den Untersuchungsgegenstand ‚Europäische Öffentlichkeit‘ daraus, dass es sich hierbei aus den oben genannten Gründen bislang eher um eine politische Zielvorstellung als um eine faktische Gegebenheit handelt, die es zu untersuchen gilt. Insofern können die Ergebnisse allenfalls als Vorformen interpretiert werden.⁴

Die Arbeit gliedert sich in vier Hauptkapitel, von denen das erste den thematischen Rahmen absteckt, die Relevanz des Themas begründet und die der Untersuchung zugrunde liegenden Fragestellungen liefert. Die beiden Hauptteile der Arbeit, das zweite und dritte Kapitel, bestehen jeweils aus einem theoretischen und einem empirischen Teil. Im vierten Kapitel werden schließlich die Ergebnisse der beiden empirischen Analysen vor dem

³ Bach bemerkt in diesem Zusammenhang, dass die europäische Integration für die Soziologie bislang immer noch ein Randthema ist. Die „...Themenstellung kann weder unmittelbar an theoretische oder empirische Forschungstraditionen angeschlossen werden, noch ist die Europaforschung eine etablierte Forschungsrichtung“ (BACH 2000: 14).

⁴ Der Begriff ‚Europäische Öffentlichkeit‘ wird hier daher zunächst in einer allgemeinen, undefinierten und alle möglichen Vorstellungen und Ansätze subsumierenden Form verwendet. Für die empirische Analyse wird er aber dann auf den konkret zu untersuchenden Ausschnitt eingegrenzt, vgl. Abschnitt II.3.

Hintergrund der Fragen zusammengefasst, die Angemessenheit der verwendeten Methoden diskutiert sowie ein Ausblick auf weitere Forschungsmöglichkeiten gegeben.

Im ersten Kapitel soll zunächst in einem historischen Abriss der Einigungsprozess der westeuropäischen Staaten bis hin zur Europäischen Union dargestellt werden. Dem gegenüber stehen aus der Perspektive der Nationalstaaten Transnationalisierungsentwicklungen, die samt den damit für die EU verbundenen Folgeproblemen Gegenstand des folgenden Abschnitts sind. Sowohl die Tendenzen zur Auflösung bzw. Verschiebung nationalstaatlicher Einflussphären auf die Europäische Union wie auch die gegenwärtigen Defizite führen zur Frage nach der Rolle der Medien und der Entstehung einer Europäischen Öffentlichkeit innerhalb des Integrationsprozesses.

Im zweiten Kapitel wird die Frage nach der Europäischen Öffentlichkeit unter demokratiethoretischen Gesichtspunkten auf politische Öffentlichkeit eingegrenzt sowie aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht bekannte Öffentlichkeitstheorien in ihren Übertragungsmöglichkeiten auf die Europäischen Union diskutiert. Schließlich wird eine Öffentlichkeitsvorstellung mit einer Entwicklungsperspektive für die Ausbildung einer Europäischen Öffentlichkeit herausgegriffen, operationalisiert und in Form einer Inhaltsanalyse überprüft.

Das dritte Kapitel setzt an einer Operationalisierungsmöglichkeit von Europäisierung im Sinne einer zunehmenden Wahrnehmung anderer EU-Mitgliedsstaaten in EU-Berichten an und versucht, die sich herauskristallisierenden Unterschiede zu erklären. Die Idee der Beschreibung und Erklärung von Kommunikationsverläufen und -strukturen basiert auf Studien zur internationalen Nachrichtenberichterstattung und bezieht Nachrichtenwertfaktoren als die mediale Aufmerksamkeit erklärenden Variablen ein. Daher werden schließlich zwei verschiedene Nachrichtenfaktoren als Ländermerkmale durch eine Reihe von Indikatoren operationalisiert und durch das strukturprüfende Verfahren einer Regressionsanalyse hinsichtlich der Stärke und Richtung ihres Einflusses analysiert.

Das vierte Kapitel dient der Interpretation der beiden Untersuchungsblöcke unter Rückbezug auf die beiden leitenden Untersuchungsfragen sowie der Prognose von Weiterentwicklungsmöglichkeiten Europäischer Öffentlichkeit vor dem europapolitischen Hintergrund. Im daran anschließenden Abschnitt werden die der Untersuchung zugrundeliegenden Methoden noch einmal kritisch auf ihre Angemessenheit im Sinne der Fragestellungen diskutiert sowie in einem Ausblick Verbesserungs- und Erweiterungsmöglichkeiten für vergleichbare Untersuchungen aufgezeigt.

I DER PROZESS WESTEUROPÄISCHER EINIGUNG ZUR EU

In diesem Kapitel, das den thematischen Rahmen der vorliegenden Arbeit liefert, geht es um zwei zusammenhängende, aber je nach Perspektive zu unterscheidende Gesellschaftsentwicklungen. Zum einen hat im Zeitverlauf der vergangenen 50 Jahre eine *Integration*⁵ der meisten westeuropäischen Staaten in die Europäische Union (EU) stattgefunden, die als politische Institution dabei zunehmend an Macht und Kompetenz gewonnen hat. Zum anderen lassen sich gesellschaftliche Veränderungen feststellen, die seit einigen Jahren verstärkt unter Begriffen wie ‚Globalisierung‘, ‚Europäisierung‘ oder – ohne Bestimmung der Entwicklungsrichtung – *Transnationalisierung*⁶ diskutiert werden. Mit dieser dynamischen Entwicklung und den damit verbundenen Folgen geht in der öffentlichen Diskussion die Sorge um den eintretenden Macht- bzw. Kompetenzverlust nationalstaatlicher Politik einher.

Aus wissenschaftlicher Sicht ist die theoretische Grundlage der Beschäftigung mit solchen Phänomenen die makrosoziologische Perspektive auf den Wandel nationalstaatlich verfasster Gesellschaften (vgl. GERHARDS 2000: 278). Da es in der vorliegenden Arbeit um die Beschreibung massenmedialer politischer Öffentlichkeit mit thematischem Bezug auf die Europäische Union sowie der EU-Mitgliedsländer in den Nachrichten geht, interessieren innerhalb dieses theoretischen Rahmens ausschließlich *Europäisierungsprozesse*⁷. Diese sind demnach als eine auf das Territorium der EU-Mitgliedsstaaten gerichtete Variante von Transnationalisierung zu betrachten, die in engem Zusammenhang mit dem Prozess zunehmender europäischer – insbesondere politischer und wirtschaftlicher – Einigung stehen. Die dabei zugrunde liegende Annahme geht davon aus, dass

„...Veränderungen im Beziehungsgefüge von politischen Institutionen, sei es durch den Aufbau neuer, durch eine Rückentwicklung oder den Verfall alter Institutionen, [...] in der Regel Hand in Hand mit Prozessen gesellschaftlichen Wandels [einhergehen] bzw. sind in einem allgemeineren Sinne selbst Ausdruck des sozialen Wandels“ (Lepsius 1990: 53ff. zitiert in: Bach 2000: 12).

Anhand eines geschichtlichen Rückgriffs auf die wichtigsten Etappen der westeuropäischen Integration werden im ersten Abschnitt die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beschrieben, innerhalb derer sich die westeuropäische Gesellschaftsentwicklung

⁵ Integration meint zunächst ganz allgemein die Einbeziehung vieler verschiedener Staaten in ein größeres Ganzes, das hier die Europäische Union darstellt. Zur genaueren Ausdifferenzierung des Begriffs, vgl. Abschnitt II.3.

⁶ Mit Transnationalisierung, Denationalisierung oder der Entgrenzung von Nationalstaaten ist zunächst ganz allgemein die Ausdehnung bestimmter gesellschaftlicher Handlungsbereiche über den Nationalstaat hinaus gemeint. Zur genaueren Definition und Operationalisierung des Begriffs, vgl. Abschnitt II.2.

⁷ Präziser müsste man eigentlich von einer *EU-isierung* sprechen, sofern sich die Entwicklung dominant auf den Raum der EU-Mitgliedsstaaten bezieht. Der einfacheren Lesbarkeit halber wird im folgenden weiter die Bezeichnung *Europäisierung* verwendet. Zur Ausdifferenzierung politikwissenschaftlicher Untersuchungsebenen, vgl. KOHLER-KOCH 2000: 11-31.

bis heute verstehen lässt. Dem stehen auf der anderen Seite Transnationalisierungsprozesse in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen gegenüber, die anschließend als empirisch gestützte Gegenwartsbeschreibung dargestellt werden. Im folgenden Abschnitt erläutere ich die Probleme, die aus den zum Teil sehr unterschiedlichen Transnationalisierungsniveaus für das sich im Ausbau befindende supranationale⁸ politische Institutionensystem entstehen. Aus den diagnostizierten Defiziten resultieren schließlich die politischen Zielvorstellungen der Europäischen Union, wonach eine vertiefende Integration entscheidend durch die Ausbildung einer Europäischen Identität sowie einer Europäischen Öffentlichkeit gefördert würde. So führt die Frage nach der Entstehung und Charakterisierung einer Europäischen Öffentlichkeit zu den grundlegenden Untersuchungsfragen der Arbeit.

1. Entstehung der supranationalen Institution ‚Europäische Union‘

Im folgenden Überblick werden einige Etappen in Form von Beschlüssen zu Institutionengründungen, Konferenzen und Vertragsabschlüssen mit ihren jeweiligen politischen Zielsetzungen dargestellt, die den Prozess zunehmender wirtschaftlicher und politischer Einigung Westeuropas und damit auch die Veränderung des internationalen Institutionengefüges illustrieren.

FRANK R. PFETSCH (2001: 15-69) gliedert die Entwicklung bis zur Bildung der Europäischen Union in fünf Phasen: Die *Inkubationsphase (von 1945 bis 1950)*, die er von Ende des Zweiten Weltkriegs bis zu ersten Institutionalisierungsansätzen europäischer Zusammenarbeit datiert, steht unter starkem Eindruck der durch den Krieg zerstörten europäischen Nationen. Diese Ausgangslage führt Pfetsch unter Verweis auf den deutsch-amerikanischen Politologen CARL JOACHIM FRIEDRICH zu drei Gründen, die den gemeinsamen Wiederaufbau maßgeblich motivierten: 1) das Bedürfnis nach wirtschaftlicher Zusammenarbeit, um technologischen Fortschritt auf einem großen Markt zu sichern; 2) der damit verbundene Konkurrenzdruck durch die beiden Großmächte USA und Sowjetunion; 3) die Möglichkeit der europäischen Mächte, sich nach Zerfall der Kolonialreiche wieder ausschließlich einer europäischen Politik zuzuwenden.⁹ Der wirtschaftliche Wiederaufbau wurde vor allem durch den im European Recovery Program (ERP) eingebetteten Marshall-Plan finanziert und durch die mit Gründung der Europäischen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (engl. OEEC) erfolgte institutionelle Anbindung der europäischen

⁸ Unter *Supranationalität* oder *supranationales politisches System* soll hier zunächst „...ein von den Mitgliedsstaaten unabhängiges Zentrum von Willensbildung und Entscheidung verstanden werden“ (STATZ/WEINER 1995: 32). Zu den politischen Visionen eines vereinten Europas und den Modi der Zusammenarbeit, vgl. Abschnitt I.1.

⁹ Zu weiteren Gründen, vgl. auch WEIDENFELD 2000: 11f.

Nationen an die Vereinigten Staaten von Amerika organisiert. Die erste Form der Institutionalisierung ausschließlich europäischer Zusammenarbeit wurde in der Gründung des Europarates¹⁰ im Jahre 1949 gefunden, in dem eine lockere Kooperation in möglichst vielen Politikbereichen – mit Ausnahme der Verteidigungspolitik – beschlossen wurde.¹¹

Für die spätere Entwicklung ist in der *Gründungsphase (von 1950 bis 1957)* besonders der Zusammenschluss der sechs Staaten Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Niederlande, Belgien und Luxemburg zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS oder Montanunion) von grundlegender Bedeutung. Politisches Motiv der EGKS war insbesondere aus der Perspektive Frankreichs die Einbindung Deutschlands in eine europäische Mächtekonstellation, um den Nachbarn zu kontrollieren, aber gleichzeitig auch auf der Grundlage der deutsch-französischen Beziehung Formen für eine europäische Zusammenarbeit zu finden. Das wirtschaftliche Ziel war die schrittweise Beseitigung von Zöllen und Kontingenten und somit die Vergrößerung des gemeinsamen Absatzmarktes von Kohle und Stahl. In dieser Phase wurden auch Überlegungen zur Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und zu einer Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) angestellt. Die EGKS sollte mit der EVG, durch die im Blick auf Verteidigungsfragen und auf die Außenpolitik ein höheres Maß an Koordination angestrebt wurde, zu einer politisch integrierten Vereinigung, der EPG, verbunden werden. Insgesamt aber scheiterten diese Bemühungen an Unstimmigkeiten bezüglich der Frage, wie viel Kompetenz an eine solche supranationale Institution abzugeben ist. Insbesondere Frankreich fürchtete die Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte.

Wesentlich für die *Konsolidierungs- und Krisenphase (von 1958 bis 1969)* waren die sogenannten Römischen Verträge, unter denen der Gründungsvertrag zur Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) und der Gründungsvertrag zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zusammengefasst werden, die beide 1958 in Kraft getreten sind.

¹⁰ Mitglieder des Europarates: Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Niederlande und Schweden.

¹¹ FRITZLER/UNSER (2001: 17f.) nehmen eine Sortierung der auf den ersten Blick schwer überschaubaren Vielzahl von Organisationsneugründungen im Nachkriegseuropa vor, von denen für unsere Beschreibung ausschließlich der letzte Typ aufgrund seiner Integrationsbestrebungen von Interesse ist: 1.) „Europäisch-atlantische Organisationen, die – von den USA als der westlichen Führungsmacht initiiert – sowohl europäische Staaten als auch die Überseemächte USA und Kanada umfassten.“ Dazu gehörte die oben schon erwähnte OEEC zur Förderung wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Europa sowie der ein Jahr später geschlossene Nordatlantikvertrag (NATO) zur militärisch-politischen Absicherung des Westens gegen die Sowjetunion; 2.) „Organisationen, die auf eine Teilnahme möglichst vieler europäischer Staaten abzielten und auf einer recht lockeren Form der Zusammenarbeit beruhten.“ Dazu zählt der Europarat; 3.) „Organisationen, die – von einem Kern europäischer Staaten ins Leben gerufen – auf einer engeren Verflechtung fußten.“ Charakteristisch für die Mitgliedsstaaten der EGKS bis zu ihrer heutigen Form der EU ist die Bereitschaft, „...Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen [zu] übertragen“, wie dies z. B. in Artikel 14 des bundesdeutschen Grundgesetzes vorgesehen ist.

Mitglieder der jeweiligen Organisationen waren die bereits genannten sechs Staaten. Im Vergleich zur EURATOM, die in Übereinstimmung der Mitgliedsstaaten die friedliche Nutzung von Atomenergie regelte, entwickelte die EWG die weitaus größere Dynamik, da sie viele wirtschaftliche Sektoren umfasste. So wurde es zur Aufgabe der EWG, einen gemeinsamen Markt zu errichten, um eine schrittweise Annäherung der unterschiedlichen Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten zu erreichen. Zur Umsetzung der Ziele wurden innerhalb der EWG verschiedene Organe eingerichtet: Das Europäische Parlament, der Europäische Rat, die Europäische Kommission, der Europäische Gerichtshof, der Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie der Europäische Rechnungshof. 1967 wurde die Fusion der drei nebeneinander existierenden Gemeinschaften EWG, EURATOM und EGKS zur Europäischen Gemeinschaft (EG) beschlossen.

In der *Erweiterungs- und Stagnationsphase (von 1969 bis 1985)*, die den Zeitraum von der Haager Gipfelkonferenz mit dem Beschluss zur Norderweiterung der EG und der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) bis hin zur Einigung über die Verabschiedung einer Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) umfasst, ist von Stagnation – der sog. *Eurosklerose* – und zahlreichen Reforminitiativen gekennzeichnet. Zu den Bereichen mit hohem Reformbedarf gehörten vor allem die Wirtschafts- und Währungspolitik¹², der gemeinsame Agrarmarkt sowie Verkehrs-, Industrie- und Regionalpolitik. Auch durch Formierung neuer Institutionen wie z.B. durch die Bildung des Europäischen Rates 1974 und die Einführung der Direktwahlen zum Europa-Parlament versuchte man die Weiterentwicklung der Integration zu fördern und öffentlich zu legitimieren. Die beiden Aufnahmewellen – zunächst die Erweiterung der EG um die Länder Großbritannien, Dänemark und Irland im Jahre 1973, ferner Griechenland, Spanien und Portugal in den 80er Jahren – wirkten sich allerdings eher stagnierend auf die integrativen Entwicklungsbestrebungen aus, da die Interessen der Mitgliedsstaaten, allen voran Großbritanniens und Dänemarks, stark divergierten. Einen weiteren Grund sieht Pfetsch in der unterschiedlichen wirtschaftlichen Ausgangssituation der Mitgliedsländer, ferner in der Verhärtung der Positionen in schon integrierten Politikfeldern.

Mit der Unterzeichnung der EEA durch alle Mitgliedsstaaten setzte die Phase des *Neuen Schubs (ab 1986)* ein. Dieser völkerrechtliche Vertrag bildete die Grundlage für den 1992 verabschiedeten sog. Vertrag von Maastricht, den ‚Vertrag zur Gründung der Europäischen Union‘, und für die dritte Erweiterungswelle, die 1995 zur Aufnahme Schwedens, Finnlands und Österreichs führte. Laut Pfetsch hatte die EEA auf drei Ebenen

¹² Die Diskussion um eine einheitliche Währungspolitik führte 1979 zum Inkrafttreten des Europäischen Währungssystems (EWS), das als Interventionssystem für den Ausgleich schwankender Wechselkurse sorgte.

integrationsfördernde Wirkung: Zum einen wurde durch die Zielsetzung einer vollständigen Etablierung des Binnenmarktes mit den vier Freiheiten, dem freien Verkehr von Waren, Arbeitskräften, Dienstleistungen und Kapital, ein wirtschaftspolitischer Schub ausgelöst. Zum zweiten wurden in der EEA verschiedene Regelungen zur Steigerung der institutionellen Effizienz bestimmter gemeinschaftlicher Organe getroffen, und zum dritten wurden durch die EEA integrative Fortschritte im Bereich der Außenpolitik¹³ erzielt. Der Vertrag von Maastricht als bisher weitestgehende Reform der Römischen Verträge führte schließlich zur Bildung der Europäischen Union (EU), die die bisher wirtschaftlich integrierten und auf politischer Zusammenarbeit beruhenden Organisationen unter einem Dach vereinigte. Das darin verabschiedete sog. *Tempelmodell* der EU fußt auf drei Säulen: 1.) die ‚Europäische Gemeinschaft (EG)‘ und hier insbesondere die Wirtschafts- und Währungspolitik basiert auf einem *supranationalen Prinzip* gemeinschaftlichen Handels; 2.) die ‚Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)‘ und 3.) die ‚Zusammenarbeit der Justiz- und Innenpolitik (ZJIP)‘ beruhen auf dem *Prinzip des Intergouvernementalismus*.¹⁴ Überarbeitungen in Form von Änderungen, Ergänzungen und Vertiefungen – insbesondere bei der zweiten und dritten Säule des Maastrichter Vertrages – mündeten im Jahr 1997 schließlich in den Vertrag von Amsterdam.

Fasst man den westeuropäischen Einigungsprozess zusammen, ist ein Gesichtspunkt besonders entscheidend, nämlich die Grundsatzdebatte um die Zielvorstellung, die politische Vision eines geeinten Europas und der damit verbundene ständige Wechsel von Integrationserfolgen im Wirtschaftsbereich und -misserfolgen im Politikbereich (vgl. STATZ/WEINER 1995: 31-40). Die zunehmende Einigung, die vor allem durch wirtschaftliche Integration bewirkt wurde, bewegte sich in der politischen Auseinandersetzung immer zwischen zwei denkbaren Positionen: Die Vorstellung eines Europäischen Bundesstaates (*Föderation*) stand von Beginn der 50er Jahre an der Konzeption eines Europäischen Staatenbundes (*Konföderation*) gegenüber.¹⁵ Die Entwicklung orientierte sich mit Abschluss der Römischen Verträge augenscheinlich am Föderationsmodell, was an den Bestrebungen zur

¹³ Im Rahmen der EEA wurde 1986 die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) als Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) in die Verträge aufgenommen.

¹⁴ Beide Prinzipien betreffen den Modus der Zusammenarbeit der europäischen Staaten, stehen dabei aber nicht zwangsläufig für die politische Zielvision Europas (s. Fußnote 15). Grundlage supranationaler Entscheidungsverfahren ist der EG-Vertrag, während die Grundlage intergouvernementaler Entscheidungsverfahren die der Regierungszusammenarbeit ist.

¹⁵ Ersteres sieht in seiner idealtypischen Form die Bildung einer neuen staatlichen Einheit vor, also ein Staat auf europäischer Ebene, in dem die Staaten zwar als Gliedstaaten erhalten bleiben, aber in weiten Teilen ihre nationalen Kompetenzen auf den Supranationalstaat übertragen. Zweiteres sieht dagegen eine eher lockere Verbindung der immer noch selbständigen und souveränen Staaten vor, für die es möglich ist, in gemeinschaftlichen Organen unter Zustimmung aller Mitglieder Entscheidungen zu treffen und so als Einheit nach außen aufzutreten (vgl. FRITZLER/UNSER 2001: 30).

wirtschaftlichen Integration sichtbar wurde. Die gegenwärtige und zukünftige Zielrichtung ist aufgrund der unterschiedlichen Positionen der Mitgliedsländer nicht eindeutig festgeschrieben worden, und eine Einigung darüber wird im Zuge der anstehenden Osterweiterung eher unwahrscheinlich. Weidenfeld beklagt bei seinen Überlegungen zur Weiterentwicklung der EU zwar die fehlende Strategiedebatte, da er darin eine grundlegende Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit und Stabilität des politischen Systems sieht (vgl. WEIDENFELD 2001: 49f.). Auf der anderen Seite werden vom im Unionsvertrag festgehaltenen Tempelmodell als Kompromissvariante europäischer Zusammenarbeit ausgehend mittlerweile eine Vielzahl unterschiedlicher Integrationsansätze diskutiert – weniger konkurrierend als vielmehr komplementär und in abgestuften Formen (vgl. WESSELS/DIEDRICHS 2000: 169ff.).¹⁶ Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der EU verweist Pfetsch auf folgende Herausforderungen:

„Drei Probleme, die das konfigurative Selbstverständnis der Union widerspiegeln, müssen in den kommenden Jahren gelöst werden: die eng mit der Frage einer ‚europäischen Identität‘ zusammenhängende Legitimitätskrise [...], der weitere Bedarf an institutioneller Reform [...] und die Frage der Osterweiterung [...]“ (PFETSCH 2001: 311f.).

MAURIZIO BACH wie auch Autoren fassen die bisherige Entwicklung mit dem Verweis auf die Institutionenzusammenlegung, die sukzessive Kompetenzerweiterung der EU, die zunehmende Parlamentarisierung und die Ausdehnung der Gemeinschaft auf eine Vielzahl von Politikfeldern so zusammen:

„...die Institutionenbildung ist auf europäischer Ebene weit fortgeschritten. Längst hat sich die EU zu einer relevanten und privilegierten Bezugsebene für zahlreiche politische und gesellschaftliche Akteure entwickelt“ (BACH 2000: 12).

Daher stehen die bis zum heutigen Zeitpunkt feststellbaren Veränderungen für die Nationalstaaten, die Effekte der zunehmenden Integration, im Blickpunkt des folgenden Abschnitts.

¹⁶ Pfetsch argumentiert beispielsweise, dass „...auch nach Maastricht [...] die Europäische Union in Fragen von nationaler Bedeutung beim Prinzip des Intergouvernementalismus [verbleibt]“ (PFETSCH 2001: 67).

2. Auswirkungen auf die europäischen Nationalstaaten

Gekoppelt an die Darstellung der supranationalen Institution EU, stellt sich nun die Frage nach möglichen Effekten dieser Entwicklung, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt festzustellen sind. Hierfür können empirische Studien zu Transnationalisierungsprozessen als Beschreibungen des Wandels von Gesellschaften herangezogen werden. JÜRGEN GERHARDS und JÖRG RÖSSEL untersuchten in einer Studie (1999) den Transnationalisierungsgrad der Bundesrepublik Deutschland. In Abgrenzung verschiedener gesellschaftlicher Teilsysteme zeichnen sie deren Entwicklung von 1956 bis 1996 nach und versuchen, hypothetische Erklärungen für die zum Teil sehr unterschiedlichen Ergebnisse zu entwickeln. Die Autoren legen ihrer Untersuchung eine Definition von Transnationalisierung zugrunde, derzufolge es sich jeweils um das „Verhältnis zwischen Binneninteraktion und Außeninteraktion eines Teilsystems der Gesellschaft“ (ebd.: 325) handelt. Im Unterschied zu Begriffen wie ‚Globalisierung‘ oder ‚Amerikanisierung‘ sehen die Autoren den Vorteil darin, dass der Richtungsverlauf des Entgrenzungsprozesses zunächst offen gehalten wird (vgl. ebd.: 325f.).¹⁷

Hier stellt sich die Frage, ob die in der Bundesrepublik feststellbaren Transnationalisierungsprozesse in einem Zusammenhang mit der Entwicklung der EU stehen und – wenn ja – in welchem Verhältnis sie zueinander stehen. Sind demnach die Transnationalisierungsprozesse unmittelbar auf die politischen Regulierungen im Zuge des europäischen Einigungsprozesses zurückzuführen? Maurizio Bach zeigt unter Verweis auf verschiedene Transnationalisierungsstudien ein methodisches Problem auf. Nach seiner Auffassung kann, wenn überhaupt, dann nur sehr schwer zwischen politisch induzierten (Transnationalisierungs-)Prozessen einerseits und gesellschaftlichen (Transnationalisierungs-)Entwicklungen andererseits unterschieden werden:

„Denn bekanntlich haben wir es in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation gegenwärtig mit vielfältigen Prozessen der Transnationalisierung zu tun. Viele Phänomene können daher nicht oder höchstens nur indirekt in einen plausiblen Kausalitätszusammenhang mit dem politischen Prozess der europäischen Integration gestellt werden“ (BACH 2000: 16).

Letztlich sei aber, so die weitere Argumentation Bachs, der Zusammenhang von Gesellschaftsentwicklung und europäischer Institutionenbildung aus soziologischer Sicht noch weitgehend unerforscht (vgl. ebd.: 16ff.).

Gerhards/Rössel stellen innerhalb ihrer Transnationalisierungsstudie einige allge-

¹⁷ BEISHEIM ET AL. (1999) verwenden den Begriff Denationalisierung zur Beschreibung des gleichen Phänomens und untersuchen neben der Bundesrepublik Deutschland noch weitere Nationen der G7 - ohne Japan - im Blick auf ihren gesellschaftlichen und politischen Denationalisierungsgrad. ZÜRN (1998) beschäftigt sich mit den Bedingungen politischen Regierens im Zuge der Denationalisierungs- bzw. Globalisierungsprozesse.

meine Überlegungen zu möglichen Ursachen bzw. Bedingungsfaktoren an, die den unterschiedlichen Grad der Transnationalisierung der Gesellschaftsbereiche begründen. Zum einen führen sie die *Infrastruktur der Kommunikation* an, die in wörtlichen wie im übertragenen Sinne bestimmend ist für das Ausmaß an Austauschprozessen zwischen Gesellschaften (vgl. ebd.: 333). Zum anderen müssen die *Eigenarten der jeweiligen Gesellschaftsbereiche* offen sein für Vereinheitlichungen. Außerdem verweisen sie auf die *politischen Regulierungen und Rahmenbedingungen*, „...die einen grenzüberschreitenden Kommunikations- und Interaktionsfluss verhindern, begrenzen, erlauben oder fördern können und insofern auch einen Einfluss auf die Transaktionskosten für transnationale Kommunikationen haben“ (ebd.: 334).¹⁸

Im Blick auf die Rückwirkungen der politischen Entwicklung der Europäischen Union auf die nationalen Gesellschaften ergibt sich insbesondere aus dieser letzten Annahme eine zumindest hypothetische Antwort. Insofern bedeutet das für die weitere Argumentation der Arbeit, dass zwar eine Kausalität des Zusammenhangs von EU-Institutionenbildung und Transnationalisierung nicht belegt werden kann. Aber auf der Basis der oben genannten Gründe kann jedoch unterstellt werden, dass die Ausdifferenzierung der EU Auswirkungen auf die Gesellschaft hatte und immer noch hat. Ferner werden hier unter der normativen Zielrichtung einer Erhaltung der Stabilität und Handlungsfähigkeit des politischen Systems – genauer: des Bezugssystems Europäische Union – Transnationalisierungsprozesse als Europäisierungsprozesse untersucht, die ausschließlich den Funktionszusammenhang Politik, Wirtschaft und Gesellschaft betreffen (vgl. GERHARDS 2000). Dementsprechend werden Transnationalisierungsprozesse in den Bereichen Kultur, Kommunikation¹⁹, Mobilität, Umwelt, Wissenschaft u.a., wie sie von BEISHEIM ET AL. (1999) und GERHARDS/RÖSSEL (1999) untersucht wurden, systematisch vernachlässigt. Darüber hinaus wird unterstellt, dass dieser Funktionszusammenhang und die in Deutschland festgestellten Entwicklungen auch für andere europäische Nationalstaaten gelten – wenngleich sie aus den genannten Gründen in den verschiedenen EU-Ländern möglicherweise unterschiedlich stark ausgeprägt sind.

¹⁸ Um diese Bedingungsfaktoren hinsichtlich der EU zu konkretisieren, können folgende Beispiele genannt werden: a) eine länderübergreifende Infrastruktur des Internet oder der touristische Austausch durch Flug-, Zug- und Straßenverbindungen; b) die Vereinheitlichung des Währung durch Einführung des Euros; c) eine Regulierung des Wettbewerbsrechts.

¹⁹ Die ‚Transnationalisierung der Kommunikation‘ wurde hier durch den internationalen Brief-, Telefon- und elektronischen Datenverkehr operationalisiert und nicht als Auslandsanteil in den politischen Nachrichten der Massenmedien oder ähnliches.

2.1 Transnationalisierungsprozesse in der Wirtschaft und in der Politik

Ausgehend von der oben angeführten Definition von Transnationalisierung unterscheiden Gerhards/Rössel vier verschiedene Teilbereiche der *Wirtschaft* (vgl. GERHARDS/RÖSSEL 1999: 331-333): Als Indikator für den Transnationalisierungsgrad des ‚Arbeitsmarktes‘ diene der prozentuale Anteil von ausländischen Arbeitnehmern an der Gesamtzahl der Beschäftigten in Deutschland im Zeitverlauf von 1955 bis 1996. Um den Grad der Internationalisierung der ‚Produktion‘ zu bestimmen, wurde der prozentuale Anteil der ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland an den gesamten Investitionen zwischen 1956 und 1995 gemessen. Für beide Unterbereiche der Ökonomie konnte festgestellt werden, dass sie dominant im nationalstaatlichen Raum stattfinden. Das arithmetische Mittel des ausländischen Arbeitnehmeranteils auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt liegt bei 5,5% und im Bereich der ausländischen Investitionen sogar nur bei 1,25%. Im ‚Markt für Güter und Dienstleistungen‘ wurde der Indikator durch den Anteil der Summe der Importe von Gütern und Dienstleistungen am Bruttosozialprodukt bestimmt. Dieser liegt mit 23,4% auf einem mittleren Niveau, was sich vor allem aus einem höheren Transnationalisierungsgrad der Güter im Vergleich zu den Dienstleistungen ergibt. Das Verhältnis des Absatzes ausländischer Aktien in der BRD zum Gesamtabsatz von Aktien diene den Autoren schließlich als Indikator für den Transnationalisierungsgrad im ‚Finanzsektor‘. Mit einem durchschnittlichen Anteil von 51,9% liegt dieses Verhältnis am höchsten. Auf dieser Datenbasis kann man insgesamt feststellen, dass im untersuchten Zeitverlauf im Teilsystem Wirtschaft tatsächlich ein Transnationalisierungsprozess stattgefunden hat, wenngleich dieser wesentlich moderater und langsamer verlaufen ist, als die allgemeine Diskussion um die Globalisierung der Wirtschaft vermuten lässt. Vergleicht man die Ergebnisse der verschiedenen Teilbereiche der Ökonomie, sind diese in sehr unterschiedlichem Maße transnationalisiert: Während der Aktienmarkt starken Schwankungen unterliegt und in hohem Maße transnationalisiert ist, trifft dies für die anderen Teilbereiche der Wirtschaft kaum zu.

Um den Grad der Transnationalisierung in der *Politik* im Sinne einer Verlagerung von Souveränitätsrechten von den Nationalstaaten auf die Europäische Union empirisch zu überprüfen, greifen Gerhards/Rössel auf die Zusammenstellung einer Reihe von Daten von WESSELS (1997) sowie BEISHEIM ET AL. (1999) zurück. Die Verschiebung der Kompetenzen wird anhand der Summe von Entscheidungen seitens des Europäischen Rates bzw. der Europäischen Kommission gemessen. Dazu verweist Gerhards auf die von Beisheim et al. erhobenen Daten, die die Entwicklung des Verhältnisses von nationalen zu europäischen Rechtsakten zwischen 1961 und 1990 beschreiben und zu dem Ergebnis eines „...drastischen Bedeutungszuwachs[es] supranationaler Verregelungen der EG seit der zweiten Hälfte der

sechziger Jahre, dem kein äquivalenter Anstieg der Zahl nationaler Regelungen gegenübersteht“ (BEISHEIM ET AL. 1999: 327f.) kommen. Zusätzlich führen sie eine Reihe von Indikatoren an, die den Ausbau der Institutionen belegen. So dient die Zunahme der Fachministerräte als Indikator für die Ausdehnung der Politikbereiche, mit denen sich die EU beschäftigt. Die Zunahme von Regierungsbeamten, die gleichermaßen in bestimmte Bereiche europäischer Politik involviert sind, wird als Indikator für die zunehmende Verflechtung europäischer und nationaler Politik gewertet. Schließlich kann die steigende Zahl von Büros intermediärer Organisationen und Interessengruppen in Brüssel als Indikator für wachsende politische Bedeutung dieses Entscheidungszentrums aufgefasst werden (vgl. GERHARDS/RÖSSEL 1999: 338f.).

Insgesamt gilt für beide gesellschaftlichen Bereiche, dass es sich bei den Transnationalisierungsprozessen dominant um *EU-isierungsprozesse* handelt (vgl. ebd.). Einschränkend muss angemerkt werden, dass die Daten nur bis 1995 gelten und hinsichtlich der Weiterentwicklung für den hier zu untersuchenden Zeitraum nur Vermutungen zulassen. Dennoch kann man im Zuge der Umsetzung des Maastrichter Vertrages mit einer Zunahme von Geschwindigkeit und Grad der Europäisierung rechnen. Aus dem bisher beschriebenen Phänomen der Europäisierung von Wirtschaft und Politik ergibt sich vor dem Hintergrund der Entstehungsgeschichte der Europäischen Union eine Problembeschreibung, die im folgenden näher erläutert werden soll.

2.2 Probleme einer supranationalen Politik

Neben den Europäisierungstendenzen in Wirtschaft und Politik stellt sich die Frage nach einer Europäisierung der Gesellschaft. Darunter kann man eine Erweiterung des nationalen Wahrnehmungshorizonts der europäischen Bürger und Bürgerinnen in Richtung der Europäischen Union verstehen.²⁰ Sichtbar würde dies beispielsweise durch den Wissensgrad der EU-BürgerInnen über das Institutionensystem EU, die Rezeption von EU-politischer Information, eine aktive Teilnahme am EU-politischen Geschehen, einem Interesse an anderen EU-Mitgliedsländern, dem Sprechen mindestens einer weiteren europäischen Sprache neben der Muttersprache sowie durch die Identifikation mit der Europäischen Union und allen darin vereinigten Nationen. Für die Nationalstaaten wurde die Wahrnehmung des Zusammenwirkens von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bislang kongruent gedacht. Das

²⁰ *Nicht* berücksichtigt werden in diesem Kapitel die Folgen und Probleme aus der Sicht der Nationalstaaten bzw. für die nationalstaatliche Politik, die unter der These vom ‚Ende des Nationalstaats‘ und Stichwörtern wie ‚Kompetenzverlust‘ ‚Regierungsunfähigkeit‘ etc. diskutiert werden. Vgl. dazu entsprechende politikwissenschaftliche Literatur.

bedeutet, dass die innerhalb nationaler Grenzen vereinten BürgerInnen, die Gesellschaft, ihre RepräsentantInnen in der Politik wählen. Diese haben wiederum nach bestimmten Regelungen Steuerungsbefugnisse in den unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen sowie durch wirtschaftliche Steuereinnahmen zu diesem Zweck finanzielle Ressourcen zur Verfügung. Mit der leichten Verschiebung des Wirtschafts- und einer starken Verschiebung des politischen Kompetenzbereichs, geht allerdings keine vergleichbare Entwicklung der Gesellschaft einher. Das drückt sich in zwei wechselseitig miteinander verbundenen Symptomen aus, dass a) die BürgerInnen der jeweiligen Nationalstaaten einen vergleichsweise geringen politischen Einfluss auf die Entwicklung des westeuropäischen Einigungsprozesses hatten bzw. haben und dass b) die nationalen Gesellschaften teilweise ein sehr ambivalentes Verhältnis zur Europäischen Union aufweisen.²¹

Das erste Problem, das unter dem Stichwort *Demokratiedefizit* verhandelt wird, ergibt sich aus einer Reihe von institutionellen Eigenschaften der EU, wie beispielsweise der unvollständigen Gewaltenteilung, einer fehlenden Parlamentarisierung des Gesetzgebungsprozesses, der Intransparenz und mangelhaften Zurechenbarkeit von Entscheidungen sowie einer fehlenden Verfassung (vgl. EDER ET AL. 1998 : 321). Charakteristisch für die Wahlen zum Europaparlament, die seit 1979 bislang einzige institutionalisierte Partizipationsform für EuropäerInnen, ist ihre Prägung durch nationale Themen und Parteien. Darüber hinaus stellt das Europaparlament ein vergleichsweise wenig einflussreiches Organ der Europäischen Union dar (vgl. WILKE 2002; zur demokratiethoretischen Diskussion vgl. KIELMANSEGG 1996: 52ff.; ABROMEIT/SCHMIDT 1998: 293ff.).

Das zweite Problem ergibt sich – zumindest für Deutschland – aus verschiedenen Aspekten, die bezeichnend für die gegenwärtige Einstellung vieler europäischer BürgerInnen zur EU sind. Dazu gehört u.a. eine sehr niedrige Beteiligung an den Europa-Parlamentswahlen²², ein vergleichsweise geringes Wissen um die EU, ihre Organe, ihre politischen Funktionen und Akteure sowie generell ein niedriges Interesse der Bevölkerung an der Europapolitik.²³ Deutlich wurde und wird dies an den regelmäßigen Einstellungsbefragungen durch die Europäische Kommission, die zwar eine grundsätzlich positive Einstellung der Bevölkerung zur abstrakten Idee ‚Vereinigtes Europa‘, aber mit der sich abzeichnenden

²¹ Damit verbunden ist der häufig geäußerte Vorwurf, dass die Entwicklung hin zur Europäischen Union eher um ein bürokratisches und abgehobenes Elitenprojekt handelt, denn als gesellschaftlich gewachsenes Bedürfnis nach institutionellen Veränderungen zu verstehen ist (vgl. PFETSCH 2001: 68).

²² Die Wahlbeteiligung Deutschlands bei der Europa-Parlamentswahl 1999 lag bei 45,2%. Zu den weiteren Ergebnissen, vgl. MAURER 2000: 196.

²³ Ausnahmen mit hoher Wahlbeteiligung ergaben sich nur in den Ländern, wo BürgerInnen über EU-politische Referenden abstimmen konnten, so in Dänemark, Irland, Österreich und Finnland. Zu den genauen Ergebnissen, vgl. PFETSCH 2001: 81f., 86, 91, 94f.

Umsetzung der Maastrichter Vertragsbestimmungen einen starken Rückgang in der Unterstützung feststellten. In der Politikwissenschaft findet dieser Zusammenhang im Begriff vom sog. *permissiven Konsens*, „...d.h. einer allgemeinen Zustimmung bei einem niedrigen Grad von Kenntnissen und persönlichem Engagement der Bürger“ (GEHRKE: 1998: 6; vgl. ferner IMMERFALL/SOBISCH 1997: 30) Ausdruck.

Aus der Sicht der Europäischen Union ergeben sich durch die Distanz der BürgerInnen zur EU Probleme für die Funktionsfähigkeit dieses supranationalen politischen Systems. In Analogie zu den Anforderungen an das politische System demokratischer Nationalstaaten verweisen Gerhards/Rössel für die Europäische Union auf zwei grundlegende Funktionen, nämlich die *Steuerungsfunktion* und die *Integrationsfunktion*. Ersterer liegt die Vorstellung zugrunde, dass das politische System ein die anderen Systeme überlagerndes System ist, das unter bestimmten Bedingungen regelungsbefugt ist. Das heißt, es „...hat ein besonderes Zugriffsrecht auf alle anderen Teilsysteme und ist mit besonderen Ressourcen und Kompetenzen ausgestattet, [um] kollektiv verbindliche Entscheidungen durchzusetzen“ (GERHARDS/RÖSSEL 1999: 336). Zweiterer liegt die Vorstellung zugrunde, dass die verschiedenen Systeme Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kongruent zueinander sein müssen, da nur unter dieser Voraussetzung das politische System seine Funktion erfüllen kann. Bei der Integrationsfunktion werden eine *funktionale Integration* und eine *soziale Integration* unterschieden.

Aus den oben genannten Daten zur Transnationalisierung der Politik wurde deutlich, dass die EU schon weitreichende Steuerungsfunktionen übernommen hat. Im Licht der Integrationsfunktion sieht die gegenwärtige Situation der Europäischen Union anders aus: Insgesamt kann man zwar von einer weit vorangeschrittenen funktionalen Integration sprechen, die sich aus dem Zusammenspiel der beschriebenen Transnationalisierungsprozesse in Politik und Wirtschaft ergibt. Dagegen lässt sich der Grad der Sozialintegration nicht genau bestimmen. Unter Rückgriff auf MAX WEBER verstehen Gerhards/Rössel unter Sozialintegration Vergemeinschaftungsprozesse, von deren Resultat einer Vergemeinschaftung man sprechen kann, wenn „...die Einstellungen des Handelns auf subjektiv gefühlter Zusammengehörigkeit der Beteiligten beruht“ (WEBER 1980: 22, zitiert in: GERHARDS/RÖSSEL 1999: 339). Nach Ansicht der Autoren sind auf europäischer Ebene die Trägheitsmomente der Entwicklung einer sozialen Integration allerdings noch so groß, dass die Inkongruenz zwischen funktionaler und sozialer Integration auch in nächster Zu-

kunft wahrscheinlich ist (vgl. ebd.).²⁴

Aus der Gegenüberstellung der Europäisierungs- und Integrationsentwicklungen einerseits und den normativen Funktionserwartungen an das supranationale politische System Europäische Union andererseits ergibt sich ein fundamentales Problem, nämlich die Frage nach ihrer Legitimation.²⁵ So ist umstritten, ob trotz weitläufiger funktionaler Integration das politische System weitere, bislang nationalstaatlich regulierte Gesellschaftsbereiche überhaupt steuern darf, solange die demokratische Machtausübung nicht unmittelbar an den Willen des europäischen Volkes gekoppelt ist. Bisher wurde die mit der wirtschaftlichen Einigung einhergehende *Output-Legitimation*²⁶ der EU als ausreichend angesehen: „...danach sind politische Entscheidungen legitim, wenn und weil sie auf wirksame Weise das allgemeine Wohl im jeweiligen Gemeinwesen fördern“ (SCHARPF 1999: 16). Im Unterschied dazu steht die klassische *Input-Legitimation* der Nationalstaaten, die die Herrschaft durch das Volk betont und in deren Sinne „...politische Entscheidungen [...] legitim [sind], wenn und weil sie den ‚Willen des Volkes‘ widerspiegeln – das heißt, wenn sie von den authentischen Präferenzen der Mitglieder einer Gemeinschaft abgeleitet werden können“ (ebd.). Letztere setzt die politische Mitbestimmung und idealerweise die Identifikation der EU-BürgerInnen mit dem politischen System der EU voraus (vgl. auch KETTNER/SCHNEIDER 2000: 379ff.).

Zwischen diesen beiden Polen wird gegenwärtig das *Legitimationsdefizit* der Europäischen Union diagnostiziert. Die dieser Position zugrunde liegende These besagt, dass mit der zunehmenden Einigung die Legitimation durch Output nicht mehr ausreicht (vgl. EDER ET AL. 1998: 334f.; BEIERWALTES 2000: 212f.). Während einige Autoren daraus die Forderung nach *Legitimation durch Partizipation* ableiten und im Sinne der Input-Orientierung auf den Aufbau politischer Mitbestimmung zielen, verweisen alternative Positionen auf die Vorstellung eines Regierens ohne Volk bzw. einer europäischen Staatsbildung ohne gleichzeitige Nationenbildung. Diese Variante ist mit dem normativen Anspruch der *Legitimation durch Identität und Transparenz* verbunden. So kann unter ersterem die Ausbildung einer Europäischen Identität verstanden werden, das heißt, eine allgemeine

²⁴ Anstelle der Bezeichnung ‚funktionale Integration‘ wird auch der Begriff ‚Systemintegration‘ verwendet, so bei Habermas: „Diese *Systemintegration* tritt in Konkurrenz zu der über Werte, Normen und Verständigung laufenden, also durch das Bewußtsein der Akteure vermittelnden *Sozialintegration*“ (Habermas 1998: 643f.).

²⁵ Legitimation wird verstanden als: „... die Anerkennung begründeter Rechtmäßigkeit von Institutionen, Verfahrensweisen, durch sie bestellte Entscheidungsträger und deren Handlungen, d.h. die Anerkennung von politischen Institutionen und Handlungen in ihrem sozialen Geltungsanspruch als rechters“ (STEFFANI 1979: 113, zitiert in BEIERWALTES 1998: 3f.).

²⁶ An anderer Stelle wird synonym die Bezeichnung *Legitimation durch Effizienz* verwendet (vgl. EDER 2000: 173; EDER ET AL. 1998: 323).

Akzeptanz und Unterstützung des politischen Systems EU sowie, trotz der Unterschiedlichkeit, eine wechselseitige Identifikation ihrer Mitgliedern untereinander (vgl. Pfetsch 1998: 9). Zweiteres beinhaltet die Ausbildung einer Europäischen Öffentlichkeit, die die Grundlage dafür ist, dass sich die europäischen Bürger und Bürgerinnen über die Politik der EU und die Situation in den jeweils anderen Mitgliedsländern informieren können. Beide Punkte sollen im Folgenden näher erläutert werden.

3. Europäische Identität und Europäische Öffentlichkeit als politische Zielvorstellungen

Das gegenwärtig diagnostizierte Legitimationsdefizit der EU führt zur Frage nach seiner Behebung, um die Europäische Union langfristig zu stabilisieren. Das Legitimationsdefizit wurde aus der Inkongruenz von funktionaler und sozialer Integration sowie aus den damit verbundenen demokratischen Defiziten hergeleitet. Da institutionelle und strukturelle Reformen des Mehrebenensystems in Richtung einer zunehmenden Partizipation offensichtlich nicht ohne weiteres oder wenn, dann nur sehr langsam möglich sind, erhofft man sich eine Behebung des Legitimationsdefizits vor allem durch die Förderung der europäischen Sozialintegration und – analog auf individueller Ebene – durch die Ausbildung einer Europäischen Identität.²⁷ Gleichzeitig soll der Auf- und Ausbau europaweiter kommunikativer Strukturen sowie unter demokratiethoretischen Gesichtspunkten die Entstehung einer Europäischen Öffentlichkeit Mittel zu diesem Zweck sein. Beide Aspekte – die Ausbildung einer Europäischen Identität sowie die Ausbildung einer Europäischen Öffentlichkeit – können als politische Visionen verstanden werden, die (noch) nicht greifbar und allenfalls vage und unverbindlich in den Verträgen zur Europäischen Einheit formuliert worden sind (vgl. Grundsätze, Art. 2; Unionsbürgerschaft, Art. 17; Kultur, Art. 151; Transparenz, Art. 207 und Erkl. 41 in: LÄUFER 1999: 56, 63f., 136f., 163, 330). Aufgrund der genannten Probleme werden sie aus politischer Sicht als förderungsbedürftig betrachtet und sind daher Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Auseinandersetzungen.

Zu den Ausbildungsmöglichkeiten und -wahrscheinlichkeiten einer Europäischen Identität finden sich vielfältige und widerstreitende Positionen. Um eine grobe Einordnung einiger theoretischer Positionen vorzunehmen, ist es hilfreich zu fragen, auf welcher

²⁷ An anderer Stelle ist auch die Rede von einem *europäischen Kollektivbewusstsein* (vgl. MÜNCH 2001: 193). Ich habe die beiden Begriff der Einfachheit halber synonym gebraucht – Sozialintegration im Sinne eines gesellschaftlichen Bewusstseins und Europäische Identität im Sinne eines individuellen Bewusstseins für eine europäische Vergemeinschaftung. Zur präzisieren Bestimmung vgl. beispielsweise PFETSCH (2001: 99-118; 1998), der einen historischen, einen genetischen, einen philosophischen und einen sozialpsychologischen Identitätsbegriff differenziert.

Zeitachse Europäische Identität konstruiert wird und wie jeweils mit den Gemeinsamkeiten und Unterschieden der EU-Mitgliedsländer umgegangen wird:

Die erste Position bemisst die Entwicklung der Europäischen Identität am historischen Entstehungsprozess nationaler Identitäten. PETER GRAF KIELMANSEGG stellt drei Varianten der Konstruktion von kollektiver Identität fest: a) *auf der Basis von Kommunikationsgemeinschaften*: Das bedeutet, dass Gruppen von Menschen, die die gleiche Sprache sprechen, sich als eine kulturelle Gemeinschaft identifizieren. Europa fußt allerdings auf unterschiedlichen Sprachtraditionen; b) *auf der Basis von Erinnerungsgemeinschaften*: Das heißt, dass Menschen, die die gleiche Konstruktion von historischer Vergangenheit teilen, sich als kulturelle Gemeinschaft identifizieren. Auch darin sieht er aufgrund der unterschiedlichen nationalen Vergangenheiten keine Identifikationsmöglichkeit; c) *auf der Basis von Erfahrungsgemeinschaften*. Demnach identifizieren sich Menschen mit gemeinsam gemachten Erfahrungen als Gruppe. Kielmansegg hält die dritte kollektive Identitätsbildungsmöglichkeit hinsichtlich Europas für die zukunftsoffenste Variante, schränkt sie aber aufgrund des allgemeinen Individualisierungstrends ein (vgl. KIELMANSEGG 1996: 55-57). Auch Gerhards/Rössel verweisen neben dem strukturellen Grund, dass die Legitimationsbildung auf EU-Ebene noch nationalstaatlich vermittelt wird, auf soziokulturelle Gründe, die bislang gegen die Ausbildung einer Europäischen Identität sprechen. Darunter fällt beispielsweise die unterschiedliche kulturelle und sprachliche Tradition. Sie machen außerdem darauf aufmerksam, dass es kein gemeinsames Identifikationsobjekt gibt, da sich die EU durch ihre schwache Außendarstellungen und ihre Unüberschaubarkeit im inneren Institutionengefüge nicht dafür eignet (vgl. GERHARDS/RÖSSEL 1999: 339ff.).²⁸

Anders der Sozialhistoriker HARTMUT KÄELBLE, der neben der Vielfalt der europäischen Staaten in historischer Sicht gerade kulturelle und sozialstrukturelle Gemeinsamkeiten der europäischen Staaten sowie die Abmilderung einer Reihe innereuropäischer Unterschiede in ihrer Entwicklung betont. Er nennt Gemeinsamkeiten, die sich im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts herausgebildet haben, z.B. Formen des Wohlfahrtsstaats, die Stadtentwicklung und die Besonderheiten der Massenkongressgesellschaft. Zu den seit den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts entstandenen Gemeinsamkeiten gehören die Struktur der Familie, die industrieeintensive Erwerbsarbeit und die Bildung ähnlicher sozialer Milieus (vgl. KÄELBLE 1997: 29ff.).

²⁸ Allerdings gibt es mittlerweile eine Reihe von potentiellen Identifikationsobjekten, die als solche angelegt und unmittelbar der EU zugeordnet sind. Insbesondere die visuelle Gestaltung der Währung ist das Ergebnis eines langwierigen Aushandlungsprozesses um die Frage, womit sich alle EuropäerInnen identifizieren können. Darüber hinaus gibt es Symbole wie die Europaflagge, die Eurohymne, das gemeinsame Autokennzeichen etc., die mit der EU verbunden werden.

Beiden Positionen ist gemeinsam, das sie den Identitätsprozess in Bezug auf Europa vergangenheitsorientiert konstruieren und analysieren. Demgegenüber stehen zwei weitere Positionen, die vom heutigen Zeitpunkt aus zukunftsorientiert verschiedene Bedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten einer Europäischen Identität ableiten.

Ausgehend von der Forderung bzw. der Behauptung der Notwendigkeit eines Identitätswandels von nationaler zu europäischer Identität stellt RICHARD MÜNCH zehn Thesen zu Bedingungen, beeinflussenden Faktoren sowie Chancen und Risiken europäischer Identitätsbildung auf (vgl. MÜNCH 1999). Wesentliche Bestandteile der Entwicklung einer kollektiven Identität sind die Unterscheidungen nach Außen – d.h. eine Abgrenzung gegenüber den Nicht-EU-Ländern, nach Oben – damit ist eine Abgrenzung zu Globalisierungsprozessen gemeint, und nach Unten – darunter versteht Münch die Abgrenzung zu Regionalisierungsprozessen. Mit diesen Abgrenzungen gehen innere Homogenisierungsprozesse einher. Hiermit meint er einen verstärkten wirtschaftlichen Austausch, der zu einer Homogenisierung der materiellen Lebensverhältnisse führt sowie eine politische Zentralisierung, der eine Homogenisierung des Rechts entspricht. Ferner nennt er die Homogenisierung der Solidarität, die durch grenzüberschreitende Vereinigungen erreicht wird, die Erweiterung grenzüberschreitender Kommunikationsmöglichkeiten, die die Homogenisierung der Kultur zur Folge hat sowie schließlich die Individualisierung als Homogenisierung von Identität.²⁹ Interessant ist dieser Ansatz deshalb, weil er bestimmte Trends erfasst, die im Zusammenhang mit den Transnationalisierungsprozessen bereits stattfinden. Die Europäisierung der Wirtschaft und der Politik kann durchaus als Homogenisierungsprozess aufgefasst werden, der möglicherweise auch eine Homogenisierung von Solidarität, Kultur und Identität – all das, was vorher unter der Bezeichnung ‚nationale Verhaftung der Gesellschaft‘ summiert wurde, nach sich zieht.

Eine andere Position, die nicht unmittelbar auf die nationalstaatliche Konstruktion von Identität Bezug nimmt und somit für neue Identifikationsformen offen ist, entwickelt DIETER FUCHS. Er vertritt die These einer Schichtung von Identitäten, derzufolge die Entstehung eines europäischen Volkes mit europäischer Identität komplementär zur nationalen Identität möglich ist. In Bezug auf das politische System und damit zur Lösung des Legitimationsproblems diskutiert er die Begriffe ‚demos‘ und ‚Nation‘, ihre Bedeutungen und Implikationen und kritisiert schließlich im Hinblick auf die Europäische Union deren Gleichsetzung. Seiner Argumentation nach ist „...ein Demos ohne das vopolitische Substrat einer

²⁹ Die Entwicklung der Thesen basiert auf früheren Überlegungen zur Entwicklung kollektiver nationalstaatlicher Identität (vgl. MÜNCH 1993: 15-104).

Nation möglich [...] und [so kann] dieser Demos eine europäische Demokratie auch tragen und legitimieren [...]" (FUCHS 2000: 216).

Fasst man die Positionen zur Europäischen Identität zusammen, stellt man fest, dass die Prognosen hinsichtlich ihrer Ausbildung sehr variieren. Unabhängig vom konkreten Entwicklungsweg wird grundsätzlich von einer für die europäischen Gesellschaften folgeträchtigen Bedeutung innereuropäischer Verflechtungen ausgegangen.³⁰ Gemeinschaften definieren sich nach KARL DEUTSCH entlang ‚einer erhöhten Binnenkommunikation im Vergleich zu einer geringeren Außenkommunikation‘ (DEUTSCH 1966 zitiert in: MEYER 2000: 109). Demnach kann – im übertragenden wie im wörtlichen Sinn – eine Erhöhung der Binnenkommunikation zu einer neuen räumlichen Grenzziehung führen, die die verschiedenen Nationen in sozialer Hinsicht integriert.

Von der allgemeinen Bedeutung kommunikativer Strukturen zur europäischen Vernetzung und einer möglicherweise entstehenden Europäischen Identität, kann die Ausbildung einer politischen Europäischen Öffentlichkeit unterschieden werden. Diese setzt im Zusammenhang des Legitimationsproblems direkt am Demokratiedefizit der EU an. Betrachtet man die politische Öffentlichkeit als vermittelndes Kommunikationssystem zwischen den Herrschaftsträgern und den Staatsbürgern in Nationalstaaten, bezieht sich diese Konstellation auf einen einheitlichen Raum. Mit der supranationalen Ausdehnung der Europäischen Union hat sich dieses Kongruenzverhältnis so verschoben, dass die Europäisierung der politischen Öffentlichkeit der Europäisierung der Politik hinterher hinkt (vgl. GERHARDS 2000: 295). Aus der Sicht der Europäischen Union zeigt sich das Demokratie- und Legitimationsdefizit also auch in einem Öffentlichkeitsdefizit. Die Frage nach der Entstehung, dem Entwicklungsverlauf und den möglicherweise schon vorhanden Formen einer sich ausbildenden spezifischen Europäischen Öffentlichkeit steht im Folgenden im Zentrum der Untersuchung.

4. Zusammenfassung und Fragestellungen der Arbeit

In den vorangegangenen Abschnitten wurde deutlich, dass die bisherige Entwicklung der westeuropäischen Einigung immer wieder zwischen Integration, d.h. der Abgabe nationaler Kompetenzen zugunsten europaweit vereinheitlichender politischer Regelungen, und Kooperation, d.h. einer Zusammenarbeit unter Beibehaltung nationalstaatlicher Entscheidungskompetenzen, pendelte. Aufgrund der Schwierigkeiten, in politischen Fragen einig zu

³⁰ „Je länger die EU besteht, je stärker die Binnenverflechtung zunimmt, je mehr sich die Gesellschaften einander annähern, desto weniger werden die Nützlichkeitsabwägungen ihrer einzelnen Mitglieder einander entgegenstehen. [...] Auch unter Nützlichkeitsabwägungen bildet sich so etwas wie eine Schicksalsgemeinschaft heraus“ (IMMERFALL/SOBISCH 1997: 36).

werden, wurde die westeuropäische Integration zunächst vor allem im Wirtschaftsbereich vorangetrieben. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist festzustellen, dass auch in der Politik eine erhebliche Kompetenzverlagerung von den Nationalstaaten auf die EU stattgefunden hat. Die Europäisierung von Wirtschaft und Politik im Unterschied zur weiter nationalstaatlich orientierten Gesellschaft stellt die EU daher zunehmend vor ein Legitimationsproblem. Neben der Diskussion und Planung institutioneller Reformen – die hier nicht weiter betrachtet wurden – verspricht man sich in der Entstehung einer Europäischen Öffentlichkeit sowie langfristig, in der Ausbildung einer Europäischen Identität die Lösung des Legitimationsproblems und die Vertiefung der europäischen Integration. Letztere ist der Grund für die zunehmende Bedeutung des Themas und für die mittlerweile zahlreichen theoretischen und empirischen Studien, die sich aus der Perspektive ihrer jeweiligen Wissenschaftsdisziplinen damit beschäftigen.

Ob und inwieweit nun diese Entwicklungen tatsächlich zur Lösung der oben genannten Probleme und Defizite beitragen, ist nicht Gegenstand dieser Arbeit und wird daher nicht weiter diskutiert. Diese ausführliche Darstellung der politischen Probleme und Zielperspektiven der EU sollte vielmehr als Rahmen und Erklärungshintergrund für die folgende Untersuchung dienen. Im Weiteren geht es in Anknüpfung an die Bedeutung der kommunikativen Strukturen und Vernetzungen innerhalb des Territoriums der Europäischen Union um die Frage, inwieweit schon Ansätze zur *Europäisierung der Öffentlichkeit* bzw. zur *Entstehung einer Europäischen Öffentlichkeit* feststellbar sind. Um den sehr weitläufigen Begriff der ‚Öffentlichkeit‘ theoretisch und empirisch greifbar zu machen, soll er aus demokratietheoretischer Perspektive auf die ‚politische Öffentlichkeit‘ eingegrenzt werden. Am supranationalen politischen System der Europäischen Union ansetzend wird hier gefragt, ob seit dem Abschluss des Vertrags von Maastricht verstärkt Ansätze zur Herausbildung einer europäischen politischen Öffentlichkeit erkennbar sind. Öffentlichkeit wird hier, ähnlich wie auf nationalstaatlicher Ebene, als ein Vermittlungssystem zwischen der Europäischen Union als politischem Bezugssystem und den europäischen BürgerInnen betrachtet. Im folgenden Kapitel soll daher aus politik- sowie kommunikationswissenschaftlicher Perspektive genauer erläutert werden, welche demokratischen Funktionen Öffentlichkeit zugeschrieben werden und welche Formen sie annehmen kann. Von dieser Basis wird anschließend die der empirischen Untersuchung zugrunde liegende Vorstellung von Öffentlichkeit abgeleitet. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die verschiedenen Akteure innerhalb der politischen Öffentlichkeit gerichtet. So wird die Rolle der Europäischen Union als supranationaler Akteur ebenso wie die der einzelnen EU-Mitgliedsländer als nationalstaatliche Akteure betrachtet. Ergänzend sei explizit bemerkt, dass hier – ähnlich wie im Kontext der Europäisierungsprozesse – ausschließlich die Darstellung der EU in der deutschen Tagespresse betrachtet wird

und damit nur eine Facette der Entwicklung hin zu einer Europäischen Öffentlichkeit darstellt (zur theoretischen und empirischen Weiterentwicklung, vgl. Abschnitt IV.3).

Unter diesen Voraussetzungen werden in der vorliegenden Arbeit zwei grundlegende Fragestellungen zur Entstehung und zu den Entstehungsbedingungen einer Europäischen Öffentlichkeit untersucht:

1. Hat im Zeitverlauf von 1995 bis 2000 eine Europäisierung a) im Sinne einer Zunahme der EU-Berichterstattung und b) im Sinne einer zunehmenden Darstellung anderer EU-Mitgliedsländer der deutschen Tagespresse stattgefunden?

2. Wie lassen sich, interpretiert man die zunehmende Wahrnehmung anderer EU-Mitgliedsstaaten in der deutschen Tagespresse als Europäisierung, mögliche Unterschiede in der Berücksichtigung der EU-Mitgliedsstaaten erklären?

II DIE ENTSTEHUNG EINER EUROPÄISCHEN ÖFFENTLICHKEIT

Im diesem Kapitel wird der Öffentlichkeitsbegriff zunächst auf politische Öffentlichkeit eingegrenzt. Dazu wird die Rolle von Öffentlichkeit bzw. die Anforderung und Zuschreibung der Funktionen von Öffentlichkeit in politischen Systemen analysiert, die sich aus dem unmittelbaren Zusammenhang von Demokratievorstellung und Öffentlichkeitsvorstellung ergeben. Anschließend geht es um die Frage, inwieweit im Kontext der supranationalen politischen Institution Europäische Union schon so etwas wie eine ‚Europäische Öffentlichkeit‘ existiert oder sich Ansätze dazu auszubilden beginnen. Dazu wird der kommunikationswissenschaftliche Forschungsstand in diesem Gebiet wiedergegeben. Anhand einer Gegenüberstellung zweier Konzepte werden außerdem unterschiedliche Betrachtungsperspektiven auf die Entwicklungsmöglichkeiten einer Europäischen Öffentlichkeit herausgestellt, die sich vor dem Hintergrund bekannter normativer Öffentlichkeitstheorien interpretieren lassen. Abschließend soll mit Blick auf die politische Europäisierungsentwicklung ein Öffentlichkeitsbegriff konzeptionalisiert werden, der die Untersuchung einer europäisierten nationalen sowie massenmedial hergestellten politischen Öffentlichkeit im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand, nämlich die Wahrnehmung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten in der deutschen Tagespresse, ermöglicht.

1. Demokratie und Öffentlichkeit

Um den unmittelbaren Zusammenhang von Demokratie und politischer Kommunikation näher zu erläutern, sei zunächst auf die Merkmale nationaler Demokratien verwiesen. Für die Entwicklung der modernen Demokratien war der Gedanke der Volkssouveränität im Sinne der Herrschaft des Volkes, im Grundgesetz Art. 20 Abs. 2 verankert, grundlegend. Demnach sind die Bedürfnisse und Interessen freier und gleicher Bürger maßgeblich für die Entscheidungen in der Politik. Aufgrund der Größe und Ausdifferenzierung in der Entstehungsgeschichte der Nationalstaaten institutionalisierte und realisierte sich diese Idee in Form der „...Repräsentation des Demos in seinen gewählten Repräsentanten sowie die permanente Beobachtung dieser Repräsentanten durch die Repräsentierten“ (EDER 1998: 322). In sog. *repräsentativen Demokratien* werden die Interessen des Volkes durch periodisch durchgeführte Wahlen im Sinne einer (Neu-)Verteilung von Herrschaftschancen an die Repräsentanten gebunden. Demnach herrscht das Volk, indem es kontrolliert.

Dieser Interessenvermittlungsprozess ist in repräsentativen Demokratien ein Muster politischer Organisation, das hochgradig auf kommunikative Vermittlung angewiesen ist. Einerseits müssen sich die Repräsentanten gegenüber dem Volk verantwortlich zeigen, indem sie ihr politisches Handeln öffentlich rechtfertigen, und andererseits findet eine freie Diskussion des Volkes über das Handeln dieser Repräsentanten statt, die schließlich als öffentlich artikuliert Meinung Beachtung findet. Die Herstellung von Transparenz bzw. Öffentlichkeit³¹ in beide Richtungen ist somit die Grundlage für das Funktionieren von Demokratie. Zu dem Aspekt, dass das politische Geschehen kommuniziert werden soll, kommt des Weiteren die Frage, wie und wo Öffentlichkeit hergestellt werden kann. Nach Gerhards/Neidhardt ist Öffentlichkeit ein *intermediäres System*, das sich – zwischen dem politischem und dem Gesellschaftssystem vermittelnd – auf verschiedenen Ebenen und unter jeweils charakteristischen Bedingungen ausbildet. Von der *Encounter*-, über die *Versammlungs*- bis hin zur *massenmedialen Öffentlichkeit* findet eine zunehmende Rollendifferenzierung bzw. -professionalisierung und eine zunehmende Themenorientierung statt (vgl. GERHARDS/NEIDHARDT 1990). Aufgrund der weitläufigen Erreichbarkeit der BürgerInnen hat die massenmedial hergestellte Öffentlichkeit für die politische Information und Meinungsbildung die größte Bedeutung.

Auf der Basis dieser Überlegungen kann also auf den unmittelbaren Zusammenhang von Demokratie und Öffentlichkeit verwiesen werden. Für die Frage nach der Qualität einer politischen Öffentlichkeit auf nationalstaatlicher Ebene und insbesondere auch in Bezug auf das sich ausbildende supranationale demokratische System der Europäischen Union heißt das, dass im Bereich der politischen Kommunikation die Ausprägung der normativen Vorstellung von Demokratie immer zugleich eine bestimmte Vorstellung von Öffentlichkeit, ihrer Entstehung, ihren Trägern und ihren Funktionen impliziert.

Im folgenden werden drei verschiedene Demokratietheorien und ihre jeweilige Auffassung von Öffentlichkeit dargestellt, um anschließend die innerhalb der Europäischen Union festgestellten Demokratie- und Öffentlichkeitsdefizite zu klassifizieren. Hierbei handelt es sich um theoretische Prototypen, die zu Analysezwecken differenziert werden, sich in der Realität aber nicht unbedingt ausschließen. Gemeinsam sind diesen Ansätzen die oben angeführten Grundzüge des demokratischen Bezugssystems, während die Unterschiede in der unterschiedlichen Ausgestaltung der Repräsentation, die sich in den jeweiligen funktionalen Erwartungen an die politische Öffentlichkeit widerspiegeln (vgl. BEIERWALTES 2000: 60f.):

³¹ Diese Vorstellung von Öffentlichkeit entspricht einer möglichen Lesart von Öffentlichkeit, hier in der Abgrenzung zum Geheimen (vgl. dazu WESTERBARKEY 1991: 21ff.).

	Demokratische Zielvorstellung	Sphäre der Öffentlichkeit / Kommunikationstyp
Elitentheorie	Betonung der Notwendigkeit politischer Eliten	Öffentlichkeit als Sphäre der Kontrolle; Publizität im Sinne des Transparentmachens politischer Entscheidungsvorgänge
Pluralismustheorie	Betonung einer pluralen Gesellschaft	Öffentlichkeit als Sphäre der Ausbildung und Artikulation von Meinungen und Interessen; Responsivität
Partizipationstheorie	Betonung der Teilhabe des Demos am politischen System	Öffentlichkeit als Sphäre des Austauschs vernünftiger Argumente; Diskursivität

Tabelle 1: Übersicht nach BEIERWALTES (2000).

Die *Elitentheorie* geht von einer Politik konkurrierender Eliten aus, die die Herrschaft für das Volk übernehmen. Das damit verbundene normative Problem in demokratischen Systemen liegt nun darin, „...ob und unter welchen strukturellen Bedingungen eine grundsätzlich von Eliten initiierte Politik auch die Interessen der Nicht-Eliten befriedigt“ (WASCHKUH 1998: 21). So muss dies der Theorie nach in demokratischen Systemen ebenso gesichert sein wie die potentielle Offenheit und Zugangsmöglichkeit zu dem Elitensystem für politisch Aktive. Das Verhältnis von Demokratie und Medien ist in der Elitentheorie vor allem durch die monologische Struktur des Massenmediensystems zur Verbreitung der politischen Kommunikation bestimmt. Der Vorstellung von Öffentlichkeit als Publizität politischer Information führt zur besonderen Beachtung der politischen Themen-Agenden, die nach bestimmten Aufmerksamkeitsregeln in den Massenmedien wahrgenommen werden (vgl. BEIERWALTES 2000: 82ff.).

In der *Pluralismustheorie* wird die Politik weder durch Individuen noch durch ein homogenes Volk bestimmt. Eine Vielfalt von Gruppen – das können Parteien, Interessengruppen, soziale Bewegungen oder Nichtregierungsorganisationen etc. sein – bzw. die Aushandlung ihrer jeweiligen Gruppeninteressen stellt den Bezugspunkt politischer Entscheidungsfindung dar. Das normative Problem der demokratischen Ausgestaltung liegt hier in der Frage, inwieweit innerhalb des politischen Systems die Entscheidungskompetenzen dezentralisiert sind, sodass die aktiven Gruppen gleichermaßen Chancen der Einflussnahme auf die sie betreffenden politischen Entscheidungen haben. Im Verhältnis von Demokratie und Medien wird Publizität als Grundvoraussetzung einer funktionsfähigen Demokratie angesehen, die aber um eine responsive Dimension massenmedialer Öffentlichkeit erweitert wird. Das heißt, dass neben politischen Eliten auch andere Akteure Einfluss auf die Öffentlichkeit nehmen können, wenn sie in der Lage sind, in den Medien und durch die Medien Aufmerksamkeit zu erzeugen. So werden die politischen Themen nicht

ausschließlich von politischen Eliten bestimmt, sondern alle in der Demokratie vorhandenen pluralen Interessen können je nach Organisationsfähigkeit Einfluss auf den politischen Willensbildungsprozess sowohl der Repräsentanten wie auch der Repräsentierten finden (vgl. WASCHKUHNS 1998: 19f.; BEIERWALTES 2000: 138ff.).

Die *Partizipationstheorie* ist schließlich der voraussetzungsvollste Ansatz, da sie von einer Herrschaft durch das Volk ausgeht. Die zugrunde liegende normative Annahme ist die prinzipielle Aufhebbarkeit der Herrschaft von Menschen über Menschen zugunsten politischer Autonomie und Selbstbestimmung. Allerdings treten in diesem Zusammenhang zwei elementare Probleme der angestrebten universellen politischen Beteiligung auf: nämlich die Ausdehnung und Ausdifferenzierung des politischen Systems, die sich aus der Sicht der Individuen in der damit verbundenen Komplexität politischer Entscheidungen darstellt, sowie die Konkurrenz politischer Interessen im Vergleich zu anderen individuellen Interessen. Gemäß der Partizipationstheorie wird Öffentlichkeit im Unterschied zu den beiden anderen Ansätzen nicht als etwas Herzustellendes betrachtet, sondern existiert als *conditio sine qua non* im demokratischen Gemeinwesen. Nach diesem demokratietheoretischen Ansatz müsste ein Mediensystem also eine dezentrale und alle Gesellschaftsmitglieder verbindende Struktur haben (vgl. ebd.: 170ff.; WASCHKUHNS 1998: 25ff.).

Anhand der verschiedenartig ausgestalteten Demokratievorstellungen kann verdeutlicht werden, unter welchen Perspektiven innerhalb der Europäischen Union jeweils Demokratie- und Öffentlichkeitsdefizite ausgemacht werden: Nach der elitentheoretischen Vorstellung wird die mangelnde Transparenz der Entscheidungsprozesse im dynamischen Mehrebenensystem der Europäischen Union beklagt (vgl. KETTNER/SCHNEIDER 2000: 384ff.). Das ist darauf zurückzuführen, dass durch die vielen Organe und politikfeldspezifischen Ausschussbildungen nicht mehr nachvollzogen werden kann, wo und von wem politische Entscheidungen getroffen werden. Darüber hinaus war die Politik lange Zeit vorwiegend von Verwaltungshandeln geprägt, das kein großes mediales Interesse erzeugte (vgl. GERHARDS 1993, 2001; BACH 1999).

Nach den Anforderungen einer pluralismustheoretischen Sicht ist es im dynamischen Mehrebenensystem schwierig, Adressaten und Foren für die Artikulation politischer Interessen zu finden. Rucht stellte zwar fest, dass sich die Zahl der Interessengruppen vervielfacht hat, d.h. Lobbying grundsätzlich möglich ist, wenn man die Zugänge und Regeln darin kennt. Dennoch stellt die EU kein geeignetes Objekt für die Einflussnahme von sozialen Bewegungen und Protestgruppen dar. Deutlich wird dies an einem starken Gefälle zwischen ressourcenstarken Gruppierungen der Industrie und des Handels im Vergleich zu sozialen Interessengruppen (vgl. RUCHT 2000: 196ff.).

Legt man schließlich die Kriterien der Partizipationstheorie an, stellt man fest, dass es keinerlei kommunikative Infrastruktur gibt, die eine Beteiligung oder einen Einfluss von europäischen BürgerInnen auf EU-politische Entscheidungsprozesse ermöglichen könnte. Kontrovers diskutiert wird in diesem Zusammenhang die Rolle und das Entwicklungspotential des Internets. Aufgrund seiner dezentralen Struktur und der Integration verschiedener, auch wechselseitiger Kommunikationsformen könnte das Internet über die Einseitigkeit der traditionellen Massenmedien hinausgehend auch der diskursiven Kommunikation dienen (vgl. DAHINDEN 2000; MARSCHALL 1998).

Bislang war von einer wechselseitigen Verzahnung von Demokratie und Öffentlichkeit die Rede. Gerhards stellt dagegen das Demokratie- und das Öffentlichkeitsdefizit in einen kausalen Zusammenhang. Er sieht im Demokratiedefizit der Europäischen Union das Öffentlichkeitsdefizit begründet, da seiner Meinung nach mit der Demokratisierung auch die Ausbildung von Sprecherrollen einhergehen würde (vgl. GERHARDS 2001: 22f.; DERS. 2000: 292). So ist die Schlussfolgerung nahe liegend, durch die Demokratisierung des politischen Systems eine Öffentlichkeitsbildung in Gang zu bringen. Um aber unabhängig von institutionellen Reformen aus einer Analyse des status quo Erkenntnisse für die mögliche Ausbildung einer Europäischen Öffentlichkeit abzuleiten, ist weniger das Demokratie- als das Öffentlichkeitsdefizit Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit. Im Folgenden wird nun die Entstehung von Öffentlichkeit, ihre Funktionen und Akteure aus kommunikations- und medienwissenschaftlicher Sicht dargestellt. Dazu werden in den nächsten Abschnitten der Forschungsstand sowie zwei verschiedene Konzepte vorgestellt, die unterschiedliche Perspektiven auf die Ausbildung einer Europäischen Öffentlichkeit werfen.

2. Ansätze zur Beschreibung einer Europäischen Öffentlichkeit

2.1 Forschungsstand und Theorieentwicklung

Im Anschluss an den im vorhergehenden Abschnitt beschriebenen Zusammenhang von Demokratievorstellung und den jeweiligen normativen Anforderungen an eine politische Öffentlichkeit geht es jetzt um die Frage, welche empirischen und theoretischen Ansätze zur Beschreibung einer Europäischen Öffentlichkeit oder deren Vorformen bereits existieren. Grundsätzlich kann man anhand bisheriger Studien feststellen, dass das Problem der Ausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit bislang ein nur sehr bruchstückhaft bearbeitetes Feld ist. Aus der Unterscheidung der drei wesentlichen Elemente des Kommunikationsprozesses – Kommunikator, Medium und Rezipient – ergeben sich Leitkriterien,

anhand derer sich die vorwiegend empirisch-deskriptiven Mediensystemstudien grob systematisieren lassen:

Betrachtet man die *Europäische Union als Kommunikator* bzw. Initiator von politischer Kommunikation, lässt sich die Studie von PETER BENDER (1997) heranziehen, die sich mit Öffentlichkeitsarbeit/PR als einem Element zur Verbesserung des Informations- und Kommunikationsdefizits für die EU und deren Mitgliedsstaaten beschäftigt. In seinen Überlegungen zielt er auf Strategien zum Aufbau einer kommunikativen Infrastruktur und damit einer verbesserten Vermittlung europäischer Politik. MARC R. GRAMBERGER (1997) stellt die Entwicklung der Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Kommission im Zeitraum von 1952 bis 1996 dar und kommt zu dem Ergebnis, dass diese im untersuchten Zeitraum zwar zunehmend mehr, aber erst ab 1993-1995 professionelle Öffentlichkeitsarbeit zur demokratischen Legitimationsförderung genutzt wurde. Ganz in Einklang mit dieser Feststellung stehen auch die Ergebnisse einer Sekundärauswertung einer Inhaltsanalyse deutscher Qualitätsmedien, durch deren Analyse der europäischen Berichterstattung deutlich wurde, dass die EU als Urheber eines Nachrichtenanschlusses fast gar keine Rolle spielt (vgl. GERHARDS 2000: 296). Ferner gibt es Studien, die die *JournalistInnen als Kommunikatoren* in das Zentrum ihrer Untersuchungen rücken. So ist die Frage nach einer Europäischen Öffentlichkeit hier unmittelbar mit der Frage nach der Existenz und Ausprägung eines spezifisch europäischen Journalismus verbunden. Erste Beschreibungen kommen allerdings gleichermaßen zu dem Ergebnis, dass es einen einheitlichen europäischen Journalismus sowie eine ‚Theorie des europäischen Journalismus‘ noch nicht gibt (vgl. SIEVERT 1998: 18,345ff.; LÜNENBORG 2000: 260).³² Der Blick weiterer Forschung ist daher zumeist auf den Vergleich unterschiedlicher Journalismuspraktiken, dem unterschiedlichen journalistischen Selbstverständnis sowie auf transnationale Ausbildungsbildungsprojekte gerichtet (vgl. ebd.; KOPPER 2001).

Der Begriff des *Mediums* ist häufig mit der Beschreibung eines abgegrenzten Raumes und seiner spezifischen Infrastruktur verknüpft. Unter dem Stichwort ‚Kommunikationsraum Europa‘ analysieren – zum Teil auch ländervergleichend – viele Studien einzelne Aspekte der jeweiligen nationalen Mediensysteme innerhalb des eigenständig betrachteten Medienraums Europa.³³ Dazu werden die nationalen Mediensysteme beispielsweise hinsichtlich ihrer strukturellen Unterschiede und Gemeinsamkeiten, d.h. ihrer wirtschaftlichen und rechtlichen Organisation beschrieben. Andere Studien beschäftigen sich aus der

³² Anders dagegen die Position von CHRISTOPH O. MEYER (2002, 2000), der die These eines sich herausbildenden investigativen Journalismus vertritt. Diese wird im Zusammenhang mit dem Öffentlichkeitsmodell von Gerhards noch einmal genauer aufgegriffen.

³³ In diesen Untersuchungen werden nur zum Teil speziell die Mitgliedsstaaten der EU zusammengefasst, meist wird dagegen Gesamteuropa inklusive Osteuropa als Kommunikationsraum definiert.

Sicht der EU mit den Anforderungen an eine gemeinsame bzw. vereinheitlichende Medienpolitik unter den spezifischen Bedingungen des vergrößerten, aber heterogenen Medienmarktes (vgl. KLEINSTEUBER/ROSSMANN 1994; ERBRING 1995; MECKEL 1995). In Anlehnung an UWE HASEBRINK (2000) kann man zur Konstitution einer raumbezogenen Europäischen Öffentlichkeit unterschiedliche Möglichkeiten anführen, um den jeweiligen Untersuchungsgegenstand abzugrenzen: Zum einen verweist er auf *länderübergreifende europäische Medienangebote*, bei denen sich allerdings, wie in verschiedenen Studien schon festgestellt wurde, nur diejenigen erfolgreich entwickeln, die entweder weitgehend sprachen-unabhängig sind – z.B. *MTV* oder *Eurosport* – oder nur sehr kleine Publika ansprechen. Zu letzterem kann man *Euronews* und im weiteren Sinne auch den binationalen Sender *Arte* zählen. Aber auch hier zeigen sich deutliche Schwierigkeiten in der Ausbildung einer länderübergreifenden Öffentlichkeit, da im Fall von *Arte* sehr schnell eine nationen-abhängige Rezeption festgestellt wurde, so dass der politisch angestrebte kulturelle Austausch ausgeblieben ist: Die deutschen Fernsehzuschauer rezipierten vorwiegend deutsche Programmanteile und umgekehrt die französischen ihre landesspezifischen Produktionen (vgl. SCHROEDER 1996: 101). Ambitionierte europäische Medienprojekte wie der Zusammenschluss vier nationaler öffentlich-rechtlicher Fernsehanbieter zur Gestaltung des gemeinschaftlichen Kanals *EuropaTV* oder die Wochenzeitung *The European* können mangels Nachfrage mittlerweile als gescheitert betrachtet werden. Die Entstehung einer Europäischen Öffentlichkeit durch *länderübergreifende Medienunternehmen und Programmärkte* untersuchen einige Studien, die sich mit der wirtschaftlichen Vernetzung von Medienanbietern in Europa beschäftigen. Dazu zählt beispielsweise die *Europäische Rundfunkunion* (European Broadcasting Union, EBU), die den Programmaustausch zwischen Mitgliedsorganisationen organisiert und Kooperationen zwischen den Mitgliedern mit ihren jeweiligen Programmbereichen fördert. Ferner kann auch die europäische Filmförderung als eine weitere Dimension der medienwirtschaftlichen Vernetzung angesehen werden. Hasebrink führt zum dritten auf die Möglichkeit europäischer Öffentlichkeitsbildung durch *länderübergreifende Verbreitung und Rezeption von nationalen Medienangeboten*. Mit den heutigen technischen Verbreitungsmöglichkeiten durch digitale Vernetzung oder Satellitenübertragung wäre dies durchaus realisierbar. Dennoch wird beispielsweise anhand von Studien zur Fernsehnutzung sichtbar, dass nationalen Publika zumeist auf ihre eigenen Programme konzentriert bleiben. Ausnahmen ergeben sich nur dann, wenn es sich um Angebote eines gleichsprachigen Nachbarlandes handelt oder das Angebot des eigenen Landes vergleichsweise geringer ist (vgl. Hasebrink 1995: 194).

Einen anderen Schwerpunkt setzen die seit 1973 regelmäßig von der Europäischen Kommission durchgeführten Eurobarometer-Studien. Sie untersuchen keine

massenmediale Öffentlichkeit im Sinne veröffentlichter Meinungen, sondern die ‚öffentliche europäische Meinung‘ im Sinne einer aggregierten *Bevölkerungsmeinung*. Die auf repräsentativen Umfragen basierenden Ergebnisse dokumentieren Einstellungen und Einstellungsveränderungen hinsichtlich der EU in den einzelnen Mitgliedsländern. Dazu werden auf drei Einstellungsdimensionen ökonomische (z.B. Einführung des Euros), politische (z.B. Osterweiterung) und soziale Aspekte (z.B. personenbezogene Erwartungen) erfragt (vgl. MELICH 2000). Auf der Basis dieser Daten wurde der allgemeine Einbruch der Unterstützung der EU nach dem Vertragsschluss von Maastricht deutlich (vgl. ebd.; NIEDERMEYER 1998; IMMERFALL/SOBISCH 1997).

Trotz der zahlreichen empirischen Beschreibungen steht im Kontext der Europäischen Union die Zusammenführung der Studien zu einer Theorie der Europäischen Öffentlichkeit noch aus (vgl. SIEVERT 1998: 22). Für die beiden im Folgenden vorgestellten Konzepte gilt, dass es sich ebenfalls nicht um (neue) Theorien handelt, die eine oder vielfältige Formen transnationaler europäischer Öffentlichkeit erklären und systematisierend beschreiben. Vielmehr stellen sie erste Ansätze dar, die bestimmte, mit der Europäischen Union in Verbindung stehende Entwicklungen vor dem Hintergrund bekannter Öffentlichkeitstheorien deuten. In beiden Ansätzen – repräsentativ-liberaler sowie diskursiver Öffentlichkeit – finden sich einige der eingangs unter demokratie-theoretischer Betrachtung formulierten Anforderungen wieder. Die von Gerhards bezogene repräsentativ-liberale Position basiert auf einem empirisch festgestellten Öffentlichkeitsdefizit der EU. Davon ausgehend entwickelt er verschiedene Prognosen zur Entstehung einer Europäischen Öffentlichkeit. Eder, die diskursive³⁴ Position von Öffentlichkeit vertretend, versucht dagegen anhand einiger EU-spezifischer Medienereignisse neue Öffentlichkeitsphänomene zu beschreiben, die ihn zur These eines ‚Strukturwandels von Öffentlichkeit‘ führen. Im nächsten Abschnitt stelle ich die beiden sich in der gegenwärtigen Diskussion gegenüberstehenden Ansätze vor. Dabei gehe ich auch auf die Fragen ein, die üblicherweise an die Ausbildung nationalstaatlicher Öffentlichkeiten gestellt werden: Wie entsteht Europäische Öffentlichkeit? Wer sind die daran beteiligten Akteure? Wo spielt sich Europäische Öffentlichkeit ab? Welche Funktion erfüllt sie?

2.2 Konzept Gerhards‘ als repräsentativ-liberales Modell von Öffentlichkeit

In seiner auf Leitfadeninterviews basierenden ‚theoretischen Plausibilitätsskizze‘ beschreibt Gerhards die zu diesem Zeitpunkt gegebenen institutionellen

³⁴ In seinen Aufsätzen verwendet Eder zum Teil auch der Begriff ‚deliberative Öffentlichkeit‘. Ich werde im Folgenden in Anlehnung an das theoretische Fundament dieser Position weiterhin den Begriff der ‚diskursiven Öffentlichkeit‘ beibehalten.

Rahmenbedingungen politischen Handelns im Mehrebenensystem der EU. Einen theoretischen Bezugsrahmen supranationalen Regierens stellen die vier von M. RAINER LEPSIUS beschriebenen charakteristischen Strukturmerkmale für politische Systeme demokratischer Nationalstaaten dar. Gerhards prüft nun, inwieweit sich diese auf europäischer Ebene in äquivalenter Form wiederfinden lassen. Zum einen sieht er die *Kompetenzallokation* der EU darin erfüllt, dass Europarecht über nationalem Recht steht. Des Weiteren findet auf europäischer Ebene eine *Ressourcenallokation* statt, da sich die EU seit 1975 neben Beiträgen ihrer Mitglieder auch durch eigene Mittel finanziert und damit einen autonomen Gestaltungsspielraum gewinnt. Die *Kontrollallokation* wird durch den Europäischen Gerichtshof und die Kommission gewährleistet, die die Implementierung der Beschlüsse überwacht. Allein die *Legitimationsallokation* scheint für Gerhards auf europäischer Ebene noch rückständig gegenüber den genannten Merkmalen und führt ihn zur Frage nach der Rolle einer Europäischen Öffentlichkeit bzw. zu den ‚Trägheitsmomenten‘ ihrer Ausbildung (vgl. GERHARDS 1993: 2ff.). In späteren, empirisch fundierten Studien entwickelt er die Problematik der politischen Legitimation auf der Basis der inkongruenten Transnationalisierungsentwicklung in verschiedenen gesellschaftlichen Teilsystemen (vgl. GERHARDS/RÖSSEL 1999; GERHARDS 2000).

Die Problematik der Legitimation politischer Macht durch die Herstellung von Öffentlichkeit ergibt sich aus der Sicht einer repräsentativ-liberalen Öffentlichkeitstheorie, derzufolge Öffentlichkeit als intermediäres System zwischen politischem System und Gesellschaftssystem vermittelt und an bestimmte Anforderungen gebunden ist. Grundsätzlich gilt das Postulat, dass Öffentlichkeit für alle zugänglich sein sollte, um die wechselseitige Funktion der Kontrolle der politischen Eliten durch die WählerInnen einerseits sowie die Meinungsbildung und -vermittlung ins politische System andererseits zu erfüllen. Da einzig Massenmedien in heutigen Demokratien den Zugang für alle Akteure – ob nun politische oder zivilgesellschaftliche – gewährleisten können, spielen sie in der Abbildung der vielfältigen Interessen *die* entscheidende Rolle (vgl. GERHARDS 1998: 30ff.; DERS. 1997: 8-11). So gibt es nach Gerhards für die Ausbildung einer Europäischen Öffentlichkeit im repräsentativ-liberalen Sinne zwei Konstitutionsmöglichkeiten, nämlich erstens als *Ausbildung eines einheitlichen europäischen Mediensystems* und zweitens als *Europäisierung der nationalen Medienöffentlichkeit*.

Unter ersterem ist ein einheitliches Mediensystem zu verstehen, „...dessen Inhalte in verschiedenen europäischen Ländern Verbreitung finden und von den Bürgern in den verschiedenen Ländern rezipiert werden“ (GERHARDS 1993: 7). Es handelt sich hierbei also um *ein* Mediensystem, das die verschiedenen Mitgliedsstaaten der EU durch seine Medienangebote integriert. Allerdings sprechen viele – im Kontext der vergleichenden

europäischen Mediensystemstudien schon genannte – Argumente gegen die Möglichkeit dieser Entwicklung. Während politische und technische Rahmenbedingungen innerhalb Europas heute keine hemmenden Faktoren mehr darstellen, scheint der wesentlicher Faktor kulturell bestimmt zu sein: Sprachenvielfalt³⁵, unterschiedliche Rezeptionsgewohnheiten und (bislang) nationenspezifische Interessen führen bislang eher zu Fragmentierungen innerhalb des europäischen Publikums. Damit verbunden sind schließlich wirtschaftliche Folgeprobleme, da die Publikumsnachfrage und somit die Rentabilität eines europäischer Medien für deren Existenz und Weiterentwicklung entscheidend ist (vgl. GERHARDS 1993: 8-11; DERS. 2000: 288ff.).

Die zweite theoretisch denkbare Variante der Herausbildung einer Europäischen Öffentlichkeit liegt in der Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten. „Unter einer Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten soll zum einen die Thematisierung europäischer Themen in den jeweiligen nationalen Medien, zum zweiten die Bewertung dieser Themen unter einer europäischen, nicht nationalstaatlichen Perspektive verstanden werden“ (GERHARDS 1993: 12). Den Überlegungen von Gerhards kann man entnehmen, dass er diese zweite Variante für wahrscheinlicher hält, und so untersucht er auf der Basis der empirischen Befunde von Kepplinger den Europäisierungsgrad der deutschen Öffentlichkeit. Die Auswertung des Verhältnisses europäischer Themen zu weiteren Auslands- sowie zu den innerdeutschen Themen belegt eine konstant geringe Medienaufmerksamkeit für europäische Themen. Des weiteren zeigt er anhand der Daten Kepplingers, dass die EU und ihre Organe als Urheber von politischen Stellungnahmen im Vergleich zu nationalen Sprechern kaum von Bedeutung sind (vgl. GERHARDS 2000: 293ff.).

So ergibt sich vor dem Hintergrund des liberal-repräsentativen Öffentlichkeitsmodells aus der asynchronen Entwicklung einer Europäisierung von Politik – als Verschiebung der Souveränitätskompetenzen auf die EU – bei gleichzeitiger konstant geringer nationaler EU-Berichterstattung ein theoretisch wie auch empirisch diagnostiziertes Öffentlichkeitsdefizit.

In der 1993 durchgeführten Studie führt Gerhards Gründe dafür an, warum europäische Themen auf vergleichsweise geringe Medienaufmerksamkeit in den nationalen Medien stoßen und warum sie, wenn sie denn Eingang in die deutsche Berichterstattung gefunden haben, ausschließlich unter nationaler Perspektive gedeutet werden. Eine Ursache liegt in *strukturellen Voraussetzungen* der EU begründet, so beispielsweise in der Tatsache, dass die EU-Politik bislang weitgehend von Verwaltungshandeln geprägt ist,

³⁵ Bekannt ist der überdimensionale bürokratische Übersetzungsapparat in Brüssel, um die Verständigung der EU-PolitikerInnen zu gewährleisten. Zur Rolle der Sprache in der Europäischen Union (vgl. BEIERWALTES 1998; KIELMANSEGG 1996; LEPSIUS 1999).

das aus der Sicht der Medienberichterstattung keinen besonderen Nachrichtenwert aufweist. Das Kollegialprinzip bei Entscheidungen der Europäischen Kommission verhindert ebenfalls das Transparentwerden von Positionen in vermutlich kontroversen Entscheidungsprozessen und somit die personelle Zurechnungsmöglichkeit. Weiterhin führt Gerhards das Nichtvorhandensein einer institutionalisierten Opposition sowie einer außerparlamentarischen Opposition als Gründe dafür an, dass Journalisten kaum einen Input an zu kommunizierender Information in Form politischer Meinungen und Positionen erhalten. Eine weitere Ursache resultiert aus der *Stellung der europäischen Journalisten*: Im Vergleich zu anderen Korrespondenten haben sie aus nationaler Sicht eine eher randständige Position, die letztlich die geringe Bedeutung des Themas auf der nationalen Medienagenda widerspiegelt. Die nationalstaatliche Perspektive der Berichterstattung liegt in der nationalen Versäulung der Informationsgebung begründet, die über sog. Briefings durch die ständigen Vertreter der jeweiligen Länder oder an EU-Minister gebundene Pressekonferenzen stattfindet. So werden die Journalisten der jeweiligen Nationen ausschließlich über die nationalen Interessen informiert, welche diese in der Nachrichtenberichterstattung weitergeben. Schließlich ist mit den beiden o.g. Ursachen die Tatsache verbunden, dass die nationale Öffentlichkeit keine *Sanktionsmöglichkeiten* der europäischen EntscheidungsträgerInnen hat, sodass für diese auch kaum eine Notwendigkeit besteht, ihr Handeln und Entscheiden nach außen kommunikativ zu repräsentieren bzw. zu legitimieren (vgl. GERHARDS 1993: 12-18).

An den geringen politischen Einflussmöglichkeiten europäischer BürgerInnen sowie an den institutionellen Strukturen der EU, die durch Reformen eine Europäisierung der nationalen Medien vermutlich entscheidend fördern würde (vgl. GERHARDS 2000: 301), hat sich in der Zwischenzeit nichts bzw. wenig verändert – dazu Gerhards heute:

„Die zentrale Erklärung für die geringe Öffentlichkeitsneigung der Akteure des Zentrums der EU, und damit für das Öffentlichkeitsdefizit der EU, liegt [...] darin, dass diese nicht gezwungen sind, für sich und ihre Themen und in Konkurrenz zu anderen Akteuren vor den Bürgern öffentlich zu werben; und sie sind nicht dazu gezwungen, weil sie nicht über Wahlen oder Referenden an die Präferenz der Bürger gekoppelt sind. Das Öffentlichkeitsdefizit ist in diesem Sinne dem Demokratiedefizit nachgelagert“ (Gerhards 2001: 22).

Dennoch gibt es mittlerweile – auf die Tatsache, dass die empirischen Daten *nur* bis 1995 reichen, verweist Gerhards selbst an entsprechenden Stellen – eine Reihe von Gegenpositionen, die die These einer zunehmenden Formierung von Europäischer Öffentlichkeit vertreten. So zum Beispiel CHRISTOPH O. MEYER (2000), der am Beispiel des Korruptions-skandals der EU auf einen sich herausbildenden transnationalen Journalismus und damit verbundene strukturelle Veränderungen des Europajournalismus verweist. Im Blick auf die journalistischen Inhalte stellt er die These einer zunehmenden Entwicklung vom Sprachrohrjournalismus hin zu einem Enthüllungsjournalismus auf; somit kommt dieser

seiner Funktion der politischen Information und Kontrolle nach. Die Ausdehnung der EU-Berichterstattung führt Meyer ferner auf die steigende Zahl der in Brüssel tätigen Journalisten (vgl. Grafik, ebd.: 122) sowie den stärkerer werdenden Wettbewerb unter ihnen zurück. Mit der zunehmenden Kommerzialisierung und Bedeutung der EU-Berichterstattung im Zuge des investigativen Journalismus geht gleichzeitig eine neue Art journalistischer Vergemeinschaftung einher, die in kooperierender Form länder- und medienübergreifend stattfindet.

2.3 Konzept Eders als diskursives Modell von Öffentlichkeit

KLAUS EDER entwickelt eine alternative Beschreibungsmöglichkeit politischer Öffentlichkeit in Europa. Auf der Basis europapolitischer Diskurse zu Themen wie BSE, Migration und Korruptionsskandal versucht er, einen *Strukturwandel von Öffentlichkeit* nachzuzeichnen. Den Ausgangspunkt seiner Argumentation bildet ebenso wie bei Gerhards der Verweis auf das Demokratiedefizit der Europäischen Union, das sich aus der institutionellen Struktur und ihrer mangelnden Legitimation politischer Entscheidungsprozesse ergibt. Das Demokratiedefizit, das Eder aus der Sicht europäischer BürgerInnen in ein Gestaltungs- und Kontrolldefizit umformuliert, führt er auf das Fehlen von Öffentlichkeit zurück. So postuliert er, dass

„...in dem Maße, wie eine europäische Gesellschaft jenseits des nationalstaatlich verfassten Volkes entsteht, [...] Prozeduren der Beteiligung gefunden werden [müssen], die mit dem normativen Ideal, dass sich Freie und Gleiche diskursiv an kollektiven Willensbildungsprozessen beteiligen können, vereinbar sind“ (EDER ET AL. 1998: 324.).

Hierin wird die normative Anforderung deutlich, die Eder aus der Perspektive einer diskursiven Öffentlichkeitsvorstellung an die Ausbildung einer Europäischen Öffentlichkeit stellt.

Die auf JÜRGEN HABERMAS zurückgehende Vorstellung einer diskursiven Öffentlichkeit zeichnet sich als eine Kommunikationsstruktur aus, die ein verständigungsorientiertes Handeln voraussetzt (vgl. HABERMAS 1998: 436). Das heißt, dass – unter Einhaltung der Geltungsansprüche Verständlichkeit, Wahrheit, Wahrhaftigkeit und Richtigkeit – politische Kommunikation in Form eines gleichberechtigten, rationalen und dialogischen Austauschs von Argumenten – eines Diskurses – der beteiligten Akteure stattfindet. Die Akteure werden in Sprecher einer ‚autochthonen‘ und einer ‚vermachteten‘ Öffentlichkeit unterschieden. Erstere sind nach Habermas ‚Sprecher der Zivilgesellschaft‘³⁶, also bürgernahe

³⁶ „Die Zivilgesellschaft setzt sich aus jenen mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen zusammen, welche die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten“ (HABERMAS 1998: 443).

Interessengruppen und Organisationen, während zu letzteren die ‚Sprecher des politischen Zentrums‘ gezählt werden. Ein weiteres Merkmal der Kommunikationsprozesse ist das hohe Diskussionsniveau, dessen Ergebnis zu einer qualifizierten öffentlichen Meinung führt. So erreicht eine funktionierende Öffentlichkeit, die nicht nur administrativ erzeugte Meinung im Zentrum der Politik herstellt, im Sinne von Habermas ihr Ziel durch Herstellung eines diskursiv geprüften Konsenses oder zumindest einer diskursiv abgeschliffenen Mehrheitsmeinung. Auf diese Art ist der Konsens ein legitimes Resultat, das auch gemeinschaftsbildende Funktion hat (vgl. GERHARDS 1998: 27ff.).

Vor dem Hintergrund dieser normativen Öffentlichkeitsvorstellung stellt Eder nun die These auf, dass die Rede vom Öffentlichkeitsdefizit Unsinn ist, da es eine transnationale politische Öffentlichkeit bereits gibt (vgl. EDER/KANTNER 2000: 307; EDER 2000: 171). In der Frage, welches die Merkmale einer solchen transnationalen und damit strukturveränderten Europäischen Öffentlichkeit sind, kommt er zu folgenden Befunden. Eder argumentiert, dass sich auf europäischer Ebene ein dem nationalstaatlichen *demos* äquivalenter kollektiver Akteur nicht mehr konstruieren lässt, sondern an seine Stelle „...eine Pluralität von kollektiven Akteuren mit sich überschneidenden Loyalitäten und Interessen“ (EDER ET AL. 1998: 324) tritt. Damit ist implizit die Entwicklung verbunden, dass sich die Rolle des homogen gedachten Volkes als Träger der öffentlichen Meinung und als einer Kontrollinstanz politischer Herrschaft ebenfalls auf diese kollektiven Akteure verschiebt. Entsprechend dem charakteristischen Merkmal europäischen Regierens, nämlich einer *stark funktionell gegliederten Segmentierung politikfeldspezifischer Handlungs- und Kommunikationsräume*, beschreibt Eder die Auflösung der homogenen Öffentlichkeit in eine Vielzahl von Teilöffentlichkeiten, die sich je nach Themen- bzw. Issue-Betroffenheit situationsspezifisch differenzieren. Der jeweiligen *Issue-Orientierung* zufolge finden sich diese Trägergruppen Europäischer Öffentlichkeit in immer wieder neuen Konstellationen zusammen. Aber im Unterschied zum nationalstaatlichen Volk, das auf einer kulturhistorischen und sprachlichen Kontinuität beruht, besitzen sie keine Tradition mehr. So konstituiert sich nach Eder eine Europäische Öffentlichkeit durch Kommunikationsnetzwerke, in denen die issue-spezifisch organisierten Akteure in einen Diskurs treten, sodass der demokratische Modus der Repräsentation nicht mehr auf der Basis von Wahlen, sondern auf der Basis organisierbarer Interessen stattfindet. Schließlich variieren analog den Netzwerköffentlichkeiten auch die Publika dieser Netzwerke (vgl. ebd.: 325f.).

Je nach normativer Anforderung müssen nach Eder wie auf nationaler Ebene auch die Teilöffentlichkeiten in der EU bestimmte Funktionen erfüllen: Sie „...haben mindestens symbolische Inklusion, möglicherweise öffentliche Meinungsbildung und vielleicht sogar diskursive Willensbildung“ (ebd.: 328) zu leisten. Entsprechend diesen Anforderungen

unterscheidet er verschiedene Arenen politischer Kommunikation, in denen sich diese supranationalen politikfeldspezifischen Teilöffentlichkeiten ausbilden und legitimierungserzeugende Wirkungen haben. In deliberativen Arenen liegt die legitimierungserzeugende Wirkung in politischen Meinungs- und Willensbildungsprozessen sowie in der Nutzung des legitimierungspotentials argumentativer Verfahren der Konfliktbearbeitung und Konsensfindung. Dagegen wird in Arenen der Interessenpolitik Legitimation durch politische Einflussnahme und durch die Mobilisierung pluraler Interessenvertretungen hergestellt (vgl. ebd.: 336ff.). Da nun aber diese beiden Strategien aufgrund der EU-spezifischen Restriktionen nicht ausgeschöpft werden können, werden nach Eder in Zukunft für die Ausbildung von Europäischer Öffentlichkeit die Arenen symbolischer Politik von entscheidender Bedeutung sein. Sie bewirken die Durchsetzung von Politik durch die Mobilisierung von Aufmerksamkeit und einer Herstellung von Massenloyalität (vgl. ebd.: 431).

Gemessen an den oben beschriebenen Merkmalen diskursiver Öffentlichkeit, kommt man allerdings zu dem Schluss, dass diese Form der politischen Öffentlichkeit nicht in Einklang mit der Theorie steht. Durch die Reduzierung von Europäischer Öffentlichkeit auf transnationale politische Kommunikation kann Eder zwar anhand der europäischen Themendiskurse belegen, dass diese, getragen von verschiedenen politischen Akteuren tatsächlich vorhanden ist. Dennoch bleibt Öffentlichkeit auf europäischer Ebene eine vom europäischen Volk abgekoppelte Eliten- und Präsenzöffentlichkeit, die sich themenspezifisch und je nach Kommunikationsniveau kontrollierend, meinungsbildend oder deliberativ mit der europäischen Politik auseinandersetzt und auf die politischen Entscheidungsprozesse Einfluss nimmt. Legt man diese Definition von Öffentlichkeit für eine Gesamtbeurteilung der supranationalen Institution EU zugrunde, ergibt sich tatsächlich kein Öffentlichkeitsdefizit und es erscheint ein legitimes Regieren ohne Volk – wie es Eder als offene Frage in den Raum stellt – möglich. Darauf, dass dies aber im Kern keine Vorstellung eines demokratischen Systems und damit verbunden einer demokratischen Öffentlichkeit mehr ist, also auch die Frage nach Legitimation weiterhin offen bleibt, macht Gerhards eindringlich aufmerksam (vgl. GERHARDS 2001: 16f.).

Auch bei Habermas selbst findet sich der Hinweis auf die Notwendigkeit einer Anbindung der diskursiv hergestellten Öffentlichkeit an ein breites Publikum bzw. im demokratietheoretischen Sinne an das Volk.³⁷ Eder definiert zwar an anderer Stelle – wiederum unter Verweis auf eine diskurstheoretische Perspektive – Öffentlichkeit als Kommunikation zur gleichen Zeit, der gleichen Themen unter gleichen Relevanzgesichtspunkten in einem

³⁷ „Aber der politische Einfluß, den die Akteure über öffentliche Kommunikation gewinnen, muß sich *letztlich* auf die Resonanz, und zwar auf die Zustimmung eines egalitär zusammengesetzten Laienpublikums stützen“ (HABERMAS 1998: 440).

anonymen Massenpublikum (vgl. EDER/KANTNER 2000: 315) und versucht anhand einer Systematik verschiedene Dimensionen von Resonanzzeugung zu beschreiben (vgl. EDER 2000: 180f.). Diese Beschreibungen bleiben allerdings sehr abstrakt und auf die inhaltlichen Bezugspunkte Thema, nationaler versus transnationaler Adressat und Adressant politischer Kommunikation beschränkt. Der entscheidende Kommunikationskanal vom politischen Zentrum zur Peripherie, der nur über die Massenmedien möglich ist, wird nicht in die Überlegungen einbezogen.

3. Zusammenfassung und Hypothesenbildung

Aus den vorangegangenen Abschnitten bleibt festzuhalten, dass Vorstellungen einer Ausgestaltung von Demokratie unmittelbar mit Vorstellungen verbunden sind, wie sich politische Öffentlichkeit innerhalb demokratischer Systeme bildet und welche Funktion sie darin einnimmt. Bilanziert man die theoretischen und empirischen Studien zur Formierung einer Europäischen Öffentlichkeit, wird deutlich, dass es sich hierbei einerseits um ein sehr komplexes Phänomen handelt, das in vielen Dimensionen Anknüpfungspunkte für Analysen bietet, es aber gerade deshalb auch noch nicht als Ganzes beschrieben werden kann, d.h. die bisherigen Erkenntnisse noch nicht annähernd zu einer ‚Theorie der Europäischen Öffentlichkeit‘ zusammengefasst werden können. Wie Gerhards zeigt, lassen sich auf der Hintergrundfolie bekannter Öffentlichkeitstheorien zwar Anforderungen an eine Europäische Öffentlichkeit stellen und die daran messbare aktuelle Öffentlichkeitssituation einschätzen (vgl. GERHARDS 2001). Letztlich charakteristisch bleiben aber die derzeit noch sehr unterschiedlichen Konzeptualisierungen des Begriffs, sodass in empirischen Untersuchungen der Europäisierungsgrad durch vielfältige Indikatoren – quasi als Vorformen auf dem Weg zu einer Europäischen Öffentlichkeit – gemessen werden kann. Zusammenfassend gehen aus der Literatur vier Öffentlichkeitsbegriffe hervor, die es sorgfältig zu unterscheiden gilt:

1. *Europäische Öffentlichkeit als Metabegriff*, der als politische Zielvorstellung ein Phänomen beschreibt, das in seiner Ausgestaltung noch völlig offen ist. Damit ist implizit der Gedanke verbunden, dass dieser Begriff Übergänge und graduellen Abstufungen im Entwicklungsprozess hin zu diesem Phänomen ebenso beschreiben können sollte wie auch neue transnationale Formierungen von bisher aus nationalstaatlichen politischen Systemen bekannten Elementen (vgl. NEIDHARDT ET AL. 2001: 289). Allerdings wird dieser Begriff aus eben diesen Gründen bislang sehr undifferenziert verwendet.

2. *Europäische Öffentlichkeit als Elitenöffentlichkeit*, für deren Ausprägung im Zusammenhang der Europäischen Union zwar empirisch einige Argumente sprechen, die

aber von Gerhards als undemokratisch charakterisiert wird. Das bedeutet, dass unter demokratiethoretischen Aspekten sich diese nicht als wünschenswerte Form einer Europäischen Öffentlichkeit darstellt, solange die Elitenöffentlichkeit nicht an die breite Öffentlichkeit der europäischen BürgerInnen angebunden ist und letztere somit keine Kontrollmöglichkeiten haben (vgl. GERHARDS 2001; TRENZ 2000: 335).

3. *Europäische Öffentlichkeit als einheitliches europäisches Mediensystem.* Diese Vorstellung zielt auf die Entwicklung von wirtschaftlichen und rechtlichen Strukturen eines alle EU-Länder integrierenden Mediensystems, für deren Entwicklung zwar Grundsteine durch die rechtliche Anpassung der Rahmenbedingungen wie z.B. durch die Europäische Fernsehrichtlinie gelegt wurden, erste länderübergreifende Medienprojekte aber bislang zumeist gescheitert sind.³⁸

4. *Europäische Öffentlichkeit als Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten.* Dieser Begriff ermöglicht den empirischen Zugriff auf eine Entwicklung hin zu erstgenanntem Phänomen. Auch unter demokratiethoretischen Gesichtspunkten erfüllt er seine Funktion in der Herstellung von Transparenz und Kontrollmöglichkeit für die europäischen BürgerInnen (vgl. GERHARDS 1993).

Legt man die minimalen Anforderungen der repräsentativ-liberalen Öffentlichkeitsvorstellung zugrunde, ist es entscheidend, dass die politische Kommunikation und Information ihren Weg zu den nationalen Gesellschaften findet. Nur so können sich die europäischen BürgerInnen eine politische Meinung bilden, auch wenn diese in Bezug auf die Europäische Union nicht unmittelbar die demokratische Aufgabe der Wahl geknüpft ist. Innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaften wird dies überwiegend durch die politische Berichterstattung von Massenmedien gewährleistet. Aus der Öffentlichkeitskonzeption von Gerhards, die an der Europäisierung der nationalen Öffentlichkeit ansetzt, eröffnen sich für die vorliegende Arbeit zwei empirische Untersuchungsstränge: Zum einen die Untersuchung des Anteils der Nachrichtenberichterstattung zur Europäischen Union und ihrer Politik – methodisch ist dabei eine Inhaltsanalyse als Frequenzanalyse, also eine Untersuchung mit eher quantitativem Charakter ausreichend – und zum anderen eine inhaltsanalytische Untersuchung der Kommentierung EU-politischer Themen und Ereignisse aus deutscher Sicht – hier wären umfangreichere Inhaltsanalysen mit eher qualitativen Kategorien sinnvoll.³⁹ Aus pragmatischen Gründen wird hier nun der erste Weg gewählt,

³⁸ Zur medienpolitischen Diskussion um die Etablierung eines dualen Systems innerhalb der Europäischen Union, vgl. STOCK 2001.

³⁹ Erste dahingehende Forschungsergebnisse wurden auf der Tagung ‚Europäische Union und europäische Öffentlichkeit‘ vorgestellt:

eine Frequenzanalyse der deutschen Nachrichtenberichterstattung. Um aber dennoch den zweiten Aspekt der Europäisierung einzubeziehen, wird auch die Verschiebung von einer nationalen in Richtung einer transnationalen Perspektive für eine quantitative Analyse operationalisiert. Ich untersuche also den Prozess der ‚Europäisierung‘ in einem Längsschnitt auf zwei Dimensionen: Eine ‚Europäisierung der deutschen Öffentlichkeit‘ findet dann statt, wenn a) die Berichterstattung über den supranationalen Akteur EU, ihre Institutionen und Mitgliedsstaaten zunimmt und wenn b) im Zusammenhang der Berichte neben der Erwähnung der EU und einem Mitgliedsland auch noch weitere Länder als EU-Akteure genannt werden, also eine transnationale Perspektive eröffnet wird.⁴⁰

Von der These ausgehend, dass „...politische Öffentlichkeit [...], um zu entstehen, politische Akteure und (imaginiert oder real) ein politisches Zentrum [braucht], an das sich politische Themen adressieren lassen“ (NEIDHARDT ET AL. 2000: 288), sowie dem Hinweis Meyers folgend, dass im Kommunikationssystem Brüssel die EU-Institutionen, die Mitgliedsstaaten und das Pressekorps die wichtigsten politischen Akteure darstellen (vgl. MEYER 2002), wird die wichtige Rolle der einzelnen Länder deutlich. So lange innerhalb der EU die politischen Akteure immer noch nationalstaatlich vergemeinschaftet sind bzw. die Nationalstaaten sich als reale Größen darstellen, deren nationenspezifischen Interessen durch EU-PolitikerInnen vertreten werden, ist es sinnvoll, sie als eigenständige politische Akteure zu betrachten.

Eine ländervergleichende Inhaltsanalyse der griechischen und deutschen Tagespresse zeigt die dominante Darstellung Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs innerhalb der EU-Berichterstattung beider Länder (vgl. KALANTZI 2002);

Eine vergleichende Fernsehinhaltsanalyse der Hauptnachrichtensendung in den Ländern Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Niederlande (7 Tage pro Monat von Februar bis Dezember 2000), zeigte in der Berichterstattung über die Europäische Union folgende Ergebnisse: Der Anteil der EU-Berichterstattung an der gesamten Berichterstattung betrug außer in Dänemark (10%) nicht mehr als 3%. In der Mehrheit der Beiträge wurde auf eine Bewertung der EU verzichtet – fand eine Bewertung statt, dann war sie in Frankreich und Deutschland eher negativ und in Großbritannien und Dänemark neutral. Die Urheber negativer Meldungen waren zumeist Journalisten (vgl. PETER 2002);

SCHERER/VESPER (2002) stellten in einer Inhaltsanalyse von Pressezitaten in deutschen Tageszeitungen fest, dass 1) die Zahl der Verweise insbesondere zwischen 1997 und 2000 zugenommen hat, dass 2) die am häufigsten zitierten Zeitungen aus Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien stammen, während die Anwärterländer konstant wenig zitiert werden, dass 3) die regionale Nähe der Länder, die zitiert werden, zunehmend unwichtiger wird und dass 4) die Verweise einen überwiegend nationalen, beobachtenden Charakter haben (zur Methode vgl. Fußnote 54).

⁴⁰ Die Europäisierung in der zunehmende Berücksichtigung anderer Länder zu verstehen, interpretiere ich als eine graduelle Vorform von der Verschiebung der nationalstaatlichen auf eine transnationale bzw. europäische Perspektive. Es besteht aber die Möglichkeit, dass diese Zwischenform der Darstellung vieler einzelner nationaler Perspektiven im Verlauf der Europäisierung der deutschen Medien gar nicht eintritt. Zur Diskussion der Untersuchungsmethoden vgl. Kapitel IV.2.

Zur Beschreibung möglicher Europäisierungsentwicklungen in der deutschen Nachrichtenberichterstattung, die als Tendenzen zur Bildung einer Europäischen Öffentlichkeit interpretiert werden, können folgende Hypothesen formuliert werden:

Hypothese 1: Je größer die Zahl der Berichte, in denen Bezug auf den Akteur ‚Europäische Union‘ genommen wird, desto eher kann man von einer Europäisierung der deutschen Nachrichtenberichterstattung sprechen.

Hypothese 2: Je größer die Zahl der Berichte, in denen ein ‚EU-Organ‘ als Akteur genannt wird, desto eher kann man von einer Europäisierung der deutschen Nachrichtenberichterstattung sprechen.

Hypothese 3: Je größer die Zahl der Berichte, in denen die ‚Europäische Union‘ und ‚ein EU-Mitgliedsland‘ als Akteure genannt werden, desto eher kann man von einer Europäisierung der deutschen Nachrichtenberichterstattung sprechen.

Hypothese 4: Je größer die Zahl der Berichte, in der neben der ‚Europäischen Union‘ und ‚einem EU-Mitgliedsland‘ noch mindestens ‚zwei weitere EU-Mitgliedsländer‘ berücksichtigt werden, desto eher kann man von einer Europäisierung der deutschen Nachrichtenberichterstattung sprechen.

4. Inhaltsanalyse

4.1 Methodendiskussion

Die Inhaltsanalyse soll als methodisches Instrument zur Beschreibung des theoretischen Konstrukts ‚Europäisierung der Nachrichtenberichterstattung deutscher Qualitätszeitungen‘ dienen. Da der Prozess der Europäisierung als solcher nicht explizit in den einzelnen Artikeln zu erkennen ist, kann er nur mit Hilfe der Inhaltsanalyse als „...eine empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen; (häufig mit dem Ziel einer darauf gestützten interpretativen Interferenz)“ (FRÜH 1998: 25) operationalisiert und untersucht werden.⁴¹ Im Unterschied zu subjektiven Textinterpretationen liegt die Betonung der sozialwissenschaftlichen Inhaltsanalyse auf einer systematischen und damit verbunden auch intersubjektiv nachvollziehbaren Vorgehensweise. Dazu werden nach angegebenen Kriterien Merkmalsklassen (*Kategorien*) gebildet, auf deren Basis eine systematische Zuordnung

⁴¹ „Es werden an den gewählten Texteinheiten theoretische Konstrukte gemessen, die diese in der Regel nur als eine semantische Komponente neben anderen repräsentieren. Das semantische Merkmal wird vom Bedeutungskomplex des konkreten sprachlichen Ausdrucks abstrahiert; nur selten ist das zu messende Konstrukt explizit im Text genannt, so dass der analytische Abstraktionsschritt entfällt“ (FRÜH 1998: 58).

von Indikatoren zu diesen Kategorien (*Codierung*) vorgenommen und aus deren Messung schließlich Aussagen über die Bedeutung bestimmter im Text vermittelter Sachverhalte gewonnen werden können.⁴² Die Operationalisierung des theoretischen Konstrukts durch verschiedene Kategorien sowie die Indikatoren des Untersuchungsdesigns sollen vollständig, exklusiv und trennscharf gewählt werden (vgl. ebd.: 81ff.).

Im Unterschied zur manuellen Inhaltsanalyse, bei der in der Regel ein/e CodiererIn oder ein Codiererteam das ausgewählte Textmaterial, die Stichprobe, gemäß den Codierungsanweisungen eines festgelegten Codebuchs bearbeitet – die Daten werden hier durch die individuelle Sprachkompetenz den entsprechenden Kategorien zugeordnet –, ist für die *computerunterstützte Inhaltsanalyse (CUI)*⁴³ ein automatischer, vom Computer vollzogener Codierungsvorgang charakteristisch. Demnach funktioniert die Codierung als ein „...rein syntaktischer Vorgang [...], bei dem ein Computer die Codes den Codiereinheiten aufgrund einer Entsprechung in der Textoberfläche zuordnet“ (HAGEN 2001: 341f.). Die CUI erfordert somit die Entwicklung von präzisen und je nach Analysemodus zum Teil sehr umfangreichen Wörterbüchern⁴⁴ sowie einige grundlegende Überlegungen zu den Vor- und Nachteilen dieser Methode im Blick auf die Qualitätskriterien Validität, Reliabilität und Repräsentativität.

Die einfachste Form der CUI ist die Auszählung von Worthäufigkeiten der zugrunde liegenden Texte, eine *Frequenzanalyse*. Hierbei wird unterstellt, dass die Häufigkeit einer Wortnennung in einem positiven Zusammenhang mit der Bedeutung, d.h. der Wichtigkeit des Wortes für den Textinhalt steht. „Diese Unterstellung ist insofern meistens gerechtfertigt und empirisch verifizierbar, als Inhalte, die für den Text zentral sind, immer wieder angesprochen werden“ (MOCHMANN 1974: 195, zitiert in: BRÖCKER 1981: 30).⁴⁵ Eine weitere, in der Entwicklung von Wörterbüchern etwas kompliziertere Variante der CUI sind Kontextanalysen, mit der die Feststellung von Worten in ihren jeweiligen Zusammenhängen möglich wird – sog. *Kontingenzanalyse* oder auch *Co-Occurance-Analyse*. In diesem Fall wird ein Verfahren angewendet, mit dem Wortverbindungen systematisch erfasst und

⁴² „Die resultierenden Befunde machen dabei in der Regel keine Aussagen über einzelne Texte, sondern über Strukturmerkmale von definierten Textmengen. Inhaltsanalytische Ergebnisse sind fast immer Aggregatdaten mit einem eigenen, nicht im Einzeltext enthaltenen Informationsgehalt“ (FRÜH 1998: 70f.).

⁴³ An anderen Stellen wird der Begriff ‚elektronische Inhaltsanalyse‘ verwendet (vgl. DEICHSEL 1975).

⁴⁴ „Ein Wörterbuch der computerunterstützten Inhaltsanalyse ist eine Zusammenfassung von Kategorien, die durch vollständige, d.h. mit allen Indikatoren versehene Wortlisten definiert ist“ (BRÖCKER 1981: 27). Zur Entwicklung des dieser Untersuchung zugrundeliegende Wörterbuchs, vgl. Abschnitt II.4.3.

⁴⁵ An dieser Stelle setzt gleichzeitig auch der kritische Hinweis der Gegner quantitativer inhaltsanalytischer Verfahren an, die in der Interpretation der festgestellten Worthäufigkeiten eine nur sehr begrenzte Aussagekraft sehen.

gezählt werden. Demzufolge charakterisiert das gemeinsame Auftreten verschiedener Wörter pro Zählinheit den Wortkontext.⁴⁶ Diese Methode der CUI hat den Vorteil, dass nicht nur Worthäufigkeiten in jeder Kategorie, sondern auch Verhältnisse von Kategorien und damit thematisch komplexere Geltungsbereiche erfasst werden können (vgl. GALLIKER 1996).

Dennoch bleibt die Codierung ein automatischer, nicht auf menschlicher Bedeutungszuweisung beruhender Vorgang und daher fehleranfällig. Greift man die Diskussion der Gütekriterien empirischer Verfahren – *Validität* (Gültigkeit⁴⁷), *Reliabilität* (Verlässlichkeit⁴⁸) und *Repräsentativität*⁴⁹ – auf, die je nach Wahl zwischen eher quantitativen oder eher qualitativen Methoden, aber insbesondere im vorliegenden Vergleich zwischen manueller und elektronischer Inhaltsanalyse variieren, kommt man zu folgenden Unterschieden: Ist das Wörterbuch zur Durchführung einer elektronischen Inhaltsanalyse einmal festgelegt, ist die Reliabilität hundertprozentig erfüllbar, da der Computer unabhängig von der/dem Bedienenden auf der Basis des Wörterbuchs die gleichen Ergebnisse durch gleiche Codierung der gleichen Datenmenge immer wieder reproduziert. Problematisch ist dagegen bei computerunterstützten Inhaltsanalysen das Kriterium der Validität. Im Unterschied zur manuellen Inhaltsanalyse müssen hier a priori alle Indikatoren vorformuliert werden und Ambiguitäten von Wörtern im Vorfeld erkannt und „...durch kontextbezogene Disambiguierungsroutinen monosemiert“ (BRÖCKER 1981: 39) oder ausgeschlossen werden. Das Validitätsproblem ergibt sich also aus der Fähigkeit des Analyseinstruments, Wortbedeutungen im Sinne des theoretischen Konstrukts zuzuordnen sowie dabei insbesondere zwischen verschiedenen Wortbedeutungen bei gleichlautenden Wörtern (*Homonymie*) oder umgekehrt, gleichen Wortbedeutungen bei unterschiedlichem Wortlaut (*Synonymie*) zu unterscheiden (vgl. HAGEN 2001: 342f.). Im Umgang mit dieser potentiellen Fehlerquelle ist es wichtig, dass der gesuchte Inhalt möglichst eindeutig auf die einzelnen lexikalischen Inhalte passt. Zum Aspekt der Validität gehört außerdem, im

⁴⁶ „Es sollen damit Assoziationsstrukturen zwischen verschiedenen Begriffen oder Begriffsgruppen ermittelt werden, die gültige Schlüsse auf nicht-sprachliche Phänomene zulassen“ (BRÖCKER 1981: 31).

⁴⁷ „Eine Inhaltsanalyse hat Gültigkeit, wenn nachgewiesen wird, daß mit dem methodischen Instrumentarium auch tatsächlich das gemessen wurde, was, unter theoretischen Gesichtspunkten formuliert, zur Beantwortung der Forschungsfrage gemessen werden sollte“ (FRÜH 1981: 106f.).

⁴⁸ „Unter Verlässlichkeit wird verstanden, daß das Meßinstrument so präzise beschrieben wird (accuracy), daß damit zeitlich unabhängig (stability) von gleichen (intracoder reliability) oder wechselnden (intercoder reliability) Personen Texte mit gleichem Ergebnis (reproducibility) verschlüsselt werden können“ (FRÜH 1981: 107).

⁴⁹ Unter Repräsentativität versteht man, dass die Merkmale der Stichprobe die Merkmalsverteilung der Grundgesamtheit in gleicher Relation abbilden. Bei Früh wird dies mit dem Begriff ‚Repräsentationsproblem‘ bezeichnet (vgl. FRÜH 1998: 27f.).

Forschungsprozess die Ergebnismengen immer wieder hinsichtlich der beiden in einem Zielkonflikt stehenden Kriterien *Relevanz* und *Vollständigkeit* abzuschätzen:

„*Relevanz* ist der Anteil von Beiträgen an der Fundmenge, die tatsächlich relevant sind, d.h. eine gesuchte Bedeutung enthalten. *Vollständigkeit* ist dagegen der Anteil der gefundenen relevanten Beiträge an allen gefundenen Beiträgen, d.h. an den Beiträgen, die man hätte finden wollen“ (HAGEN 2000: 344, vgl. auch VOM KOLKE 1996: 122f.).⁵⁰

Das dritte Kriterium der Repräsentativität und damit die Qualität und Aussagenreichweite der Ergebnisse des untersuchten Materials kann gesteigert werden, je größer die gezogene Stichprobe ist. Im Vergleich zwischen manueller Inhaltsanalyse und CUI ermöglicht letztere die Verarbeitung wesentlich größere Datenmengen bis hin zu Vollerhebungen.

So lassen sich die Besonderheiten der CUI zu einem Katalog von Vor- und Nachteilen zusammenstellen: Die Vorteile der CUI sieht ELMAR BRÖKER (1981) in der hundertprozentigen Verlässlichkeit, was bedeutet, dass sich beim automatischen Codiervorgang des Computers das Gültigkeitsproblem gar nicht stellt. Damit ist ferner eine unmittelbare Transparenz der Ergebnisse der CUI verbunden. Die entwickelten Wörterbücher geben genau an, welche Indikatoren welchen Kategorien zugeordnet wurden, und können einfach überprüft werden. Weiterhin verweist Bröker auf die wesentliche Zeit- (und Kosten-)ersparnis im Vergleich zur manuell codierten Inhaltsanalyse, auf die hohe Variabilität der CUI: „...Sie erlaubt die Verknüpfung von Kategorien und die Anwendung unterschiedlicher Kategoriensysteme auf denselben Analysetext“ (BRÖKER 1981: 51) und auf die Möglichkeit, umfangreiche Kategoriensysteme zu verwenden. Von

den von Bröker angeführten Nachteilen ist vor allem der Hinweis auf das Problem der semantischen Gültigkeit von Wörterbüchern von Bedeutung, die nur begrenzt nachgewiesen werden kann. Das Argument, die CUI sei unökonomisch, da neben der aufwändigen Wörterbuchkonstruktion erst ein großer Aufwand zur Gewinnung Datenmenge führe, galt noch für eine Zeit, in der die Textstichprobe durch die Verwendung von Lochkarten oder die manuelle Eingabe von Daten in den Computer gewonnen wurde. In der Tat bleibt aber trotz Computerisierung für den Fall komplexerer Inhaltsanalysen wie die genannten Kontingenzanalysen der technische Umstand bestehen, dass die Datenauswahl erst in eine Codierungs-Software, wie z.B. TEXTPACK übertragen werden muss.

Eine aktuelle Variante der CUI ist die Verwendung der Freitextrecherchemöglichkeit von *Mediendatenbank*⁵¹ zu inhaltsanalytischen Zwecken. Die zunehmende Vernetzung von und somit ortsungebundene Zugriffsmöglichkeit auf webbasierten

⁵⁰ Dabei lässt sich zwar durch eine engere Suchstrategie die Relevanz der Ergebnisse steigern, gleichzeitig nimmt aber ihre Vollständigkeit ab – und umgekehrt.

⁵¹ Es handelt sich um dann eine Mediendatenbank, „...wenn jedes Dokument aus einer Volltextdatenbank einem redaktionellen Beitrag aus einem periodischen publizistischen Medium entspricht“ (HAGEN 2001: 339).

Recherchedatenbanken, sog. *Onlinedatenbanken*, sowie die umfassende Speicherung mittlerweile digital hergestellter Medienprodukte ermöglichen einen Zugriff auf Datenmaterial, das nicht mehr in ein externes Softwareprogramm überführt werden muss. Die Daten, wie zum Beispiel komplette Jahrgänge von Zeitungen, liegen bereits vollständig und in digitaler Form auf CD-ROMs oder in Onlinedatenbanken vor, sodass sie entsprechend ihrer Archivierungssystematik und den Suchfunktionen der Datenmaske verwendet werden können. Typisch für solche Freitextrecherchen ist nicht nur die inhaltliche Anzeige der gefundenen Ergebnisse, sondern vor allem die Angabe der Trefferzahl zur Übersicht. Neben der Freitextrecherche kann die Suche in Mediendatenbanken durch *gebundene Deskriptoren*⁵² strukturiert werden. Ähnlich den genannten Vor- und Nachteilen der CUI, liegen die für Onlinedatenbanken typischen Vorteile neben der Schnelligkeit des Suchprozesses in der räumlichen Unabhängigkeit, in der Suchvariabilität und in der Aktualität. Als Nachteil erweist sich wieder das Validitätsproblem, da das Thema in Suchbegriffe zerlegt und gegebenenfalls durch logische Operatoren verknüpft werden muss. Im Vergleich zu den weitreichenden Wörterbüchern der CUI können hier sogar nur einfache Wörter und Wortkombinationen gesucht werden. Vom Kolke als weitere Schwierigkeit, dass Anwendungskennnisse einer Datenbank meist nur über Erfahrungswissen erworben werden können und der Informationsaufwand, um Weiterentwicklungen der Datenbanken mitzuvollziehen, relativ hoch ist (vgl. VOM KOLKE 1996: 3ff.).

Insgesamt kann also für den vorliegenden Forschungsgegenstand – die Europäisierung der deutschen Tagespresse – die Anwendung der Freitextrecherche in Mediendatenbanken als sehr sinnvoll erachtet werden, da a) hier eine große Menge von Daten als Längsschnittuntersuchung verarbeitet werden soll, nämlich alle Ausgaben von drei Tageszeitungen der Jahrgänge 1995 bis 2000. Somit können auf einer breiten Datenbasis Charakterisierungen massenmedialer Inhalte und ihrer Veränderungen vorgenommen werden – wohlgerneht anhand von Worthäufigkeiten, weniger im Hinblick auf inhaltliche Bedeutungsverschiebungen; und da b) man im vorliegenden Fall relativ eindeutige Indikatoren finden kann.⁵³ Es geht hier um die Häufigkeit der Erwähnung bestimmter Länder als Akteure und nicht um Analyse von Bedeutungszuschreibungen bestimmter Handlungen oder

⁵² „Gebundene Deskriptoren werden durch Verschlagwortung von Beiträgen gemäß einer Systematik des jeweiligen Systembetreibers oder Medium bei der Erfassung der Dokumente vergeben. Sie sind also bereits das Resultat einer groben Codierung. Daher sind gebundene Deskriptoren meist wenig hilfreich, um bestimmte ex-post-Fragestellungen zu beantworten, aber gelegentlich notwendig, um die Untersuchungsgesamtheit etwa nach geographischen Kriterien abzugrenzen“ (HAGEN 2001: 339).

⁵³ Hagen verweist im Zusammenhang mit Mediendatenbanken auf deren generelle gute Eignung, weil gerade für den journalistischen Bereich die Bemühung um Eindeutigkeit und Einfachheit charakteristisch ist (vgl. HAGEN 2001: 343).

Analyse der journalistischen Bewertung von Ereignissen. Ein weiteres Argument für die Anwendung einer Freitextrecherche, das aber in der vorliegenden Arbeit keine Rolle spielt, ist die Möglichkeit, unter einer bestimmten Fragestellung eine einfache Vorauswahl von Textmengen zu treffen, um darauf aufbauend weitere, nun manuelle Inhaltsanalysen durchzuführen.⁵⁴

4.2 Begründung und Charakterisierung des ausgewählten Datenmaterials

Für die Inhaltsanalyse habe ich drei verschiedene überregionale Tageszeitungen ausgewählt, die Frankfurter Rundschau (FR), die Süddeutsche Zeitung (SZ) und die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ).⁵⁵ Der Erhebung des Datenmaterials aus sog. Qualitätsmedien liegen folgende Überlegungen zugrunde: Zum einen wird unterstellt, dass die Elitemedien durch eine entsprechende Sensibilität für die Nachhaltigkeit und Bedeutung der europäischen Politik eine Vorreiterrolle in der Nachrichtenberichterstattung über den westeuropäischen Einigungsprozess besitzen. Ferner kann man davon ausgehen, dass durch das für solche Prestigemedien empirisch belegte Phänomen des Intermedia-Agenda-Settings ein sehr großer Einfluss innerhalb des Mediensystems besteht (vgl. NOELLE-NEUMANN/SCHULZ/WILKE 1996: 555). Demgegenüber spräche zwar im Hinblick auf die Europäisierung der deutschen Öffentlichkeit im Sinne *aller* BundesbürgerInnen der vergleichsweise weitläufige Verbreitungsgrad und die hohen Verkaufszahlen der Straßenverkaufszeitung BILD für eine entsprechende Inhaltsanalyse. Da Medien dieser Art aber in der Regel nicht auf CD-ROM archiviert werden, allenfalls aktuelle von den Printausgaben abweichende Online-Ausgaben digital verfügbar sind, fehlen hier vergleichbare technische Voraussetzungen für eine systematische Längsschnittuntersuchung. Zum anderen wurde mit der Auswahl der drei Qualitätsmedien FR, SZ und FAZ die Abdeckung eines möglichst

⁵⁴ Diese Methode verwendeten VESPER/SCHERER (2002), die auf der Basis einer Vollerhebung der Jahre 1994, 1997 und 2000 in den deutschen Tageszeitungen FAZ und SZ diejenigen Artikel mit Pressezitaten aus europäischen Ländern, also transnationalen Verweisungen herausfilterten. In einer weiteren inhaltsanalytischen Untersuchungsschritt wurden die Herkunftsländer der zitierten Zeitungen zugeordnet, sowie der ‚Reflexivitätsgrad‘ der Bezüge bestimmt (d.h. ob nur auf ein Land oder zwei bzw. drei Länder verwiesen wurde).

⁵⁵ Ursprünglich sollte anstelle der FR die Berliner Tageszeitung (taz) in die Inhaltsanalyse miteinbezogen werden, da sie bereits für den Zeitraum vom 02.09.1986 bis 31.08.2000 vorliegt und im politischen Spektrum noch weiter links eingeordnet wird (taz=1,2; vgl. KEPPLINGER 1998a: 251). Da aber in der taz keine Zitatsuchen möglich sind und daher die verschiedenen EU-Organe, inklusive des Begriffs ‚Europäische Union‘ nicht gesucht werden kann, dient sie hier nur als Beispiel für die Entwicklung der EG/EU-Berichte anteilig an der Gesamtberichterstattung über diesen langen Zeitraum, nämlich auch vor und nach Maastricht hinweg.

weiten politischen Spektrums angestrebt, verbunden mit der These, dass sich die politische Linie auch im Europäisierungsniveau der jeweiligen Zeitung niederschlägt.⁵⁶

Entsprechend der politischen Ausrichtung darf vermutet werden, dass die FAZ als konservative Zeitung der Europäischen Union offener gegenübersteht als die (linksliberale) FR.

Die Durchführung einer Inhaltsanalyse über die Freitextsuche bei CD-ROMs setzt allerdings den einschränkenden Hinweis voraus, dass man nicht unbedingt davon ausgehen darf, dass die publizierten Printausgaben und das CD-ROM-Archiv der jeweiligen Tageszeitung absolut identisch sind.⁵⁷ Dennoch kann man Mediendatenbanken unter genauer Bestimmung des zugrunde liegenden Datenmaterials als legitimes Äquivalent zur Printausgabe und somit zu inhaltsanalytischen Zwecken verwenden. So wird hier unterstellt, dass das unter dem Gesichtspunkt der ‚Europäisierung der deutschen Berichterstattung‘ untersuchte Material identisch ist mit dem, was im Zeitraum von 1995 bis 2000 in Printausgaben rezipiert wurde. Im folgenden sollen übersichtsartig einige Charakteristika der zu untersuchenden Tageszeitungen vorgestellt werden, und zwar sowohl hinsichtlich der Printausgaben, wie auch hinsichtlich der CD-ROM-Ausgaben:

FRANKFURTER RUNDSCHAU (FR)

Erscheinungsort der Printausgabe: Frankfurt/Main

Erscheinungsweise der Printausgabe: Montag bis Samstag

*Druckauflage/Verbreitung der Printausgabe:*⁵⁸ 216.613 / 193.253 Exemplare

Erscheinung auf CD-ROM: ab 1997

Ausgabe auf CD-ROM: „Auf der CD-ROM sind drei Bücher gespeichert. Das erste Buch [neben ‚Produktinformationen‘ und ‚Anleitung und Hilfestellung‘, d.A.] enthält alle Artikel, die im entsprechenden Jahrgang der Frankfurter Rundschau erschienen sind. Die Jahrgangsdaten sind chronologisch nach den 12 Monaten des Jahres sortiert.“

Suchmaske:

- Suchbereiche: Freitextsuche im Gesamttext oder Titelbereich

⁵⁶ Auf einer politischen Links-Rechts-Skala von 1 bis 5 (1=links; 5=rechts) sind die Zeitungen entsprechend ihrer redaktionellen Linie und ihrer Rezipienten folgendermaßen anzusiedeln: FR=1,8; SZ=3; FAZ=4 (vgl. KEPPLINGER 1998a: 251).

⁵⁷ So heißt es bei den allgemeinen Hinweisen zur Nutzung von TazCompact: „Auf der CD-ROM können Texte enthalten sein, die im Original nicht erschienen sind. Dies ist allerdings äußerst selten. Die gedruckte taz ist juristisch die einzig verwertbare Quelle. Texte oder Textteile, die aufgrund einer Unterlassungserklärung nicht mehr veröffentlicht werden dürfen, sind auf der CD-ROM nicht vorhanden.“

⁵⁸ Die Zahlen geben jeweils die durchschnittliche Auflage pro Ausgabe im Kalendervierteljahr an, wobei mit Druckauflage die Druckauflage ohne Makulatur, und mit Verbreitung die tatsächlich verbreitete Auflage, nämlich die Summe aus Verkauf und Freistücken, ohne jedoch Rest-, Archiv- und Belegexemplaren gemeint ist (vgl. IWV 2001: 2).

-
- Suchkriterien (gebundene Deskriptoren): Datum; Ressort („Nachrichten“); Thema; Autor; Person; Schlagwort; Seite
 - Besonderheiten: FR hat ein eigenes ‚Europa‘-Ressort⁵⁹; Hypertextfunktionen: „Sind zu einem Artikel weitere Funktionen gespeichert, wie beispielsweise eine Tabelle, dann sind solche Einträge als Verweise miteinander verknüpft.“
 - Einschränkungen: keine
-

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (SZ)

Erscheinungsort der Printausgabe: München

Erscheinungsweise der Printausgabe: Montag bis Samstag

Auflage/Verbreitung der Printausgabe: 556.558 / 456.666 Exemplare

Erscheinung auf CD-ROM: seit 1994⁶⁰

Ausgabe auf CD-ROM: „Auf der CD-ROM sind zwei Bücher gespeichert. Das erste Buch [neben ‚Produktinformationen‘, d.A.] enthält alle Artikel, die im entsprechenden Jahrgang der Süddeutschen Zeitung erschienen sind. [...] Zum einen sind die Jahrgangsdaten chronologisch nach den 12 Monaten des Jahres sortiert, zum anderen liegt eine Sortierung nach Dossiers vor.“

Suchmaske:

- Suchbereiche: Freitextsuche im Gesamttext (= gesamter Textbereich des Artikels) oder Titelbereich (= umfasst Titel, Untertitel und Lead, d.h. den einführenden Text eines Artikels)
 - Suchkriterien (gebundene Deskriptoren): Ressort („Nachrichten“); Rubrik; Erscheinungstag; Seite; Thema; Person; Firma
 - Besonderheiten: Hypertextfunktionen, d.h. „Sind zu einem Artikel weitere Informationen gespeichert, wie beispielsweise ein Dossiername, dann sind solche Einträge als Verweise miteinander verknüpft.“
 - Einschränkungen: keine
-

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (FAZ)

Erscheinungsort der Printausgabe: Frankfurt/Main

Erscheinungsweise der Printausgabe: Montag bis Samstag

⁵⁹ Nach Durchsicht verschiedener Artikel, Einschätzung, dass es hier weniger um aktuelle EU-Politik geht als um allgemeine Themen, Diskussionen und Informationen in und über andere EU-Mitgliedsländer: vgl. Beispiele einiger Schlagzeilen: 3.1.1997 *Die Frauen in Finnland gelten als Speerspitze der Emanzipation, aber sie werden schlechter bezahlt als die Männer*; 10.1.1997 *Im Süden Frankreichs machen immer mehr alternative Projekte mit Tauschhandel Schule*; 17.1.1997 *Volkspension auf dem Prüfstand – auch in Dänemark erregt die Rentendebatte die Gemüter*.

⁶⁰ SZ hat aber im Jahrgang 1994 eine im Vergleich zu den folgenden Jahrgängen andere Suchmaske, die eine Frequenzanalyse im geplanten Umfang unmöglich macht. Die Suchmaske gliedert sich ausschließlich in die vier Suchfelder Themen, Ort, Personen, Institutionen, etc., bei denen man unter verschiedenen weiteren Kategorien wählen kann, schon sehr festgelegt. Die Freitextsuche ermöglicht damit verbunden einen nur noch ganz geringen Spielraum, da keine kombinierte Suche der vorgegebenen Kategorien mit frei eingegebenen Begriffen möglich ist. Ab 1995 ist die vorhandene Suchmaske wesentlich ausgefeilter und eine Suche über Suchkriterien möglich sowie auch innerhalb eines Freitextfeldes.

Auflage/Verbreitung der Printausgabe: 523.323 / 431.877 Exemplare

Erscheinung auf CD-ROM: seit 1993⁶¹

Ausgabe auf CD-ROM: „Auf der CD-ROM finden Sie sämtliche Artikel der überregionalen Ausgabe der FAZ aus Politik, Wirtschaft, Sport, Feuilleton und den wechselnden Sonderseiten.“

Suchmaske:

- Suchbereiche: Freitextrecherche im Text (= gesamter Inhalt des Dokuments, d.s. Text, Bild- und Kastentexte, Tabellen und inhaltliche Erschließungen) oder Titel (= Überschriften)
 - Suchkriterien (gebundene Deskriptoren): Ressort („Politik“); Kolumne; Serie; Seite; Datum; Branche; Firma; Land; Person; ab 1997 auch Sachgebiet
 - Besonderheiten: Unterscheidung von Groß- und Kleinschreibung
 - Einschränkungen: hier keine Innentrunkierung von Zitaten möglich, so dass die Suche nach [Europäisch* Union] durch die ODER-Verknüpfung [Europäische Union / Europäischen Union] ersetzt werden musste
-

Den Suchmasken aller Tageszeitungen ist die Verwendungsmöglichkeit der sog. *Boole'schen Operatoren* und einer mehr oder weniger weitläufigen Trunkierungsfunktion gemeinsam. Die Boole'schen Operatoren ermöglichen die logische Verknüpfung verschiedener Suchwörter. Der UND-Operator verbindet dabei zwei Suchwörter A und B, die beide als Ergebnis in einer gemeinsamen Schnittmenge von Texten enthalten sind. Die Ergebnismenge des ODER-Operators umfasst dagegen in einer Vereinigungsmenge sowohl diejenigen Texte, die ausschließlich A enthalten, diejenigen Texte, die ausschließlich B enthalten, sowie diejenigen Texte, die A und B enthalten. Der NICHT-Operator umfasst in einer Ausschlussmenge diejenigen Texte, die ausschließlich A, aber nicht B enthalten (instruktive Abbildung vgl. VOM KOLKE 1996: 18). *Relative Operatoren*, d.h. also die Bildung von Bereichsmengen, werden hier nicht verwendet, da die CD-ROMs als jahrgangsweise abgegrenzte Archive vorliegen.

Werden nun bei einer Freitextrecherche verschiedene Operatoren hintereinanderhängt, ist zunächst nicht mehr nachvollziehbar, in welcher Reihenfolge die Operatoren abgearbeitet werden. In der Regel werden UND-Operatoren vor ODER-Operatoren behandelt⁶², was man durch Setzen von Klammern verhindern und so die Reihenfolge der Bearbeitung der Operatorenkette verändern kann. Bei der Operationalisierung des transnationalen Bezugs durch Nennung mehrerer Länder innerhalb eines Artikels wird dies besonders wichtig. Darüber hinaus kann man durch die Links- oder Rechts-*Trunkierung von Wörtern* auch Varianten im Anschluss an bestimmte Wortstämme in die Suche

⁶¹ In der Deutschen Bücherei Leipzig ist aus technischen Gründen die FAZ erst ab 1995 verwendbar.

⁶² Im Informationsmenü der FAZ heißt es: „Ohne Klammer wird ein UND-Operator immer vor einem ODER-Operator ausgewertet.“

miteinbeziehen. Dies entspricht einer Reihe von ODER-Verknüpfungen, aber mit dem Vorteil, dass prinzipiell unendlich viele Varianten möglich sind und nicht a priori alle Flexionen und verwandte Wörter bedacht und angegeben werden müssen.⁶³ Neben der Möglichkeit der Innentrunkierung eines Wortes ist die Trunkierung innerhalb eines Zitats für die vorliegende Untersuchung von großem Vorteil: Der Begriff ‚Europäische Union‘ mit seinen entsprechenden Flexionen kann durch eine Trunkierung innerhalb dieser sonst feststehenden Wortkombination gesucht werden [Europäisch* Union].

4.3 Operationalisierung und Entwicklung des Wörterbuchs

Im Unterschied zu herkömmlichen sozialwissenschaftlichen Inhaltsanalysen, in denen das Codebuch die gemeinsame Verständigungsgrundlage für die Codierenden ist, wird für die CD-ROM-gestützte Inhaltsanalyse ein *Wörterbuch* entwickelt, das die verschiedenen Suchkriterien, Suchwörter und deren Verkettung durch Operatoren als Indikatoren für das theoretische Konstrukt festlegt. Im Folgenden soll das theoretische Konstrukt operationalisiert und die damit verbundene Festlegung der verschiedenen Indikatoren in Anschluss an die in Abschnitt II.3 formulierten Hypothesen vorgenommen werden:

Ausgehend von der Grundhypothese, dass im Zuge der Ausdehnung politischer Kompetenzen der Europäischen Union eine Europäisierung der politischen Kommunikation in der deutschen Tagesberichterstattung stattgefunden hat, kann zunächst der relevante *Untersuchungszeitraum* des zu überprüfenden Europäisierungsprozesses festgelegt werden. Aus den theoretischen Überlegungen abgeleitet, müsste die Untersuchungsspanne den Zeitraum von Anfang 1993 mit Ratifizierung des Vertrags von Maastricht als wesentlichen Schritt zur westeuropäischen Integration bis Ende 2001 vor Einführung der gemeinsamen Währung *Euro* umfassen. Noch aussagekräftiger wäre er von Anfang der 80er Jahre über den Zeitpunkt des Maastrichter Vertragsschlusses hinweg bis Anfang 2000, um die Entwicklungen vor und nach diesem Einigungsdokument zu beschreiben.⁶⁴ Aus den oben genannten technischen Gründen muss der Erhebungszeitraum allerdings auf eine Vollerhebung der Jahre 1995 bis 2000 eingeschränkt werden. Er erstreckt sich somit vom 01.01.1995 bis zum 31.12.2000. Damit verbunden ist der Vorteil, dass in diesem Zeitraum die Zahl der EU-Mitglieder konstant geblieben ist – 15 Mitglieder nach der letzten Aufnahmewelle und vor einer möglichen Osterweiterung. Dies vereinfacht die Untersuchung der

⁶³ Die Suche nach [französisch*] würde beispielsweise die Varianten [französische/-r/-s/-n/-m...] ermöglichen.

⁶⁴ Einen Eindruck zum Verlauf soll die Auswertung der EG/EU-Beiträge der taz geben, die als einzige Zeitung bereits seit 1986 digital archiviert wird (vgl. Grafik 1, Abschnitt II.4.4).

unterschiedlichen Präsenz dieser Länder in der EU-Berichterstattung, um deren Begründung es im zweiten empirischen Teil geht. Die Frequenz der einzelnen Suchbegriffe im Untersuchungszeitraum wird jahrgangsweise ausgewertet.

Als nächstes werden aus der Gesamtheit aller digital archivierte Artikel eines Jahrgangs, die jeweils die einzelnen Codiereinheiten darstellen, diejenigen ausgewählt, die im Sinne der Theorie *politische Kommunikation* darstellen. Das heißt, dass in der Suchmaske zum einen der Suchbereich ‚Gesamttext‘ und zum anderen ein gebundener Deskriptor aktiviert wird, der die Einschränkung der Artikel auf das Ressort ‚Politik‘ oder ‚Nachrichten‘ und somit die Abgrenzung von anderen journalistischen Ressorts wie ‚Wirtschaft‘, ‚Feuilleton‘, ‚Sport‘ etc. vornimmt. Innerhalb dieser Kategorien sind wiederum alle journalistischen Darstellungsformen sowie Leserbriefe zugelassen, um auf dieser Basis eine bessere Vergleichbarkeit der Zeitungen herzustellen. Das heißt also, dass neben Nachrichten und Berichten ebenso Kommentare und Meinungen berücksichtigt werden. Dies erscheint insofern auch sinnvoll, als diese ja ebenfalls der Thematisierung von EU-Politik und der Herstellung von Öffentlichkeit dienen. Wollte man ausschließlich die Bildung öffentlicher Meinungen analysieren, kann es dagegen vorteilhaft sein, weitere Abgrenzungen vorzunehmen und möglicherweise auch Stellungnahmen und darin enthaltene Wertungen inhaltsanalytisch zu untersuchen.

Schließlich wird das theoretische Konstrukt *Europäisierung* in Engführung zur Theorie von Gerhards in zwei Kategorien aufgelöst, die verschiedene Dimensionen dieser Entwicklung darstellen: a) als Zunahme der Berichterstattung über den supranationalen Akteur in Beziehung zu einem nationalen Akteur; b) als Verschiebung der nationalen hin zu einer transnationalen Perspektive, die sich aus der zunehmenden Berichterstattung über den supranationalen Akteur, einem nationalen Akteur sowie mindestens zwei weiteren nationalen Akteuren ableitet.

Bei der Operationalisierung des *supranationalen Akteurs* ‚Europäische Union‘ stellt sich die Frage, was als Indikator für diesen Akteur dienen soll. Theoretisch ist neben der umfassenden Bezeichnung ‚Europäische Union‘ auch die Operationalisierung der Europäischen Union durch ihre einzelnen Organe wie zum Beispiel die *Europäische Kommission*, das *Europäische Parlament* oder der *Europäische Gerichtshof* etc. sowie ihrer europapolitischen VertreterInnen als Akteure denkbar. Die Häufigkeit der Nennungen einiger EU-Organe wurde zwar exemplarisch und separat miterhoben, aber der EU-Bezug eines Berichtes wurde hier der Einfachheit halber als ausreichend angezeigt gesehen, wenn der Begriff ‚Europäische/n Union‘ oder sein Akronym ‚EU‘ im entsprechenden Artikel vorkamen. Die Unterscheidung und kombinierte Abfrage dieser synonymen Wortformen wird unbedingt notwendig, um Verzerrungen durch die unterschiedliche Entwicklung der

Verwendung dieser Formen in den jeweiligen Zeitungen zu vermeiden. So wurde sowohl die Wortkombination ‚Europäische Union‘ mit Trunkierung der Endung wie auch die Abkürzung ‚EU‘ durch eine ODER-Verknüpfung ins Wörterbuch übernommen [Europäisch* Union / EU].⁶⁵

Die Indikatoren der Kategorie *nationaler Akteur* können vergleichsweise eindeutig festgelegt werden, indem jeweils die eines Nennung der 15 EU-Mitgliedsländer (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien) gezählt wird. Allerdings ergibt sich ein weiteres Synonymitätsproblem bei den Ländern Niederlande und Großbritannien bzw. ihrer umgangssprachlich verwendeten Bezeichnungen Holland und England, die jeweils nur bestimmte Regionen des politischen Territoriums bezeichnen. Letztere wurden zugunsten der offiziellen Bezeichnungen nicht ins Wörterbuch aufgenommen, da hier unterstellt wird, dass insbesondere in der politischen Berichterstattung JournalistInnen mit den präzisen Bezeichnungen operieren. Ein Homonymitätsproblem, das in dieser elektronischen Inhaltsanalyse nicht gelöst werden kann, stellt die Erwähnung Luxemburgs dar. Die Bezeichnung Luxemburg innerhalb eines Berichtes kann nämlich einerseits das Land und andererseits die Hauptstadt des Landes bedeuten, was sich nur durch eine genauere Betrachtung des Kontextes eindeutig bestimmen lässt.⁶⁶ Luxemburg wird daher zwar mit erhoben, aber aus dem im zweiten Empirie-Teil durchgeführten Ländervergleich ausgeschlossen.

Analog zu oben genannten Erweiterungen ist es auch hier durch die Verwendung des Ländergenitivs sowie durch die Trunkierung eines Länderadjektivs möglich, VertreterInnen der jeweiligen Ländern – so z.B. eine *EU-Politikerin Deutschlands*, der *französisch* Außenminister*, die *spanisch* Regierung* etc. – zu codieren. Diese Möglichkeiten werden hier nicht berücksichtigt, da zwar die mit einer Trunkierung einhergehende Erweiterung der Wortfamilien die Vollständigkeit der Ergebnismenge erhöht, aber durch andere nicht erwünschte Wörter wie z.B. *deutschlandweit*, *französisch* Nahverkehr*, *spanisch* Steuererhöhung* etc., die Relevanz der erfassten Artikel als Indikator für Länder verringert würde. Insofern wird die Menge der bei einer engeren Definition nicht codierten Artikel geringer eingeschätzt als die mögliche Verzerrung durch die Erweiterung der Indikatoren.

⁶⁵ Tatsächlich ging die Frankfurter Rundschau ebenso wie die Süddeutsche Zeitung im untersuchten Zeitverlauf von der Vollschreibweise zur Abkürzung über, während sich bei der Frankfurter Allgemeine Zeitung insgesamt keine eindeutige, zwischenzeitlich aber nahezu umgekehrte Entwicklung zeigte (vgl. Grafiken 1-3 im Anhang).

⁶⁶ In der Auswertung der Häufigkeit der Nennungen von Luxemburg sind vergleichsweise hohe Fallzahlen auffällig. Dies ist neben der Homonymität ferner auf die Tatsache zurückzuführen, dass in Luxemburg-Stadt der Europäische Gerichtshof seinen Sitz hat und daher häufig im Zusammenhang europapolitischer Entscheidungen genannt wird.

An dieser Stelle sollen einige weitere Codierungsmöglichkeiten von Ländern als Akteuren erwähnt werden, die zwar ebenso denkbar sind, aber hier zu weit führen, da solch umfangreiche Operatorenketten in der Freitextrecherche der Mediendaten nicht mehr bearbeitet werden können. Bröker codierte im Zusammenhang einer umfangreichen computerunterstützten Inhaltsanalyse der internationalen Nachrichtenberichterstattung Länder nicht nur nach ihrem jeweiligen Ländernamen mit entsprechenden Flexionen, sondern immer auch dann, wenn die Hauptstadt, eines der zehn bevölkerungsreichsten Städte oder wenn der Nachname politischer Führer, also der Staatspräsident, Regierungschef, König, etc. des jeweiligen Landes genannt wurde (vgl. BÖKER 1981: 62). In der ‚Foreign News‘-Studie wurden dagegen Länderbezüge innerhalb der Nachrichten durch die Codierung der Datelines nach der jeweiligen Landeszugehörigkeit der angeführten Städte sowie anhand eines der drei im Beitragszusammenhang wichtigsten Länder hergestellt (vgl. HAGEN 1998: 68, zur genaueren Darstellung der Studie vgl. Abschnitt III.1).

Zusammenfassend ergibt sich aus diesen Überlegungen, dass der supranationale Akteur EU sowie die EU-Mitgliedsländer als nationale Akteure hier immer dann codiert werden, wenn sie als solche namentlich erwähnt werden, was man in einer allgemeinen Formel der Kategorien ausdrücken kann: [supranationaler Akteur] + [nationaler Akteur]. Die Auflösung des theoretischen Konstrukts ‚Europäisierung‘ erfolgt zum einen in der Zunahme der Artikel, die über europäische Politik berichten, was sich in der Erwähnung des Begriffs EU niederschlägt, und zum anderen dann, wenn nicht nur die nationale Perspektive eines Landes im jeweiligen EU-Artikel ausschlaggebend ist, sondern auch die Rolle anderer Nationen berücksichtigt wird. Insbesondere die trennscharfe Abgrenzung einer nationalen von einer transnationalen Perspektive auf der Basis von Länderhäufigkeiten führt zu Schwierigkeiten. Theoretisch sind folgende Varianten der Nennung eines EU-Mitgliedslandes in der deutschen Berichterstattung denkbar:

a) wenn in der Presse über ein politisches Ereignis⁶⁷ berichtet wird, das in diesem Land stattgefunden hat oder an dem es beteiligt war. Hier ist das Land zwar ein Staat der Europäischen Union, aber es handelt sich nicht primär um europäische Politik;

b) wenn in der deutschen Presse über ein politisches Ereignis berichtet wird, bei dem zusätzlich ein weiteres Mitgliedsland der EU beteiligt ist. Hier sind beide Länder zwar Staaten der Europäischen Union, und tatsächlich kann europäische Politik die Bezugsgröße darstellen. Dies muss aber nicht zwangsläufig der Fall sein, da es sich auch um bilaterale Politik der Länder handeln kann;

⁶⁷ ‚Ereignis‘ bezeichnet und umfasst hier alles, was sich aus der Perspektive der JournalistInnen berichtenswert ist, d.h. was die journalistische Aufmerksamkeit erregt und in Form eines Artikels in die Nachrichtenberichterstattung eingeht.

c) wenn in der deutschen Presse über ein politisches Ereignis berichtet wird, in dem eines oder mehrere EU-Mitgliedsländer auftauchen und in dem es auch tatsächlich um europäische Politik geht. Im vorliegenden Fall interessiert besonders die letzte Variante der Länder als Akteure, für die folgende Formel den transnationalen Bezug in der Berichterstattung herstellt: [supranationaler Akteur] + [mindestens drei nationale Akteure].

Abschließend soll in einer Übersicht das Wörterbuch, d.h. die in der Freitextrecherche verwendeten Begriffe, einschließlich ihrer Trunkierungen und operativen Verknüpfung vorgestellt werden:

WÖRTERBUCH

1. Codierung der Akteure:

1.1 Europäische Union und ihre Organe als supranationaler Akteur

1.1.1 [EU / "Europäisch* Union"]

1.1.2 ["Europäisch* Kommission"]; ["Europäisch* Parlament*"];
["Europäisch* Rat*"]; ["Europäisch* Gerichtshof*"]

1.2 Länder als nationale Akteure

[Land]

2. Europäisierung der Nachrichtenberichterstattung

Nach Hypothese 1 wird Europäisierung operationalisiert als die *Zunahme derjenigen Artikel, in denen über den supranationalen Akteur ‚Europäische Union‘ berichtet wird:*

2.1 [EU / "Europäisch* Union"]

Nach Hypothese 2 wird Europäisierung operationalisiert als die *Zunahme derjenigen Artikel, in denen über die ausgewählten EU-Organe berichtet wird:*

2.2 ["Europäisch* Kommission"]; ["Europäisch* Parlament*"];
["Europäisch* Rat*"]; ["Europäisch* Gerichtshof*"]

Nach Hypothese 3 wird Europäisierung operationalisiert als die *Zunahme derjenigen Artikel, in denen über die Europäische Union und ein EU-Mitgliedsland berichtet wird:*

2.3. allgemeine Formel: [supranationaler Akteur] + [nationaler Akteur]
verwendete Formel: [EU / "Europäisch* Union"] + [Land]

Nach Hypothese 4 wird Europäisierung operationalisiert als die *Zunahme derjenigen Artikel, in denen über die Europäische Union, ein EU-Mitgliedsland und mindestens zwei weitere EU-Mitgliedsländer berichtet wird:*

2.4. allgemeine Formel: [supranationaler Akteur] + [mind. drei nationale Akteure]
verwendete Formel: [EU / "Europäisch* Union"] + [Land_x] + [Land₁ / Land₂ / Land₃
... Land₁₅ – Land_x] + [Land₁ / Land₂ / Land₃ ... Land₁₅ – Land_x]

4.4 Ergebnisse der CD-ROM-gestützten Inhaltsanalyse

Im Vorfeld der Auswertung sind hinsichtlich des Validitätsproblems der Ergebnisse noch einige Bemerkungen anzuführen: Nicht immer konnte bei einer nachträglichen manuellen

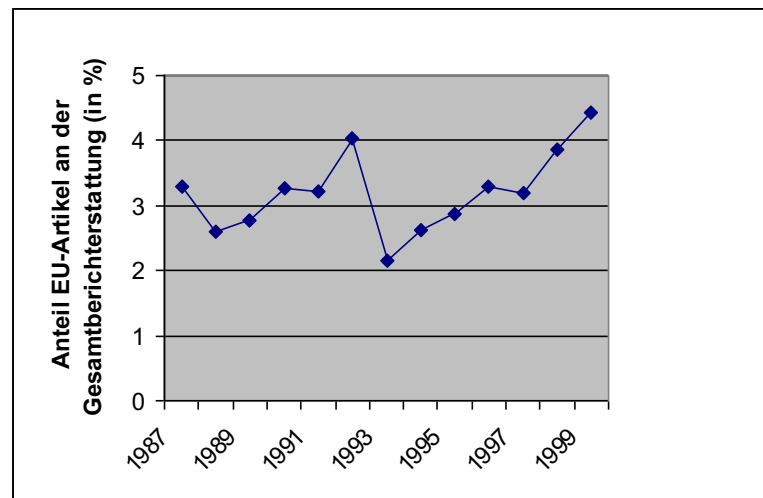
Durchsicht der Ergebnismenge der Freitextsuche die Codierung der eingegebenen Suchbegriffe durch die Datenbanksoftware eindeutig nachvollzogen werden. Das bedeutet, dass auch Artikel codiert wurden, die einen Suchbegriff gar nicht in seiner expliziten Form enthielten. Sichtbar wurde dies beispielsweise bei einer Validitätsprüfung am Beispiel der FR, Jahrgang 1995, in der nach EU, Belgien und zwei weiteren Ländern gesucht wurde. Das Kürzel ‚EU‘ sowie die Ländernamen ‚Belgien‘ und ‚Deutschland‘ waren bei einem gefundenen Artikel gemäß der Suchbegriffe markiert. Ferner wurde darin aber auch ‚in den Niederlanden‘ erwähnt, was somit nicht dem expliziten Suchkriterium ‚Niederlande‘ entsprach, offensichtlich aber dennoch vom Programm erkannt und als Treffer codiert wurde. In anderen Fällen enthielten gefundene Artikel gar nicht das Suchkriterium ‚EU‘, wurden aber dennoch thematisch in die Ergebnismenge eingeordnet. Dies ergibt sich möglicherweise dadurch, dass manche CD-ROM-Archive mit Hyperlinks im Sinne thematischer Vorschlagwortungen und Querverbindungen arbeiten, die unter den entsprechenden Artikeln zu finden sind. In solchen Fällen mag zwar die automatische Codierung des Programms nicht eindeutig nachvollziehbar sein, führt aber im Ergebnis zu richtigen Codierungen. Dagegen kommt es in der folgenden Variante zu fehlerhaften Codierungen: Im Ressort ‚Nachrichten‘ verschiedener Zeitungen werden unter der Rubrik ‚Vermischtes‘ Kurzmeldungen zusammengestellt, die das Programm als *eine* Codiereinheit auffasst. Wurde also in einer Meldung etwas über die EU berichtet und in einer anderen etwas über ein oder mehrere Länder, wurde dies als Treffer codiert. Dies lässt sich nicht vermeiden, fällt aber insofern nicht weiter ins Gewicht, da der Anteil solcher Meldungen im Verhältnis zu vollständigen Berichten verhältnismäßig gering ist.

Die Auswertung der Inhaltsanalyse erfolgte gemäß der in Abschnitt II.3. formulierten Hypothesen, zusätzlich ergänzt um eine einführende sowie eine abschließende Darstellung bestimmter Tendenzen zur besseren Übersicht.

a) Entwicklung der EU-Berichterstattung der taz von 1986 bis 1999

Um einen ersten Eindruck von einer längerfristigen Entwicklung der EU-Berichterstattung zu erhalten, wurde die Berliner Tageszeitung (taz) analysiert. Ziel dieser Zeitreihe war es, herauszubekommen, ob sich der Vertragsschluss von Maastricht in einem sprunghaften Anstieg der EU-Berichterstattung niederschlägt. Da in der taz allerdings erst ab April 1994 eine Ressort-Trennung vollzogen wurde, dienten hier die EU-Berichte in Relation zur Gesamtzahl der Artikel einer Zeitungsausgabe als Indikator. Ferner war zu beachten, dass sich in diesem Zeitraum die Bezeichnung von Europäischer Gemeinschaft (EG) zu Europäischer Union (EU) verändert hatte. Insofern wurde bis 1992 nach dem Kürzel ‚EG‘

gesucht, für 1993 ein Mittelwert aus beiden Kürzeln gebildet und ab 1994 das Kürzel ‚EU‘ verwendet.

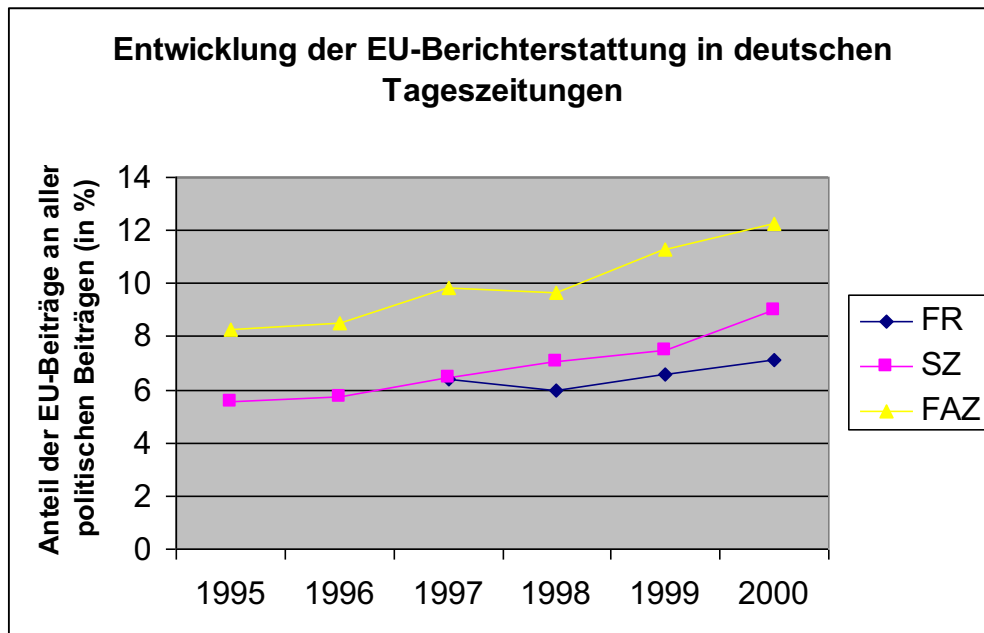


Grafik 1

An der Grafik wird deutlich, dass nicht - wie erwartet - mit dem Vertrag von Maastricht die Nachrichtenberichterstattung sprunghaft ansteigt, sondern stattdessen im Vorfeld ein Anstieg der Berichterstattung zu beobachten ist. Nach Maastricht ist ein deutlicher Einbruch erkennbar – dies entspricht den vielfältigen Krisendiagnosen nach der Einigung –, der sich inzwischen angeglichen hat bzw. mit einer kontinuierlich steigenden Entwicklung mittlerweile über das Niveau von 1992 hinausgeht. Der Anteil der EU-Berichterstattung ist unter der 5%-Marke liegend deshalb so niedrig, weil in Relation zur Gesamtzahl der Artikel einer Ausgabe gerechnet wurde (s.o.). Insgesamt kann man in der taz im untersuchten Zeitverlauf eine langsame, aber stetige Aufwärtsentwicklung der EU-Berichterstattung feststellen.

b) Entwicklung der EU-Berichterstattung in den drei untersuchten Tageszeitungen im Zeitverlauf von 1995 bis 2000 (FR von 1997 bis 2000)

Zur Charakterisierung der Europäisierung der deutschen Nachrichtenberichterstattung im Sinne der ersten Hypothese wurde für jede Zeitung der jährliche prozentuale Anteil der EU-Berichte an der Gesamtzahl der im Ressort ‚Nachrichten‘ bzw. ‚Politik‘ erschienenen Artikel verwendet.

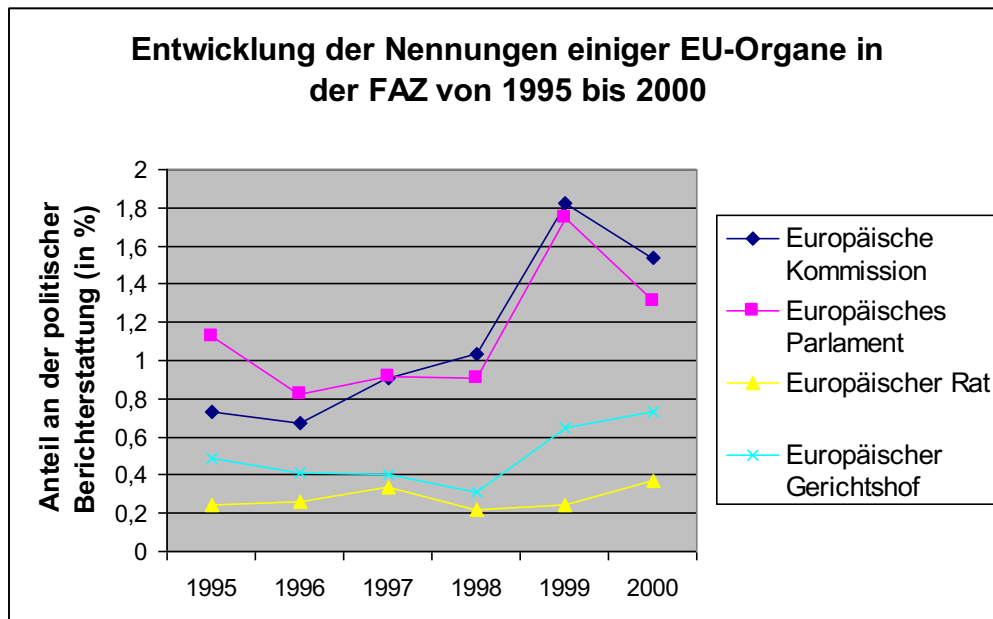


Grafik 2

Hervorstechend ist bei dieser Darstellung, dass alle drei Zeitungen einen kontinuierlichen Auswärtstrend aufweisen. Im Sinne der ersten Hypothese kann daher eindeutig von einer zunehmenden Europäisierung der untersuchten deutschen Qualitätsmedien gesprochen werden. Vergleicht man die Zeitungen untereinander nach ihren politischen Leitlinien, zeigt sich die konservative FAZ am europaaoffensten, während die linksorientierte FR das niedrigste Europäisierungsniveau aufweist. Insgesamt bewegt sich der Anteil der EU-Berichterstattung mit bis zu 12% bei der FAZ auf einem eher niedrigen bis mittleren Niveau.

c) Entwicklung der Berichterstattung über EU-Organen in den drei untersuchten Tageszeitungen im Zeitverlauf von 1995 bis 2000

Die Untersuchung der Nachrichten hinsichtlich der Wahrnehmung einiger EU-Organen diente zur Ergänzung der ersten Hypothese. Als Indikator für Europäisierung im Sinne der zweiten Hypothese wurde hier der jährliche prozentuale Anteil der Berichte über die EU-Organen ‚Europäische Kommission‘, ‚Europäisches Parlament‘, ‚Europäischer Rat‘ und ‚Europäischer Gerichtshof‘ im Ressort ‚Nachrichten‘ bzw. ‚Politik‘ einer jeden Zeitung verwendet.



Grafik 3

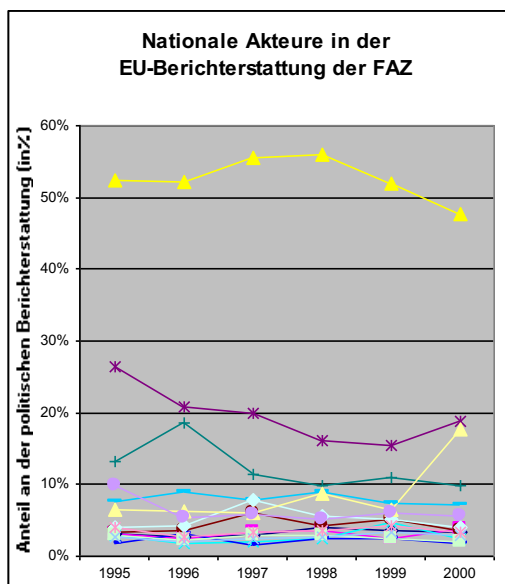
Am Beispiel der FAZ wird deutlich, wie niedrig der Anteil derjenigen Nachrichtenartikel ist, in denen eines der untersuchten Organe erwähnt wird: Die Europäische Kommission ist 1999 mit knapp unter 2% in der Nachrichtenberichterstattung das am häufigsten genannte Organ. Vergleicht man die verschiedenen EU-Organe untereinander, stellt man fest, dass Kommission und knapp darunter das Europäische Parlament eine gewisse Rolle spielen, die beiden anderen dagegen kaum. Insgesamt zeigt sich für alle Organe ein kontinuierlicher Anstieg mit einem Ausschlag von Europaparlament und Kommission im Jahr 1999, der sich vermutlich durch die Europaparlaments-Wahlen und den Korruptionsskandal in der Europäischen Kommission begründen lässt.

Zieht man die beiden anderen Zeitungen hinsichtlich dieser Entwicklung heran, erschließen sich nahezu die gleichen Ergebnisse: Die Häufigkeit der Berichte ist ebenfalls niedrig: Das am häufigsten genannte Organ ist allerdings in der FR mit knapp über 1% wie auch in der SZ mit sogar nur knapp unter 1% im höchsten Ausschlag der Europäische Gerichtshof. Vergleicht man die Organe untereinander, findet in der SZ der Europäische Gerichtshof die am stärksten steigende Beachtung, ferner die Kommission und das Europäische Parlament, während der Europäische Rat kaum berücksichtigt wird. Auch in der FR verläuft die Entwicklung in Reihenfolge und Stärke ähnlich; verwunderlich ist nur, dass das Jahr 1999 sich nicht wie in den anderen Zeitungen deutlicher hervorhebt. In der Gesamttendenz kann in allen Zeitungen eine zumeist schwache, aber kontinuierlich steigende Wahrnehmung der EU-Organe beobachtet werden. Interpretiert man die Ergebnisse hinsichtlich der formulierten Hypothese, kann man allenfalls von einer ganz schwachen Europäisierungstendenz sprechen.

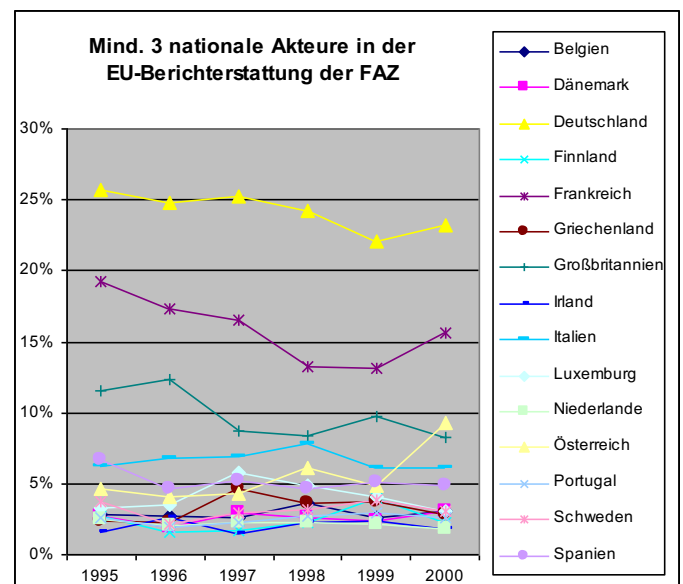
Aus dem Vergleich der beiden ersten Hypothesen, denen gleichermaßen die Operationalisierung von Europäisierung durch die zunehmende Berücksichtigung eines transnationalen Akteurs zugrunde liegt, kann man eine weitere Erkenntnis ableiten: Die Tatsache, dass die Organe vergleichsweise selten vorkommen und demnach eine unbedeutende Rolle spielen, kann auch so interpretiert werden, dass das viele Organe umfassende Mehrebenensystem in den Medien vorzugsweise vereinfachend dargestellt wird. Dieser These nach ist in der Berichterstattung auch dann von der Gesamtinstitution Europäische Union die Rede, wenn es um politische Vorgänge und Entscheidungen in den einzelnen Organen geht.

d) Die Wahrnehmung der EU-Mitgliedsstaaten in der EU-Berichterstattung der FAZ im Zeitverlauf von 1995 bis 2000

Um einen Eindruck von der Intensität zu gewinnen, mit der über die einzelnen EU-Mitglieder in der deutschen Tagesberichterstattung berichtet wird, wurde im folgenden einerseits die Nennung *eines* Landes in einem EU-Artikel in Relation zur Gesamtzahl der Nachrichten gesetzt (Hypothese 3) sowie andererseits die Nennung von mindestens *zwei weiteren* Ländern in EU-Artikeln (Hypothese 4) und ihre jeweilige Entwicklung im Zeitverlauf beobachtet.



Grafik 4



Grafik 5

In beiden Grafiken fällt die häufige Erwähnung von Deutschland ins Auge, wenn auch mit leicht sinkender Tendenz. Dieser mit über 50% hohe Anteil Deutschlands in der EU-Berichterstattung verwundert hinsichtlich der vielfach gemachten Aussage einer

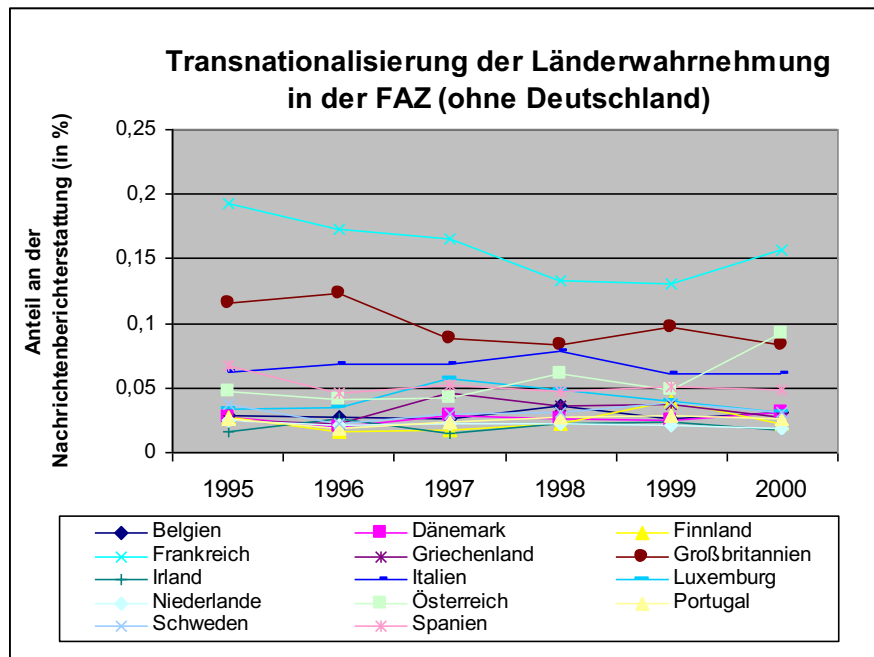
nationalstaatlichen Verhaftung der Berichterstattung' nicht. Ferner sind in beiden Varianten, insbesondere aber in der Berücksichtigung eines Landes in Verbindung mit mindestens zwei weiteren, auch Frankreich und Großbritannien deutlich erkennbar. Vergleicht man die beiden Darstellungen, wird sichtbar, dass es bei den selten erwähnten Ländern kaum einen Unterschied macht, ob sie in der Häufigkeitszählung alleine mit dem transnationalen Akteur EU verknüpft oder ob sie im Kontext weiterer Länder genannt wurden. Bei den oben genannten Ländern führt dies dagegen im Ergebnis zu einem relativ starken Absinken der Wahrnehmungshäufigkeit, da sie weit seltener im Zusammenhang mit weiteren Akteuren erwähnt werden. Was sich schon optisch andeutet, kann belegt werden, indem auf der Basis beider Entwicklungslinien – fasst man Grafik 1 als nationale Sicht und Grafik 2 als transnationale Sicht auf – Durchschnittswerte und daraus eine Differenz gebildet werden, die angibt, wie groß diese Spannweite ist. Die Berücksichtigung Deutschlands reduzierte sich um gut 50% von der nationalen auf die transnationale Perspektive. Österreich, Großbritannien, Griechenland und Luxemburg bilden eine erste Gruppe, deren Anteil sich von 35 bis 20% verringert. Die Beachtung von Frankreich, Dänemark, Italien, und Spanien, als zweite Gruppe verringert sich um rund 18 bis 16% und die dritte Gruppe, Niederlande, Belgien, Finnland, Schweden, Irland und Portugal liegt bei Änderungswerten zwischen 14 und 7%.

Die unterschiedlich großen Differenzwerte kann man so interpretieren, dass neben Deutschland die Länder der ersten Gruppe weit häufiger auch einzeln wahrgenommen werden, als dies bei den Ländern der zweiten und dritten Gruppe der Fall ist. Das bedeutet also: Während die aus der Sicht der Medien unbedeutenden Länder immer nur ‚im Rudel‘ genannt werden, haben die Länder Frankreich, Großbritannien und Italien die Chance, in einem Beitrag auch einzeln in ihrer jeweiligen Position innerhalb und in Bezug zur EU berücksichtigt zu werden.

Um genauere Aussagen über Tendenzen der Europäisierung zu erlangen, ist es sinnvoll, die Entwicklung der EU-Artikel, in denen mindestens drei Ländern ohne Deutschland genannt werden, genauer zu analysieren.

e) Die Wahrnehmung von mindestens drei EU-Mitgliedsstaaten ohne Deutschland in der EU-Berichterstattung der FAZ im Zeitverlauf von 1995 bis 2000

In diesem Fall wurde wie in Grafik 5 die Entwicklung der EU-Berichte der FAZ, in denen ein Land und mindestens zwei weitere Länder Erwähnung fanden, im Zeitverlauf 1995 bis 2000 untersucht.



Grafik 6

Aus dem Auf und Ab der einzelnen Länder lässt sich auch in der entzerrten Form keine systematische Entwicklungsrichtung ableiten. Zieht man zum Vergleich die Entwicklungen in den anderen Zeitungen heran, ergeben sich ebenfalls keine Hinweise auf eine längerfristige Zu- oder Abnahme der Wahrnehmung eines Landes.

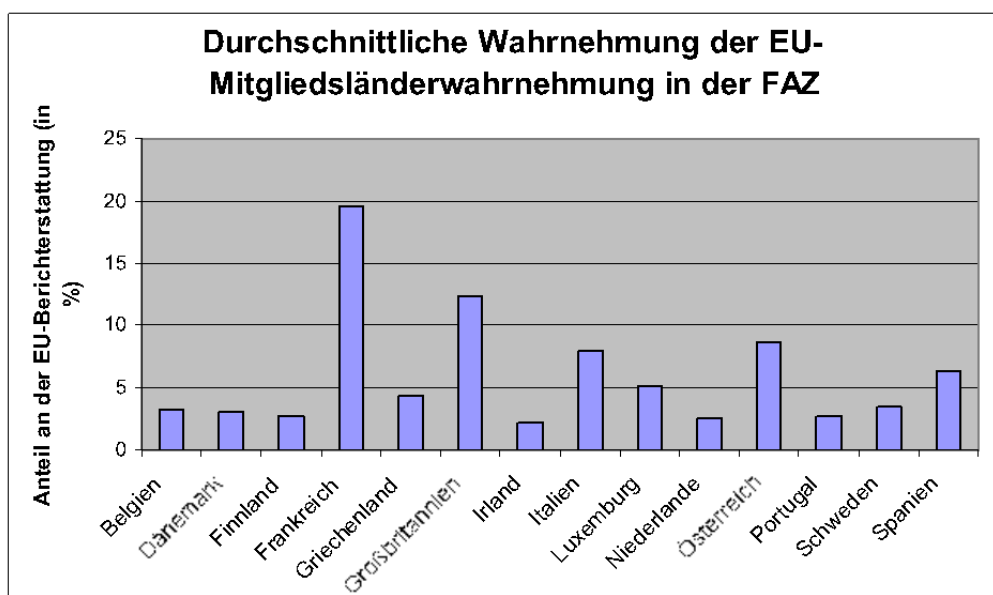
Interpretiert man diese und die beiden vorhergehenden Darstellungen im Sinne der dritten und vierten Hypothese, kommt man zu dem Ergebnis, dass keine Europäisierungstendenz feststellbar ist; allein die sinkende Wahrnehmung Deutschlands könnte man als langsame Rückentwicklung der nationalstaatlichen Perspektive auffassen. Dennoch ergibt sich weder eine ‚zunehmende Wahrnehmung einzelner Länder‘ noch die ‚Verschiebung auf eine transnationale Perspektive‘ im Sinne zunehmender Berücksichtigung mehrerer Länder in einem EU-Beitrag.

Fasst man die Ergebnisse der Inhaltsanalyse noch einmal zusammen, kann man zwei unterschiedliche Aussagen bezüglich der Europäisierung der untersuchten deutschen Tages Zeitungen festhalten: 1) Eine Europäisierung als zunehmende Berücksichtigung des transnationalen Akteurs findet statt. 2) Eine Europäisierung als zunehmende Berücksichtigung der nationalen Akteure findet nicht statt. Dabei muss aber einschränkend darauf hingewiesen werden, dass es sich hier um eine rein quantitative, an der Anzahl der Beiträge gemessene Relationen handelt, die keine Aussage über den Umfang und die inhaltliche Informationstiefe der Beiträge machen.

Wenngleich die Hypothesen der Europäisierung im Sinne einer zunehmenden Wahrnehmung der Länder verworfen werden müssen, schließt sich die Frage an, warum - wie im oben dargestellten Fall - die Differenzwerte zwischen den grob sortierten Ländergruppen so stark variieren. Unter Rückgriff auf Entwicklungsmöglichkeiten der europäischen Sozialintegration könnte man argumentieren, dass eine erfolgreiche Integration nur dann stattfindet, wenn die Wahrnehmung der verschiedenen Mitgliedsländer in den Massenmedien relativ gleich verteilt ist. Diese These kann im Blick auf die Diskussion um die Bildung einer Europäischen Identität noch weiter zugespitzt werden, indem man die Chancen ihrer Entwicklung an das Wissen über und das Verständnis der (politischen) Positionen anderer EU-Mitgliedsstaaten bindet. So scheint es plausibel, dass sich eine Gruppe von Menschen auf der Basis dessen identifiziert, was innerhalb ihres medienbedingten Wahrnehmungshorizontes liegt. Und so kann neben dem Anteil der Berichterstattung über die Europäische Union an sich, darin auch derjenige Anteil als Grundlage europäischer Identitätsbildung dienen, der über die anderen EU-Mitgliedsländer informiert. Um genauer zu veranschaulichen, welche Länder sich in welcher Weise gruppieren, wird folgende Form der Darstellung gewählt.

f) Die durchschnittliche Wahrnehmung der EU-Mitgliedsstaaten (ohne Deutschland) in der EU-Berichterstattung der FAZ im Zeitverlauf von 1995 bis 2000

Zur Beschreibung der unterschiedlichen Wahrnehmung der Länder wurde als Bezugsgröße die Nennung eines Landes innerhalb eines EU-Beitrags genannt, da hier die Unterschiede zwischen den Ländern deutlicher sind als bei der transnationalen Perspektive.



Grafik 7

Das Beispiel der FAZ zeigt deutlich, dass Frankreich, Großbritannien, Österreich und Italien dominieren. Es folgen Spanien, Luxemburg und Griechenland als zweite Gruppe und schließlich die restlichen Staaten Belgien, Dänemark, Finnland, Irland, Niederlande, Portugal und Schweden. An die Darstellung der Wahrnehmung der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten schließt sich die Frage an, wie sich die festgestellten Unterschiede begründen lassen.⁶⁸

⁶⁸ Dass der Anteil von Luxemburg vermutlich zu hoch liegt, wurde in der Methodendiskussion der computergestützten Inhaltsanalyse schon angedeutet. Luxemburg wird daher in der folgenden Untersuchung nicht weiter berücksichtigt.

III DIE URSACHEN EINER UNTERSCHIEDLICHEN LÄNDERWAHRNEHMUNG

Anknüpfend an die deskriptive Fragestellung, ob in der Medienberichterstattung der vergangenen Jahre ein Prozess der Europäisierung stattgefunden hat, soll an dieser Stelle gefragt werden, *wie* die unterschiedliche Beachtung der verschiedenen EU-Mitgliedsländer zu erklären ist. Aus einer Reihe von Studien zur Analyse der Stärke und Richtung globaler Kommunikationsflüsse kann man empirisch gestützte Erkenntnisse über Ursachen gewinnen. Da es sich beim Kommunikationsraum der Europäischen Union aber um einen politisch und wirtschaftlich formal geeinten Raum handelt (vgl. Abschnitt I.1) und sich der Zielhorizont des Erkenntnisinteresses aus der oben angeführten Problematik der Vertiefung einer europäischen Integration (vgl. Abschnitt I.3) ergibt, stellt sich die Frage nach den Ursachen unter neuen Bedingungen.

Zur Ableitung erklärender Hypothesen über die Ursachen des teilweise starken Gefälles in der Länderwahrnehmung, wie sie sich in der deutschen Nachrichtenberichterstattung widerspiegelt (vgl. Grafik 7), erscheint die Anwendung der Nachrichtenwerttheorie gewinnversprechend. Ihrer theoretischen Annahme zufolge steigern bestimmte Merkmale eines Ereignisses die Wahrscheinlichkeit, dass es von den Medien selektiert und zur Nachricht wird. Überträgt man dies auf die politische Berichterstattung über die Europäische Union und ihre Mitglieder, können bestimmte Merkmale der Mitgliedsländer als Nachrichtenfaktoren aufgefasst werden, die somit selektionsbegünstigend wirken. In Abwandlung einer Formulierung Hagens lässt sich für die Operationalisierung von Ländermerkmalen als Nachrichtenfaktoren folgende Prämisse setzen: Da die EU-Mitgliedsländer (bis auf weiteres) basale Entitäten innerhalb der Europäischen Union darstellen – in geographischer, politischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht –, prägen Länder als Schauplätze und Akteure die EU-Nachrichtenberichterstattung.⁶⁹

Im ersten Abschnitt geht es um die Struktur der internationalen Nachrichtenberichterstattung, wie sie sich in Vergangenheit und in Gegenwart darstellt, sowie darum, welche Einflussfaktoren sie in ihrer Richtung steuern. Dazu werden in exemplarischer Form einige Studien angeführt, die vielfach vor dem Hintergrund der Diskussionen um die Ausgestaltung einer internationalen Medienpolitik stehen. Daran schließt eine knappe Beschreibung der Entstehung und Entwicklung der Nachrichtenwerttheorie an, die als Erklärungsansatz für

⁶⁹ Das Originalzitat im Zusammenhang einer internationalen Nachrichtenstrukturanalyse lautet: „Da Länder bis auf weiteres basale Entitäten der globalen Gesellschaft sind – in geographischer, politischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht –, prägen Länder als Schauplätze und Akteure die Auslandsnachrichten und unterscheiden diese von Inlandsnachrichten“ (HAGEN 1998: 59).

die Steuerung von Medienaufmerksamkeit dienen soll. In Abgrenzung zur Gatekeeper- und zur New-Bias-Forschung wird sie in die Tradition der Nachrichtenselektionstheorien eingeordnet sowie ihre verschiedenen Stufen der Weiterentwicklung aufgezeigt. Zur Hypothesenbildung werden im dritten Abschnitt nach dem Vorbild einer Studie von Hagen diejenigen Nachrichtenfaktoren herausgegriffen, die sich für die Operationalisierung der Ländermerkmale eignen, und im Hinblick auf die zugrunde liegende Fragestellung modifiziert. Aufschluss über die tatsächliche Richtung und Stärke der Einwirkung dieser Ländermerkmale auf die Wahrnehmungshäufigkeit in der Berichterstattung soll die Durchführung einer Regressionsanalyse geben.

1. Analysen des internationalen Nachrichtenflusses

In Studien zur internationalen Nachrichtenberichterstattung hat man immer wieder versucht, die Richtung und Veränderung internationaler Nachrichtenflüsse nachzuzeichnen und in deren Ursachen zu erklären.⁷⁰ Die Frage der Nachrichtengeographie war dabei meist sehr eng mit den Debatten um die Ausgestaltung einer internationalen Kommunikationspolitik im Rahmen der UNO bzw. ihrer Sonderorganisation UNESCO verbunden (vgl. dazu genauer BREUNIG 1996). So entstanden erste Studien in den 40er und 50er Jahren zu einer Zeit, in der die UNO die Doktrin des ‚free flow of information‘ entwickelte. Angestoßen von den Forderungen nach einem ‚free and balanced flow of information‘ bzw. nach einer ‚Neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung‘, stieg die Zahl der Studien zum internationalen Nachrichtenfluss Ende der 70er Jahre massiv an. Die Kritik an der bisherigen Kommunikationsordnung richtete „...sich vor allem gegen die angeblich quantitativen und qualitativen Verzerrungen im internationalen Nachrichtenfluss zu[un]gunsten der weniger entwickelten Staaten“ (SCHENK 1987: 36, Einsch. d. A., da es sich offensichtlich um einen Druckfehler handelt). Es wurde vermutet, dass die Staaten der Dritten Welt im internationalen Nachrichtenfluss quantitativ unterrepräsentiert und die Industriestaaten im Gegensatz dazu in den Medien der Entwicklungsländer überrepräsentiert sind. Des weiteren nahm man an, dass die Darstellung der Entwicklungsländer in den Massenmedien der Industrienationen von einem überwiegend negativen und oberflächlichen Bild der Entwicklungsländer geprägt ist.

BIRGIT SCHENK (1987) wertete rund 200 Studien bis zum Jahr 1984 – darunter insbesondere auch die ‚Foreign Image‘- bzw. ‚News of the World‘- Studie von 1979 – im

⁷⁰ Unter Anwendung von Inhaltsanalysen wurde die internationale Berichterstattung zumeist daraufhin untersucht, unter welchen Bedingungen Ereignisse in aller Welt zu Nachrichten werden sowie dazu genutzt, den politischen und sozialen Wandel auf internationaler Ebene zu beschreiben (vgl. BRÖKER 1981: 56).

Hinblick auf die beiden Thesen systematisch aus. Ferner ging sie der Frage nach, welche Nachrichtenfaktoren im allgemeinen den Nachrichtenfluss bestimmen.⁷¹ Schenk hebt ‚Regionalismus‘ als den bedeutendsten Faktor der Nachrichtengeographie hervor. Dieser verursacht zwar tatsächlich, dass die Staaten der Dritten Welt in geringerem Maße in den Medien der Industrienationen auftauchen. Umgekehrt ist dies aber ebenso der Fall. Erst nachrangig folgen der Auslandsberichterstattung über Länder der eigenen Region Nachrichten über Westeuropa und die USA sowie schließlich Nachrichten aus aktuellen Krisengebieten. Demnach selektieren die Medien der Dritten Welt nach den gleichen Kriterien wie die Industrienationen (vgl. ebd.: 39). Gleichwohl verweist Schenk auch auf das Ergebnis einiger Studien, die die mit Abstand geringste Aufmerksamkeit für Osteuropa und Lateinamerika belegen. Erklärt wird dies mit einer den ‚Regionalismus‘ überlagernden Bedingung, nämlich der globalen Machtverteilung politischer Systeme, wonach Länder von ‚geringer physischer Distanz‘ und gleichzeitiger ‚großer funktionaler Distanz‘ ignoriert werden können oder umgekehrt, wonach unter der gleichen Bedingung die von einem Land ausgehende Bedrohung so groß ist, dass es häufig Eingang in die Nachrichtenberichterstattung des anderen Landes findet, der sog. *next-door-giant-Effekt* (vgl. ebd.: 40).

Bezüglich der zweiten These, einer wenn vorhandenen, dann dominant negativen Darstellung der Entwicklungsländer in den Nachrichten der Industrienationen, verweist Schenk auf folgendes Phänomen: Da hier nicht mit dem Nachrichtenfaktor ‚Regionalismus‘ Ursache für ihre Beachtung ist, kann die Aufmerksamkeitsschwelle mit einer Ereignisorientierung begründet werden, die vorwiegend Konflikte, politisch-militärische Krisen, bewaffnete Auseinandersetzungen etc. wahrnimmt und daher zwangsläufig negativ konnotiert ist. Insofern trifft die These zwar zu, stellt sich aber bei genauerer Betrachtung als Merkmal des universellen Nachrichtenfaktors ‚Negativismus‘ dar, der unter bestimmten Voraussetzungen den geringen Grad an ‚Regionalismus‘ überlagert. Nach Schenk muss die These weiterhin modifiziert werden, da auch wirtschaftliche Beziehungen zu Ländern der Dritten Welt zu einer verstärkten und in diesem Fällen ausführlicheren und positiveren Berichterstattung des entsprechenden Partnerlandes führen (vgl. ebd.: 42 unter Verweis auf GUGGISBERG 1976). Insgesamt kommt sie zu dem Schluss, dass die These einer bewussten qualitativen Verzerrung nicht gehalten werden kann, wohl aber die These von ALBERT L. HESTER zutrifft, dass „...the volume of information flowing from a ‚high‘-order-nation into a ‚low‘-order-nation will be greater than that flowing in the opposite direction“ (HESTER 1973: 245, zitiert in: SCHENK 1987: 50). Zusammenfassend bedeutet das, dass ‚Regionalismus‘ der die

⁷¹ Hagen verweist darauf, dass die Studien zu den internationalen Nachrichtenflüssen nur teilweise nachrichtenwerttheoretisch orientiert waren (vgl. HAGEN 1998: 60).

Auslandsberichterstattung dominierende Faktor ist, der aber durch die Nachrichtenfaktoren ‚Negativismus‘ bzw. ‚Bedeutsamkeit‘ eines Ereignisses und einem geringen ‚Status‘ des Ereignislandes kompensiert werden kann. Darüber hinaus gehen wirtschaftliche und außenpolitische Interessen – ein sehr deutlicher Indikator für wirtschaftliche Nähe sind dabei die Handelsbeziehungen zwischen Staaten – in die Blickrichtung der Auslandsberichterstattung ein.

Die letzte größere Studie zur internationalen Nachrichtenberichterstattung, nun unter den Bedingungen einer seit Ende der 1980er Jahren veränderten Weltordnung, ist die 1995 von ROBERT L. STEVENSON und ANNABELLE SREBERNY-MOHAMMADI koordinierte ‚Foreign News‘-Studie (1995), in der die Auslandsberichterstattung unterschiedlicher Medien aus über vierzig Staaten in einem Zeitraum von zwei kompletten Wochen inhaltsanalytisch untersucht wurde (vgl. HAGEN ET AL. 1998: 61).⁷² Auf diese Daten stützen sich einige weitere Untersuchungen, nämlich zum einen zwei Sekundäranalysen von LUTZ M. HAGEN (1998) und zum anderen eine historische Einschätzung der Konstanten und Veränderungen in der Auslandsberichterstattung von JÜRGEN WILKE (1998). Gemeinsam ist den beiden Studien von Hagen die Operationalisierung von Ländermerkmalen durch die Nachrichtenfaktoren ‚Status‘ und ‚Nähe‘⁷³, die zur Untersuchung meiner Fragestellung an späterer Stelle als Methode wieder aufgegriffen werden soll. In der ersten Studie wird entlang dieser beiden Faktoren nach Ursachen für die wechselseitige Beachtung einer Reihe von Ländern in den Hauptmedien der jeweiligen anderen Länder gefragt (vgl. HAGEN ET AL. 1998). In der zweiten Analyse wird der Nachrichtenfaktor ‚Status‘ konstant gehalten und durch die Frage nach der unterschiedlich starken Wahrnehmung Deutschlands in den ausländischen Medien der Faktor ‚Nähe‘ in unterschiedliche Erklärungsdimensionen aufgelöst (vgl. HAGEN 1998). Vergleicht man also ‚Status‘ und ‚Nähe‘ als zwei Einflussvariablen der internationalen Nachrichtenberichterstattung, kommt man zu dem Ergebnis, dass sich der Machtstatus eines Landes, also seine wirtschaftliche, wissenschaftliche und militärische Macht, als besonders starker Nachrichtenfaktor erweist. Darüber hinaus stellt auch die Intensität ökonomischer Beziehungen einen dominierenden Faktor dar, insbesondere wenn die USA als Land mit dem höchsten Machtstatus aus der Analyse ausklammert wird. Hagen et al. verweisen allerdings darauf, dass es sich hierbei ebenso um dahinterliegende kulturelle und politische Beziehungsarten handeln könnte (vgl. HAGEN ET AL. 1998: 78). Schließlich wird

⁷² Um auch aussagekräftige Ergebnisse im Hinblick auf langfristige Veränderungen der Auslandsberichterstattung zu erhalten, war es erklärtes Ziel der ‚Foreign News‘-Studie methodisch an die schon genannte ‚Foreign Image‘-Studie anzuknüpfen (vgl. WILKE 1998: 40).

⁷³ An dieser Stelle soll es zunächst nur um die Ergebnisse der Auswertung gehen. Zur genaueren Beschreibung des methodischen Vorgehens vgl. Abschnitt III.2.3.

festgestellt, dass die geographische Nähe zweier Länder fast überhaupt keine Rolle spielt (vgl. ebd. 79). In der Frage nach der Beachtung Deutschlands wird das Handelsvolumen (Indikator für wirtschaftliche Nähe) eines Landes in bezug auf Deutschland als stärkster Einflussfaktor ausgemacht (HAGEN 1998: 155). Als ungewöhnlich beschreibt Hagen die hohe Korrelation zwischen der geographischen Nähe und der Ähnlichkeit Deutschlands im Vergleich zum Ereignisland.

Im Blick auf die Kontinuität der Wirkung bestimmter Nachrichtenfaktoren stellt Wilke fest, dass auf der *kurzfristigen Dimension*⁷⁴ primär ereignisorientierte Nachrichtenfaktoren wirken, diese aber hinsichtlich der untersuchten Medien variieren: Die Auslandsberichterstattung der Presse erscheint im Vergleich zum Rundfunk weniger ereignisorientiert. *Mittelfristig*⁷⁵ erweisen sich innerhalb der Nachrichtengeographie der Nachrichtenfaktor ‚Regionalismus‘ mit gewissen Schwankungen ebenso wie die Rangfolge der allgemeinen Aufmerksamkeitsverteilung für bestimmte Ereignisregionen als Konstanten. Leichte Verschiebungen in der Nachrichtengeographie sind vor dem Hintergrund sich verändernder Systemvariablen sowie bestimmter Ereignisvariablen zu betrachten, werden aber von Wilke nicht weiter gedeutet. Für die *langfristige Dimension*⁷⁶ stellt Wilke im Rückblick auf seine historischen Arbeiten die Vermutung an, dass sich die ‚Orientierung an Elite-Nationen‘ als eine relative Konstante der Auslandsberichterstattung neben all den anderen sich verändernden Variablen erhalten bleibt (vgl. WILKE 1998: 49-56).

Aus diesen Nachrichtenflussanalysen kann bereits eine Tendenz für die Erklärung von Länderwahrnehmungen abgeleitet werden. Offensichtlich finden diejenigen Länder einen einfacheren Eingang in die internationale Auslandsberichterstattung, die entweder a) einen besonders hohen Status haben, b) aus der Region des Berichterstattungslandes stammen oder c) intensive wirtschaftliche Beziehungen zum Berichterstattungsland pflegen. Während so die häufige Wahrnehmung bestimmter Länder in den Medien aus ihren Gemeinsamkeiten empiriegeleitet begründet wurde, gehe ich den umgekehrten Weg. Die Nachrichtenwerttheorie bietet zur Deduktion der Ursachen einem Katalog von Nachrichtenfaktoren, der

„...die Nachrichtenauswahl auf allgemeingültige und damit (fast) überall geltende, dauerhafte und damit frei vom Zeitgeist wirkende, stabile und damit situationsunabhängig greifende sowie überindividuelle und damit Professionalität dokumentierende Ursachen zurück[führt]“ (KEPPLINGER 1998b: 22).

⁷⁴ Diese Aussage basiert auf den Befunden der oben genannten ‚Foreign News‘-Studie.

⁷⁵ Diese Ergebnisse resultieren aus einem Vergleich der ‚Foreign News‘-Studie und der ‚Foreign Image‘-Studie.

⁷⁶ Hier liegen historische Arbeiten vom 17. bis zum frühen 20. Jahrhundert zugrunde (vgl. WILKE 1986).

Dies ist nach Kepplinger der Hauptgrund für die wissenschaftliche Popularität der Nachrichtenwerttheorie, die im folgenden vorgestellt wird.

2. Entstehung und Entwicklung der Nachrichtenwerttheorie

2.1 Einordnung der Nachrichtenwerttheorie in die Forschungstradition

Im Bereich der politischen Nachrichtenvermittlung kommt den Massenmedien die Aufgabe zu, Geschehnisse zu beobachten, zu strukturieren und hinsichtlich ihrer Bedeutsamkeit für die RezipientInnen zu bewerten.⁷⁷ Daraus resultiert für JournalistInnen die normative Anforderung, setzt man massenmediale Nachrichtenberichterstattung als wichtigste Quelle politischer Information voraus, dieser Aufgabe gemäß den Gütekriterien Objektivität – im Sinne von *was ist wirklich?*– und Relevanz – im Sinne von *was ist wichtig?*– nachzukommen (vgl. NEUBERGER 1996).⁷⁸ In Output-Analysen der Nachrichtenberichterstattung sind somit zwei Aspekte unmittelbar miteinander verbunden, der der Auswahl von Ereignissen für die politische Berichterstattung sowie der ihrer Bewertung.

STAAB (1990) und EILDERS (1997) führen in der Tradition der Nachrichtenselektionstheorien drei ausdifferenzierte, nebeneinander stehende Forschungszweige an, die sich auf jeweils unterschiedliche Variablengruppen im Selektionsprozess konzentrieren. Zum einen beschäftigt sich die *Nachrichtenwertforschung* mit den selektionsbegünstigenden bzw. als selektionsrelevant betrachteten Eigenschaften bestimmter Ereignisse. Diese liegen als Resultat der Auswahl in der Nachrichtenberichterstattung vor und können inhaltsanalytisch untersucht werden. Ferner nennen sie die *Gatekeeper-Forschung*, die sich auf die selektionsrelevanten Eigenschaften der JournalistInnen und der Medienorganisationen konzentriert. Untersuchungsgegenstände sind die infrastrukturellen und medialen Bedingungen, unter denen JournalistInnen arbeiten, Beiträge produzieren und in den Medien platzieren. Dazu gehören Faktoren wie z.B. Zeitdruck, Teamarbeit, Verwendung von

⁷⁷ Daran schließt sich ein weiterer, von den im folgenden vorgestellten unabhängiger Forschungszweig an, die Agenda-Setting-Forschung. Da sich diese aber eher in die Tradition der Medienwirkungstheorien einordnen lässt, wird sie hier nicht weiter berücksichtigt. Einen Anknüpfungspunkt zu meiner Arbeit bietet lediglich die Annahme, dass mit der Unterstellung einer Agenda-Setting-Funktion der Massenmedien, diesen ein großes Potential bei der Gestaltung öffentlicher Diskussionen zukommt – z.B. zum Thema ‚Europäische Union‘ (vgl. RÖSSLER 1997: 43).

⁷⁸ Diese Unterscheidung dient hier zur vereinfachenden Abgrenzung und Betonung des journalistischen Auswahlaspektes. Neuberger selbst reflektiert sehr ausführlich die Vermischung der beiden Aspekte in der kommunikationswissenschaftlichen Diskussion um journalistische Normen, und diskutiert schließlich eine Annäherung an das Objektivitätsproblem vermittels des radikalen Konstruktivismus‘ (vgl. NEUBERGER 1996: 203ff.). Das Relevanzproblem differenziert er in Einfluß-, Auswahl- und Wirkungsaspekt, wobei er die Nachrichtentheorie als wichtigsten Forschungsansatz des Auswahlaspektes um eine Schementheorie der Nachrichten ergänzt (vgl. ebd.: 241).

Nachrichtenagenturmaterial, finanzielle Ressourcen sowie die Frage nach spezifischen Medienbedingungen, die mit der Nachrichtenform in Hörfunk, Fernsehen, Print oder Online einhergehen. Zum dritten verweisen sie auf die *News-Bias-Forschung*, die die Nachrichtenberichterstattung im Hinblick auf die politischen Einstellungen der JournalistInnen und die sog. *redaktionelle Linie* des jeweiligen Medien untersucht. Dabei geht es besonders um die Frage, inwieweit diese einen Niederschlag in der Berichterstattung, d.h. in der Auswahl und Interpretation der Ereignisse, findet.

Von den drei Forschungszweigen interessiert hier ausschließlich die Nachrichtenwerttheorie als Begründung journalistischer Relevanzkriterien der Selektion. Ansätze zur Bestimmung von Einflussfaktoren auf die journalistische Interpretation und Darstellung der selektierten Ereignisse bleiben in dieser Untersuchung unbeachtet. Vom Resultat einer Output-Analyse der EU-Berichterstattung ausgehend – hier als Häufigkeit der Ländernennungen –, kann mit Hilfe der Nachrichtenwerttheorie als theoretischem Erklärungsrahmen nach den die Selektionsergebnisse begründenden Faktoren gefragt werden. Folglich werden den Nationalstaaten – ähnlichen wie den Nachrichten zugrunde liegenden Ereignissen – Merkmale zugeschrieben, die die Selektionsentscheidung der JournalistInnen positiv beeinflussen. Im folgenden Abschnitt wird die Nachrichtenwerttheorie in ihren Grundzügen dargestellt.

2.2 Verschiedene Entwicklungsstufen der Nachrichtenwerttheorie

Mit dem knappen Abriss verschiedener Ansätze und Etappen gebe ich einen Überblick über die sukzessive Ausdifferenzierung und empirische Fundierung der Nachrichtenwerttheorie. Dabei werden allerdings nur diejenigen Ansätze genauer berücksichtigt, die jeweils entscheidende Erweiterungen der Nachrichtenwerttheorie hervorbrachten (zu ausführlicheren Darstellungen, vgl. EILDERS 1997; STAAB 1990).

Die erste Darstellung findet sich bei WALTER LIPPMANN in seinem 1922 erschienenen Werk ‚Public Opinion‘ und basiert auf Reflexionen zur Darstellung der Wirklichkeit in den Medien. Schon seine Grundüberlegungen beruhen auf der Annahme, dass

„...Nachrichten [...] nicht die Realität [spiegeln], sondern [...] das Ergebnis von Selektionsentscheidungen [sind], die nicht auf objektiven Regeln, sondern Konventionen beruhen, und [...] daher nur eine Reihe spezifischer und stereotypisierter Realitätsausschnitte vermitteln [können]“ (LIPPMANN, zitiert in: STAAB 1990: 41).

Demnach kommt man zur Frage nach den Merkmalen von Ereignissen, aufgrund derer sie selektiert und zu Nachrichten werden. LIPPMANN nennt in seiner Arbeit zehn Aspekte von Ereignissen, die deren Nachrichtenwert im Sinne ihrer Publikationswürdigkeit bestimmen (vgl. ebd.).

Die *amerikanische Forschungstradition* entwickelte sich ohne explizite Bezugnahme auf Lippmann, griff aber das Problem der Nachrichtenauswahl immer wieder auf und modifizierte anhand empirischer Studien die Liste der Nachrichtenwert-Kriterien im Zeitverlauf. Völlig unabhängig davon entwickelte sich die *europäische Forschungstradition*.

Beginnend mit dem theoretischen Aufsatz von EINAR ÖSTGAARD ‚Factors Influencing the Flow of News‘ (1965), der verschiedene Nachrichtenfaktoren in ein komplexeres theoretisches Konzept integrierte, indem er zunächst zwischen internen und externen Nachrichtenfaktoren und erstere dann als diejenigen, die Nachrichten beachtenswert machen, in die drei Faktorenkomplexe Simplifikation, Identifikation und Sensationalismus unterschied (vgl. Staab 1990: 55ff.). JOHAN GALTUNG und MARI HOLMBOE RUGE entwickelten in ihrem Aufsatz ‚The Structure of Foreign News‘ (1965) den Ansatz von Östgaard maßgeblich weiter, indem sie die Nachrichtenfaktoren weiter differenzierten und systematisierten. Sie unterschieden zwölf verschiedene Nachrichtenfaktoren, von denen ihrer Ansicht nach acht kulturunabhängig (Frequenz, Aufmerksamkeitsschwelle, Eindeutigkeit, Bedeutsamkeit, Konsonanz, Überraschung, Kontinuität, Variation) und vier typisch für die Nachrichtenselektion westlicher Industrienationen (Bezug zu Elite-Nationen, Bezug zu Elite-Personen, Personalisierung, Negativität) waren.⁷⁹ Darüber hinaus stellten sie fünf Hypothesen über das Zusammenwirken dieser Faktoren auf: Die *Selektionshypothese* besagt, dass die Selektion eines Ereignisses umso wahrscheinlicher ist, je mehr dieser Faktoren zusammenwirken. Die *Verzerrungshypothese* geht darauf aufbauend von der Annahme aus, dass, wenn das Ereignis erst einmal selektiert wurde, diejenigen Aspekte, aufgrund derer das Ereignis publikationswürdig wurde, weiter akzentuiert und damit verzerrt werden. Schließlich werden auf den verschiedenen Stufen des Nachrichtenflusses die Selektionsentscheidungen und somit die Verzerrungen wiederholt (*Replikationshypothese*). Betrachtet man nun die einzelnen Faktoren als diejenigen Merkmale, die ein Ereignis auf sich vereinen kann, geht die *Additivitätshypothese* davon aus, dass das Ereignis desto eher zur berichtenswerten Nachricht, vielleicht sogar zur Schlagzeile wird, je mehr Faktoren darauf zutreffen. Umgekehrt kann aber auch das Fehlen eines Nachrichtenfaktors durch das (stärkere) Vorhandensein anderer kompensiert werden, so die *Komplementaritätshypothese* (vgl. ebd.: 71f.). Damit legten Galtung/Ruge den Grundstein zur Frage nach der Konstitution des Nachrichtenwertes („newsworthiness“) durch die einzelnen Nachrichtenfaktoren einer Meldung. Die Autoren überprüften ihre Hypothesen anhand einer Inhaltsanalyse von vier norwegischen Zeitungen zur

⁷⁹ Zur genauen Definition der Nachrichtenfaktoren, vgl. GALTUNG/RUGE (1965: 66-71).

Berichterstattung über die Kongo-, Kuba- und Zypern-Krise in den Jahren 1960 und 1964 (vgl. ebd.: 72ff.).⁸⁰

WINFRIED SCHULZ griff 1976 in seiner Habilitationsschrift ‚Die Konstruktion der Realität in den Nachrichtenmedien‘ den von Galtung/Ruge aufgestellten Faktorenkatalog wieder auf, überarbeitete ihn hinsichtlich seiner Operationalisierungsmöglichkeiten und erweiterte ihn auf 18 Nachrichtenfaktoren, die er in sechs Faktorendimensionen einteilte. Grundlage seiner empirischen Überprüfung war ein fundamentaler erkenntnistheoretischer Perspektivenwechsel. Von der bisherigen Zuschreibung der Nachrichtenfaktoren als Merkmale von Ereignissen ausgehend, kritisierte Schulz, dass darin ein Vergleich mit einer als scheinbar objektiv gegebenen Realität vorgenommen wird, der zwangsläufig scheitern muss, „...da über das faktische Geschehen kein intersubjektiv gültiger Konsens zu erzielen sei...“ (SCHULZ 1976: 80). Demnach werden in der konstruktivistischen Neuorientierung von Schulz die Nachrichtenfaktoren nicht mehr als unverrückbare Merkmale von Ereignissen betrachtet, sondern als journalistische Hypothesen von Realität (vgl. ebd.: 30), die als *eine* mögliche Interpretation von Realität empirisch untersucht werden können. „Je mehr eine Meldung dem entspricht, was Journalisten für wichtige und mithin berichtenswerte Eigenschaften der Realität halten, desto größer ist ihr Nachrichtenwert“ (ebd.) lautete die Ausgangshypothese von Schulz zur inhaltsanalytischen Untersuchung der journalistischer Selektionsentscheidungen von Nachrichten und deren Beachtungsgrad, den er über Umfang, Aufmachung und Platzierung operationalisierte.

FAKTORDIMENSION	NACHRICHTENFAKTOR	FAKTORBESCHREIBUNG
Zeit	<i>Dauer</i>	Zeitspanne eines Geschehensablaufes
	<i>Thematisierung</i>	Etablierung eines Geschehensablaufes in der Medienberichterstattung
Nähe	<i>räumliche Nähe</i>	Geographische Entfernung zwischen Ereignisort und Redaktionssitz
	<i>politische Nähe</i>	Bündnis- und wirtschaftspolitische Beziehungen
	<i>kulturelle Nähe</i>	Sprachliche, religiöse, literarische und wissenschaftliche Beziehungen zum Ereignisland
	<i>Relevanz</i>	Betroffenheit und existentielle Bedeutung eines Ereignisses
Status	<i>regionale Zentralität</i>	Politisch-ökonomische Bedeutung der Ereignisregion bei nationalen Ereignissen
	<i>nationale Zentralität</i>	Wirtschaftliche, wissenschaftliche und militärische Bedeutung des Ereignislandes bei internationalen Ereignissen
	<i>persönlicher Einfluß</i>	Politische Macht der beteiligten Personen bei politischen Meldungen

⁸⁰ Zur kritischen Auseinandersetzung, vgl. STAAB (1990: 63ff).

	<i>Prominenz</i>	Bekanntheit der Person bei unpolitischen Meldungen
Dynamik	<i>Überraschung</i>	Erwartbarkeit des Zeitpunktes, Verlaufs und Resultats eines Ereignisses
	<i>Struktur</i>	Komplexität der Verlaufsform, Beteiligung und Überschaubarkeit eines Ereignisses
Valenz	<i>Konflikt</i>	Aggressivität politischer Ereignisse
	<i>Kriminalität</i>	Rechtswidrigkeit von Handlungen
	<i>Schaden</i>	Personen-, Sach- und finanzielle Schäden
	<i>Erfolg</i>	Fortschritte auf politischem, wirtschaftlichem oder kulturellem Gebiet, die ein Ereignis bewirkt
Identifikation	<i>Personalisierung</i>	Grad des personellen Bezugs von Ereignissen
	<i>Ethnozentrismus</i>	Bezug eines Ereignisses auf die Bevölkerung des Landes, in dem das jeweilige Medium erscheint

Tabelle 2: Übersicht der Nachrichtenfaktoren (vgl. Staab 1990: 81f., auf der Grundlage von Schulz 1976: 32ff., 130ff.)

Schulz kommt in seiner Analyse des Nachrichtenoutputs unter anderem zu dem Ergebnis, dass nicht alle Faktoren in gleicher Intensität wirken, dass sie innerhalb verschiedener Medien unterschiedlich stark ausgeprägt sind und dass Nachrichtenfaktoren für den Nachrichtenswert von internationalen Nachrichten einen vergleichsweise höheren Erklärungswert haben als für die innerdeutsche Nachrichtenberichterstattung (vgl. ebd.: 95, 98).⁸¹

JOACHIM FRIEDRICH STAAB entwickelt in seiner Dissertation ‚Nachrichtenswert-Theorie. Formale Struktur und empirischer Gehalt‘ (1990) auf den bisherigen theoretischen und empirischen Befunde aufbauend zwei unterschiedliche formale Betrachtungsperspektiven der Nachrichtenswerttheorie. Zum einen beschreibt er die bisherigen Versionen als Kausalmodelle der Nachrichtenauswahl, insofern sie „...Nachrichtenfaktoren von Ereignissen bzw. Meldungen als Ursachen, journalistische Selektionsentscheidungen als Wirkungen“ (ebd.: 93) betrachten. Demnach gelten Journalisten als passive Informationsvermittler, die – ähnlich wie in der Gatekeeper-Forschung – ihre Berichterstattung an objektiven, unpolitischen Kriterien orientieren (vgl. ebd.: 94). Zum anderen grenzt er ein Finalmodell ab, das die Nachrichtenauswahl nicht auf allgemeingültigen Kriterien begründet, sondern durch die Erkenntnisse in der New-Bias-Forschung als von spezifischen subjektiven Gegebenheiten beeinflusst sieht. Demzufolge argumentieren Journalisten insbesondere bei gesellschaftlich relevanten und kontroversen Themen einseitig und handeln somit – bewusst oder unbewusst – politisch. Staab begründet dies mit dem Verweis auf die ‚Theorie der Instrumentellen Aktualisierung‘ von HANS MATHIAS KEPPLINGER (vgl. ebd.: 96ff.;

⁸¹ Zur kritischen Auseinandersetzung, vgl. STAAB (1990: 91f.).

KEPLINGER 1998b) und interpretiert die Nachrichtenfaktoren als von JournalistInnen eingesetzte Mittel zur Steuerung von Aufmerksamkeit. In der Gegenüberstellung dieser beiden Ansätze kommt Staab zu dem Ergebnis, dass die Instrumentalisierung von Nachrichtenfaktoren, wie sie das Finalmodell nahe legt, nur möglich ist, wenn Nachrichtenfaktoren tatsächlich als professionelle Selektionskriterien im Sinne des Finalmodells fungieren (vgl. ebd.: 207). Mit der Betonung einer finalen Betrachtung der Nachrichtenwerttheorie ist auch die Kritik Staabs an dem bisher verwendeten Ereignisbegriff verbunden, sowie ein Verweis auf einen nunmehr eingeschränkten Geltungsbereich: Staab sieht in der Nachrichtenwerttheorie keine Begründungstheorie der Nachrichtenselektion, sondern „...ein Modell zur Beschreibung und Analyse von Strukturen der Medienrealität“ (vgl. ebd.: 208).⁸²

Als letzte einschneidende Weiterentwicklung der Nachrichtenwerttheorie kann die Dissertation von CHRISTINE EILDERS ‚Nachrichtenfaktoren und Rezeption‘ (1997) angeführt werden, die einen umfassenden empirischen Beleg für die Erweiterung des Geltungsbereichs der Nachrichtenwerttheorie auf die Nachrichtenrezeption durch ein massenmediales Publikum erbringt.⁸³ So kann die Autorin die Nachrichtenfaktoren kognitionspsychologisch als Relevanzindikatoren unterschiedlicher Relevanzebenen begründen, indem sich diese zum einen als Indikatoren mit gesellschaftlicher Folgewirkung, zum zweiten auf der Basis allgemeiner psychologischer Gesetzmäßigkeiten und zum dritten als evolutionär erklärbare Reaktionsweisen erklären lassen (vgl. EILDERS 1997: 264). Die von Galtung/Ruge aufgestellte verallgemeinernde Vermutung, dass Nachrichtenfaktoren ‚allgemein-menschliche Selektionskriterien‘ seien kann somit – zumindest mit Blick auf die Verarbeitung massenmedialer Inhalte - sowohl für die journalistischen Auswahlprozesse wie auch der der Rezipienten bestätigt werden (vgl. ebd.: 263; vgl. auch EILDERS/WIRTH 1999).

Im folgenden soll der Blick wieder von der Rezeptions- auf die Produktionsseite gelenkt und zusammenfassend hervorgehoben werden, dass die Nachrichtenwerttheorie a) als empirisch bestätigt gilt, wengleich die Anzahl, Systematisierung und Operationalisierung der einzelnen Faktoren von Studie zu Studie variieren und sie im jeweiligen Kontext auf ihren Geltungsbereich spezifiziert werden muss,⁸⁴ dass sie b) eine wichtige Erklärungsgrundlage vieler massenmedialer Inhaltsanalysen sowohl der nationalen wie auch der internationalen Nachrichtenberichterstattung darstellt und dass sie c) somit als Erklärungsmodell für die unterschiedliche Beachtung einzelner EU-Mitgliedsländer dienen kann. Wie

⁸² Zur kritischen Auseinandersetzung, vgl. NEUBERGER (1996: 253-256) und EILDERS (1997: 41f.).

⁸³ Wobei hier explizit auf die Notwendigkeit der Einbindung des Konzepts der Nachrichtenfaktoren in eine umfassendere Rezeptionstheorie verwiesen wird, da diese keinen vollständigen Anspruch auf Erklärung hat. In diesem Zusammenhang wurde nämlich auch festgestellt „...dass das *politische Wissen* diese generelle Orientierung an Nachrichtenfaktoren *verringert*“ (EILDERS 1997: 266).

⁸⁴ Stellvertretend für viele Beispiele die Übersicht einiger Studien, vgl. EILDERS 1997: 41ff.

diese auf der Nachrichtenwerttheorie basierende Begründung im einzelnen möglich ist, zeigt der anschließende Abschnitt.

2.3 Verwendung von Ländermerkmalen als Nachrichtenfaktoren

Im folgenden wird eine der beiden von Hagen durchgeführten Analysen der Auslandsberichterstattung vorgestellt, weil sie als Vorbild der vorliegenden Untersuchung dient. HAGEN ET AL. (1998) greifen auf der Basis des von SCHULZ (1976) entwickelten Nachrichtenfaktorenkatalogs diejenigen Nachrichtenfaktoren heraus, mit denen sich Merkmale von Ländern in der internationalen Nachrichtenberichterstattung beschreiben lassen.⁸⁵ Im Unterschied zu den übrigen Nachrichtenfaktoren, die eher Kennzeichen kurzfristiger Ereignisse darstellen, gelten ‚Status‘ und ‚Nähe‘, auch wenn sie langfristig Prozessen sozialen Wandels unterliegen, als relativ dauerhafte Merkmale von Ländern.⁸⁶ Die weitere Ausdifferenzierung und Operationalisierung dieser Ländermerkmale ergibt sich bei Hagen et al. aus einer Kombination nachrichtenwerttheoretisch abgeleiteter Ebenen sowie einer faktoranalytischen Bündelung von Ländermerkmalen zu weiteren Ebenen von ‚Status‘ und ‚Nähe‘.⁸⁷

Von den verschiedenen Nachrichtenfaktoren der *Faktordimension Status* - verwendet man die Begrifflichkeiten von Schulz – wird vor dem Hintergrund der Auslandsberichterstattung der Nachrichtenfaktor ‚nationale Zentralität‘, der sich aus der ‚wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und militärischen Bedeutung des Ereignislandes‘ zusammensetzt, herausgegriffen (vgl. Tabelle 2). Diese Aspekte fasst Hagen als ‚Machtstatus‘ des jeweiligen Landes zusammen und unterscheidet diesen vom ‚sozioökonomischen Status‘, dessen untersuchte Indikatoren in der Faktorenanalyse nur geringfügig mit den oben genannten korrelieren. Die *Faktorendimension Nähe* unterteilt Schulz in die Nachrichtenfaktoren ‚räumliche Nähe‘ (= geographische Entfernung zwischen Ereignisort und Redaktionssitz), ‚politische Nähe‘ (= bündnis- und wirtschaftspolitische Beziehungen), ‚kulturelle Nähe‘ (= sprachliche, religiöse, literarische und wissenschaftliche Beziehungen zum Ereignisland) und ‚Relevanz‘ (= Betroffenheit und existentielle Bedeutung). Darüber hinaus wird unter

⁸⁵ Interessant ist in bezug auf diese Studien, dass nach dem gleichen Prinzip, wenngleich in statistisch einfacherer Form bereits Bröker den Zusammenhang von durch CUI erhobenen Länderfrequenzen und externen Variablen der einzelnen Staaten herstellt, die er unter Verweis auf Noelle-Neumann als ‚demographische Merkmale dieser Staaten‘ bezeichnet und gleichzeitig als Indikatoren der Nachrichtenfaktoren Status und Nähe ableitet (vgl. BRÖKER 1981: 119).

⁸⁶ Hagen unter Verweis auf *Westerstahl/Johansson (1994): Foreign News: News values and ideologies. In: European Journal of Communication, 9. Jg., S.71-89.*: „Auch die bislang wohl umfassendste empirische Überprüfung der Nachrichtenwerttheorie an internationalen Nachrichtenflüssen nennt keine weiteren länderspezifischen Faktoren“ (HAGEN 1998: 148).

⁸⁷ Hagen führte eine Faktorenanalyse mit über 80 Ländermerkmalen im Hinblick auf eine möglichst eindeutige Interpretierbarkeit und einfache empirische Anwendbarkeit durch (vgl. HAGEN 1998: 149).

Bezugnahme auf STAAB (1990) der Aspekt der ‚wirtschaftlichen Nähe‘ ergänzt. Diesen Nachrichtenfaktoren liegen, so die Argumentation von Hagen, implizit zwei Konzepte zugrunde: einmal eine Aussage über die Intensität sozialer Beziehungen zwischen den betrachteten Ländern sowie über ihre jeweiligen Ähnlichkeiten untereinander. Eine weitere, davon unabhängige dritte Dimension ist die geographische Nähe zwischen dem Land des berichtertenden Mediums und dem Ereignisland.

Welche Indikatoren Hagen den verschiedenen Ebenen der Nachrichtenfaktoren zuordnet, ist in folgender Übersicht wiedergegeben:

Ebenen von Status (als nationale Zentralität)	Indikatoren für Status
<i>a) Machtstatus</i> <ul style="list-style-type: none"> • wirtschaftlich • wissenschaftlich • militärisch 	<ul style="list-style-type: none"> • Bruttoinlandsprodukt, absolut • Anzahl wissenschaftlicher Publikationen/Jahr • Verteidigungsetat eines Landes
<i>b) sozioökonomischer Status</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Bruttoinlandsprodukt, pro Kopf • Lebenserwartung bei Geburt • Geburtenrate • Index der Meinungsfreiheit
Ebenen von Nähe	Indikatoren für Nähe
<i>a) geographische Nähe</i>	<ul style="list-style-type: none"> • inverse Distanz zwischen zwei Hauptstädten
<i>b) Beziehungsintensitäten</i> <ul style="list-style-type: none"> • wirtschaftlich • kulturell • politisch 	<ul style="list-style-type: none"> • Handelsvolumen als Anteil des Volumen eines Landes am Gesamtvolumen des anderen • (Handelsvolumina mit Medien) • (Botschaftspersonal, gemeinsame Mitgliedschaft in supranationalen Organisationen)
<i>c) Ähnlichkeiten</i> <ul style="list-style-type: none"> • Ähnlichkeiten im Machtstatus • Ähnlichkeiten im sozioökonomischen Status • Ähnlichkeiten der Sprache 	<ul style="list-style-type: none"> • Verwendung derselben Variablen, aber als absolute Differenz zwischen den Ländern (Ausschluss: BIP pro Kopf) neu berechnet • Amtssprache

Tabelle 3: Operationalisierung von Status und Nähe (vgl. HAGEN ET AL. 1998: 62-67.)

Hagen et al. bemerken im Anschluss an ihre Operationalisierung, dass alle Merkmale, die hier als Nachrichtenfaktoren interpretiert werden, sich aus der Position eines Landes in der Struktur internationaler Beziehungen ergeben, wobei ‚Status‘ eine absolute und ‚Nähe‘ eine relative Koordinate darstellt. Nicht berücksichtigt werden hier die infrastrukturellen Bedingungen des internationalen Nachrichten- bzw. Mediensystems (vgl. ebd.: 67).

Um die beiden Nachrichtenfaktoren in Anknüpfung an die unterschiedliche Wahrnehmung der EU-Mitgliedsstaaten in der deutschen Tagesberichterstattung deutlicher hervorarbeiten und auch den möglichen Einflussfaktor Europäische Union mit zu berücksichtigen, wird der Indikatorenkatalog modifiziert. Dies geschieht durch zwei wesentliche

Veränderungen: ‚Status‘ und ‚Nähe‘ werden zum einen jeweils auch auf der EU-Ebene und zum anderen vor dem Hintergrund der Integrationsdebatte operationalisiert.

„Der Erfolg der Integration hängt vielmehr davon ab, ob die politischen Gegebenheiten in den zwölf Staaten das Mindestmaß an politischer, ökonomischer und kultureller Homogenität aufweisen, das eine erfolgreiche politische Zusammenarbeit ermöglicht oder diese noch in die Wege leitet“ (GABRIEL 1994: 11),

so die Prämisse für den von GABRIEL/BRETTSCHEIDER (1994) zusammengestellten Vergleich gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Daten der EU-Staaten. Das heißt für die Regression, dass aus einer Reihe von Indikatoren, die Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Deutschland und den Ereignisländern kennzeichnen, ein Index gebildet wird (vgl. genauer Abschnitt III.4.2).

3. Zusammenfassung und Hypothesenbildung

Aus den vielen genannten Inhaltsanalysen zur Beschreibung der internationalen Auslandsberichterstattung, die a posteriori die unterschiedliche Berücksichtigung von Ländern aufgrund bestimmter Gemeinsamkeiten zu erklären versuchen, geht hervor, dass offensichtlich aus Sicht des berichterstattenden Landes der Status des Ereignislandes, seine (Welt-)Regionzugehörigkeit sowie seine wirtschaftlichen Handelsbeziehungen zum Berichterstattungsland eine bedeutende Rolle spielen. Solche Gemeinsamkeiten von Ländern können als längerfristige Merkmale im Unterschied zu kurzfristigen Merkmalen wie Negativismus bestimmter Ereignisse innerhalb der Länder aufgefasst werden. In der Nachrichtenwerttheorie finden diese Merkmale einen allgemeinen Erklärungsrahmen für die Medienberichterstattung. Als journalistische Selektionskriterien begründen bestimmte, den Ereignissen zugeschriebene Merkmale die Überwindung der Aufmerksamkeitsschwelle und somit die Entstehung der Nachricht als Eingang des Ereignisses in die Medienberichterstattung. Nach dem Vorbild der Studie von Hagen et al. (1998) sollen nun auch in der vorliegenden Analyse a priori bestimmte Hypothesen über die Ursachen der unterschiedlichen Wahrnehmung der EU-Mitgliedstaaten abgeleitet werden. Es stellt sich also die Frage, inwieweit die Nachrichtenfaktoren ‚Status‘ und ‚Nähe‘ als Merkmale der EU-Mitgliedsländer in verschiedene Dimensionen operationalisiert werden und als Erklärung für die stark variierenden Unterschiede dienen können. Berücksichtigt werden muss, dass es sich unter den anfangs beschriebenen Bedingungen der rechtlichen und wirtschaftlichen Europäisierung um einen politisch homogenisierten Raum handelt. Im Zusammenhang einer (zunehmenden) europaspezifischen Berichterstattung könnte man demnach von einer nahezu gleichverteilten Aufmerksamkeit für alle Mitgliedsländer ausgehen, unterstellt man durch ihre politische Vereinigung die gleiche Beteiligung und Betroffenheit der Länder als Akteure im EU-politischen

Entscheidungsprozess. Dass dem nicht so ist, zeigen neben der diffusen Alltagserfahrung in der Medienrezeption und den möglicherweise sehr unterschiedlichen Wissensgrade über die einzelnen EU-Staaten die Ergebnisse der durchgeführten Inhaltsanalyse. Im Zuge der Europäisierung der deutschen Öffentlichkeit, operationalisiert als gleichmäßig zunehmende Berücksichtigung der EU-Länder in der deutschen Presse, stellt sich die Frage, welche spezifische Merkmale den EU-Ländern gemeinsam ist, denen die JournalistInnen in EU-Berichten mehr Aufmerksamkeit schenken als anderen. Auf der Basis der Nachrichtenwerttheorie werden zur Beantwortung dieser Frage folgende Hypothesen aufgestellt:

Hypothese 1: Je höher der Status eines Landes, desto größer ist die Aufmerksamkeit für dieses Land in der EU-Berichterstattung der deutschen Tagespresse.

Hypothese 2: Je größer die Nähe eines Landes zu Deutschland, desto größer ist die Aufmerksamkeit für dieses Land in der EU-Berichterstattung der deutschen Tagespresse.

4. Regressionsanalyse

4.1 Methodendiskussion

Zur Untersuchung der beiden Hypothesen soll ein multivariates Datenanalyseverfahren in Form einer multiplen Regressionsanalyse⁸⁸ durchgeführt werden. Grundsätzlich wird diese Methode als strukturprüfendes Verfahren zum Erreichen zweier Ziele angewendet. Zum einen – was sie für die vorliegende Untersuchung von Bedeutung werden lässt – dient sie der Erkennung und Erklärung von Zusammenhängen. Zum anderen ist es möglich, auf der Basis der erstellten Regressionsfunktion Prognosen über die Auswirkung auf die abhängige Variable zu erstellen, wenn sich die unabhängige/n Variable/n verändern. Ein Spezialfall solcher Prognosen sind Zeitreihenanalysen, die die Veränderung der abhängigen Variablen für einen bestimmten Zeitverlauf schätzen.

Als Ursachenanalyse kann durch die Regression gezeigt werden, wie stark der Einfluss einer oder mehrerer *unabhängiger Variablen* auf die *abhängige Variable* ist. Dabei wird im Vorfeld theoriegeleitet eine Vermutung über den Ursache-Wirkungs-Zusammenhang zwischen den Variablen aufgestellt, wie Backhaus formuliert: „Die Einteilung der zu untersuchenden Variablen in abhängige und unabhängige Variable muss *vorab* aufgrund eines sachlogischen Vor-Urteils festgelegt werden“ (BACKHAUS 2000: 3). Im Unterschied zur

⁸⁸ Im Unterschied zur *einfachen* Regressionsanalyse, in der die Stärke des Zusammenhangs zwischen *einer* unabhängigen Variablen und einer abhängigen Variable beschrieben wird, wird hier der Einfluß *mehrerer* unabhängiger Variablen auf eine abhängige Variable geprüft.

Korrelationsanalyse, deren Maßzahl eine Kenngröße für die Intensität eines Zusammenhangs zwischen zwei Variablen ist, wird in diesem Fall „...eine eindeutige Richtung des Zusammenhanges unter den Variablen unterstellt, die nicht umkehrbar ist“ (ebd.). Dies drückt sich in der Hypothesenformulierung von ‚Je-desto-Beziehungen‘ aus. Mathematisch bedeutet dies, dass zwischen der abhängigen Variablen und der bzw. den unabhängigen Variablen eine lineare Beziehung unterstellt wird: „*Linearität* bedeutet, dass sich Regressand [die abhängige Variable, d.A.] und Regressor(en) [die unabhängige/n Variable/n, d.A.] nur in konstanten Relationen verändern“ (ebd.: 5f.). Da aber lineare Zusammenhänge in Reinform in der Regel kaum vorkommen und die Unterstellung umso problematischer wird, je weiter die Schätzwerte der Regression außerhalb des Spektrums der Beobachtungswerte liegen, ist es wichtig, diesen Zusammenhang im Vorfeld, z.B. durch die Erstellung eines Streudiagramms zu prüfen. Bei der Durchführung der Regressionsanalyse ist schließlich zu beachten, dass alle Variablen auf einem metrischen Skalenniveau vorliegen müssen.

Im ersten Schritt der Regressionsanalyse wird zunächst auf der Basis der zugrunde liegenden Fälle eine Regressionsfunktion geschätzt, das heißt, „...bei einem einfachen linearen Regressionsmodell werden die Werte der abhängigen Variablen jedes einzelnen Falls als Summe einer Konstanten und der mit einem ‚Regressionskoeffizienten‘ gewichteten abhängigen Variablen vorhergesagt“ (SCHNELL/HILL/ESSER 1999: 419). Graphisch kann man sich diese Funktion als Gerade vorstellen, die an einem bestimmten Achsenabschnitt beginnt und mit dem Koeffizienten der erklärenden Variable als Steigungsmaß steigt (oder fällt). Der für die Regressionsgleichung geschätzte *Regressionskoeffizient* ist von Bedeutung, da er bei einer einfachen Regression angibt, „...um wieviel Einheiten der abhängigen Variablen der durch die Regression vorhergesagte Wert der abhängigen Variablen steigt, wenn die entsprechende unabhängige Variable um eine Einheit ansteigt“ (ebd.: 420). Im Falle einer multiplen Regression, die sich nun nicht mehr als Gerade darstellen lässt, gibt der Regressionskoeffizient jeder unabhängigen Variable an, „...um wieviel Einheiten die abhängige Variable ansteigt, wenn die jeweiligen unabhängigen Variablen konstant bleiben“ (ebd.). Da aber die zugrunde liegenden Daten zumeist keinen vollständigen linearen Zusammenhang zwischen abhängiger und unabhängiger Variable aufweisen, ergeben sich Differenzen zwischen den vorhergesagten und den beobachteten Werten der abhängigen Variablen. Diese werden als *Residuen* bezeichnet.

Zur Beurteilung der Güte der Regression, d.h. ihrer Anpassung an die empirischen Daten, ist Beachtung der Residuen von entscheidender Bedeutung. Ziel der linearen Regressionsfunktion ist es, möglichst viele von den beobachteten Abweichungen zu erklären und somit den Anteil unerklärter Residuen gering zu halten. Zur Prüfung der Regressionsfunktion wird daher das Verhältnis der Varianz der Residuen zur Varianz der abhängigen

Variablen ermittelt. Die somit erklärte Varianz einer Regression wird durch das sog. *Bestimmtheitsmaß* oder den *Determinationskoeffizienten* R^2 ausgedrückt. Der Koeffizient R^2 kann als normierte Größe Werte zwischen 0 und 1 annehmen und ist umso größer, je höher der Anteil an der erklärten Varianz ist (vgl. BACKHAUS 2000: 20; SCHNELL/HILL/ESSER 1999: 419f.). Ist der Wert von R^2 groß genug, kann man den Regressionskoeffizienten inhaltlich interpretieren. In diesem Fall macht er nämlich eine Aussage über die Stärke des Einflusses der unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable. Um in einer multiplen Regression die Werte der jeweiligen Regressionskoeffizienten in ihrer Einflussstärke vergleichen zu können, wird ein standardisierter Regressionskoeffizient gebildet, der sog. *Beta-Koeffizient*. Anderenfalls wären ihre absoluten Größen aufgrund unterschiedlicher Messniveaus der unabhängigen Variablen nicht aussagekräftig (vgl. ebd.: 420). Darüber hinaus gilt für die Erweiterung der einfachen Regression um zusätzliche erklärende Variablen, dass sich das R^2 niemals verschlechtern kann, selbst wenn diese Variablen überhaupt keinen Erklärungswert besitzen. Zur Vermeidung eines hohen R^2 s, das sich nur durch die Aufnahme vieler erklärender Variablen ergibt, wird für die multiple Regression ein *korrigiertes R^2* berechnet, das zusätzlich die Anzahl der bei der Schätzung verwendeten erklärenden Variablen berücksichtigt: „Das korrigierte Bestimmtheitsmaß kann daher im Gegensatz zum einfachen Bestimmtheitsmaß durch die Aufnahme weiterer Regressoren auch abnehmen“ (BACKHAUS 2000: 20; vgl. auch BROSIUS 1998: 546ff.).

In der nun durchzuführenden Regressionsanalyse dient die Häufigkeit der Nennungen der EU-Mitgliedsstaaten in der deutschen Tagesberichterstattung als abhängige Variable. Als unabhängige Variablen werden Indikatoren für die aus der Nachrichtenwerttheorie hergeleiteten Dimensionen von ‚Status‘ und ‚Nähe‘ gesucht. In welchem Umfang die so ermittelten Dimensionen tatsächlich auch Nachrichtenfaktoren sind, die die Aufmerksamkeit von JournalistInnen erregen und so die Medienberichterstattung prägen, zeigt die multiple Regressionsanalyse. Die Auswertung der Regressionsanalyse sowie der vorbereitenden Variablenreduzierungen erfolgt durch das *Statistikprogramm SPSS* (Statistical Product for the Social Sciences bzw. heute **S**tatistical **P**roduct and **S**ervice **S**olutions).

4.2 Operationalisierung und Festlegung der Indikatoren

Im Anschluss an die Beschreibung des methodischen Ablaufs der Regressionsanalyse wird die Operationalisierung der abhängigen Variable und der unabhängigen Variablen vorgenommen. Die durch die Inhaltsanalyse festgestellte durchschnittliche Häufigkeit der Nennung eines EU-Mitgliedslandes kann als abhängige Variable aufgefasst werden. Aus der Zeitung mit dem höchsten Europäisierungsniveau, der FAZ, wurde die relative Häufigkeit

der Erwähnung *eines* Landes in einem EU-Bericht gewählt, da hier die Unterschiede größer und deutlicher waren als unter der Perspektive mehrerer Länder (vgl. Grafik 4 und 5). Aus diesen Daten wurde das arithmetische Mittel der Prozentwerte für den betrachteten Zeitraum 1995 bis 2000 errechnet, um mögliche ereignisbezogene Höhen und Tiefen sowie die Schwankungen im Umfang des Nachrichtenteils zu relativieren. Im Sinne der Nachrichtentheorie entspricht diese durchschnittliche prozentuale Maßzahl dem Nachrichtenwert eines Landes.

Die Nachrichtenfaktoren ‚Status‘ und ‚Nähe‘ werden im folgenden als theoretische Konstrukte aufgefasst, die in verschiedene Dimensionen aufgelöst, als unabhängige Variablen operationalisiert werden. Als Indikatoren dienen eine Reihe von länderspezifischen Merkmalen (Strukturdaten, Einstellungsdaten etc.), die zum Teil einzeln oder in verdichteter Form als Länderdistanzmaß zwischen Deutschland als berichterstattendem Land und dem jeweiligen Ereignisland in die Regression eingehen. Die zur Operationalisierung herangezogenen Daten entstammen vorwiegend statistischen Jahrbüchern: Fischer Weltalmanach (2000), Spiegel Weltalmanach (2001), Statistisches Jahrbuch für Deutschland und das Ausland (2001).

Das Konstrukt *Status* wird wie bei Hagen im Sinne der ‚Nationalen Zentralität‘ eines Landes verstanden, nun aber hinsichtlich zweier verschiedener Stellungen untersucht, nämlich einerseits auf die *Zentralität im internationalen Beziehungsgeflecht* an sich und andererseits auf seine *Zentralität innerhalb der EU*.⁸⁹ Für die internationale Stellung werden die beiden Dimensionen ‚Machtstatus‘ und ‚sozioökonomischer Status‘ übernommen. Da Hagen bereits hohe Korrelationen zwischen den verschiedenen Indikatoren für wirtschaftliche, wissenschaftliche und militärische Macht feststellte, wird im folgenden die Verwendung des Indikators *Bruttoinlandsprodukt (BIP), absolut* als Wachstumsindikator für die volkswirtschaftliche Gesamtleistung eines Staates, als ausreichend angesehen. Aus gleichem Grund wird ausschließlich das *Bruttoinlandsprodukt (BIP), pro Kopf* verwendet, das als Wohlstandsindikator den sozioökonomischen Status eines Landes angibt (vgl. HAGEN ET AL. 1998: 63f.). Der Machtstatus, hier als politischer und wirtschaftlicher Machtstatus eines Landes innerhalb der Europäischen Union operationalisiert, kann durch die Indikatoren *Zahl der Sitze im Europaparlament, Gründungsmitglied* sowie *Beitragszahlungen an die EU* gemessen werden.

⁸⁹ Es ist schon zu vermuten, dass sich der Status innerhalb der EU nicht wesentlich bzw. gar nicht von dem allgemeinen Status unterscheiden wird. Da aber diese zweite Ebene im Sinne der theoretischen Überlegungen auch für den Nachrichtenfaktor Nähe untersucht werden soll, werden die EU-Indikatoren im Vorfeld auf mögliche Korrelationen überprüft.

Das Konstrukt *Nähe*, dem laut Hagen neben der geographischen Nähe zwei Konzepte zugrundeliegen, 1. die Intensität sozialer Beziehungen und 2. Ähnlichkeiten zwischen Ereignis- und Berichterstattungsland, wird in der vorliegenden Untersuchung anders operationalisiert. Im Unterschied zur Studie von Hagen wird hier neben der geographischen Nähe, die zum einen als Entfernung zwischen Brüssel als dem politischen Entscheidungszentrum der EU und zum anderen als Entfernung zwischen Berlin als der Hauptstadt des berichterstattenden Landes zu der jeweiligen Hauptstadt des Ereignislandes operationalisiert wird (*Distanz in km*), der Schwerpunkt auf Länderähnlichkeiten gesetzt. Das begründet sich darin, dass die politische Beziehungsintensität der betrachteten Länder in Form der EU-Mitgliedschaft als konstant gesetzt und die Ähnlichkeit zwischen den Ländern auf dem Hintergrund der Münch'schen Homogenisierungsthese zur Vertiefung der Integration betrachtet wird (vgl. Abschnitt I.3). Geht man davon aus, dass Angleichungsprozesse zwischen den Nationen zur Vergemeinschaftung und Ausbildung einer Europäischen Identität beitragen, kann man diese Annahme auf die These übertragen, dass ein Land desto häufiger wahrgenommen wird, je ähnlicher es dem berichterstattenden Land ist. In Anlehnung an den Vergleich der EU-Staaten von GABRIEL/BRETTSCHIEDER (1994) werden die Länder daher im Hinblick auf ihre Sozialstruktur, ihre Mediennutzung, ihre kulturelle Tradition und schließlich auf Ähnlichkeiten hinsichtlich der politischen Einstellungen zur EU verglichen. Nähe im Sinne der Ähnlichkeit der Sozialstruktur einer Gesellschaft wird durch folgende Indikatoren operationalisiert: Vergleich von Bevölkerungsdaten (*Geburtenrate; Lebenserwartung*), von Familienstruktur (*Eheschließungs- und -scheidungsrate*), von Bildung (*Analphabetenrate*), von Arbeit und Erwerbstätigkeit (*Erwerbsquote*) und schließlich hinsichtlich der Ausprägung von Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaatlichkeit (*Anteil der Steuereinnahmen; Ausgaben für Gesundheit und Bildung*) (zur Systematisierung vgl. HRADIL 1994). Die Ebene der Mediennutzung bzw. ihrer Verbreitung innerhalb eines Staates wird durch folgende Indikatoren gemessen: die *Zahl der Fernseh- und Internetanschlüsse*, die *Zahl der Mobiltelefone* und die *Zahl der Tageszeitungen*. Eine dritte Facette zur Beschreibung eines Landes wird durch die religiöse Tradition erfasst. Dabei werden die jeweiligen Länder nach der dort dominanten Religionszugehörigkeit eingeordnet.⁹⁰

Um Aussagen über die Ähnlichkeiten zwischen Deutschland und den anderen Mitgliedsländern treffen zu können, wurden die Indikatoren durch Berechnung der *Euklidischen Distanz* zu einer neuen Variable zusammengefasst. Hierbei wurden die Daten der

⁹⁰ In diesem Zusammenhang ergibt sich das Problem der Zuordnung von Griechenland, das sich durch die griechisch-orthodoxe Tradition von allen anderen nach protestantischer oder katholischer Tradition zuzuordnenden Länder unterscheidet. Um dennoch ein Distanzindex zu Deutschland berechnen zu können, wurde die Variable binominal codiert (1 = ‚gleiche Tradition wie Deutschland‘ bzw. 0 = ‚andere Tradition als Deutschland‘).

unterschiedlichen Variablen standardisiert⁹¹, damit nicht automatisch die Variable mit dem höchsten Messniveau für den Distanzwert ausschlaggebend ist, die Euklidische Distanz berechnet und in einer Unähnlichkeitsmatrix für jedes Länderpaar mit einem Distanzwert ausgewiesen. Die in Bezug zu Deutschland stehenden *Unähnlichkeits*-Werte wurden als neue unabhängige Variable für die Ähnlichkeit zwischen dem Berichterstattungs- und dem Ereignisland aufgenommen. In diesem Fall kann man die Werte wie folgt interpretieren: Je geringer der Wert, desto *ähnlicher* ist ein Land im Vergleich zu Deutschland (vgl. BROSIUS 1998: 671ff.). Das gleiche Distanzmaß wurde auch im Hinblick auf EU-relevanten Merkmale der Länder errechnet (*Befürwortung der EU-Mitgliedschaft; Wahlbeteiligung an EP-Wahlen*). Die von Hagen et al. untersuchte Ähnlichkeit der Amtssprache zwischen Ländern wurde dagegen übergangen, da das, was auf globaler Ebene durch ehemalige Kolonialabhängigkeiten viel aussagekräftiger ist, innerhalb der sprachheterogenen EU keine Rolle spielt.

Der Stichprobenumfang der Regressionsrechnung beträgt 13 Fälle, da Luxemburg durch die in der Inhaltsanalyse festgestellten Verzerrungen nicht überprüft wird. Deutschland wird als 14. Fall im Vorfeld nur insoweit berücksichtigt, als in Bezug auf Deutschland das Unterschiedsmaß gebildet wird. Welche Indikatoren den verschiedenen Dimensionen der Nachrichtenfaktoren zugeordnet wurden, zeigt folgende Übersicht:

Dimensionen von Status	Indikatoren für Status
Status, international	
a) <i>Machtstatus</i>	
• wirtschaftlich	• Bruttoinlandsprodukt, absolut
b) <i>sozioökonomischer Status</i>	
	• Bruttoinlandsprodukt, pro Kopf
Status innerhalb der Europäischen Union	
a) politischer Status	• Zahl der Sitze im EP • Gründungsmitglied
b) wirtschaftlicher Status	Beitragszahlungen an die EU
Dimensionen von Nähe	Indikatoren für Nähe
Nähe des Ereignislandes zu Deutschland	
a) <i>geographische Nähe</i>	• Distanz zwischen Berlin und der Hauptstadt des Ereignislandes

⁹¹ Dazu wurde in SPSS unter *Maße* und *Standardisierung* die Umwandlung der Original- in sog. *Z-Werte* angegeben. In die Berechnung geht außerdem die eigentlich nominalskalierte Variable ‚religiöse Tradition‘ ein. Da diese aber trotz Griechenland binominal codiert ist, konnte sie hier als Dummy-Variable verwendet werden (vgl. Fußnote 90).

<p>b) Ähnlichkeiten</p> <ul style="list-style-type: none"> • des Machtstatus • des sozioökonomischen Status • der <ul style="list-style-type: none"> - Sozialstruktur - Mediennutzung - religiöser Tradition 	<ul style="list-style-type: none"> • Verwendung derselben Variablen, aber als absolute Differenz zwischen den Ländern • <u>Distanzmaß</u> aus: Geburtenrate; Lebenserwartung; Eheschließungen und -scheidungen; Analfabetenrate; Erwerbsquote; Bildung- und Gesundheitsausgaben; Steuereinnahmen; Internet-, Fernseh- und Handynutzung; Tageszeitungen; religiöser Tradition
Nähe des Ereignislandes innerhalb der EU zu Deutschland	
a) geographische Nähe	<ul style="list-style-type: none"> • Distanz zwischen Brüssel und der Hauptstadt des Ereignislandes
b) Ähnlichkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Wahlbeteiligung • EU-Befürwortung

Tabelle 4: Übersicht über die theoretisch abgeleiteten Indikatoren

4.3 Ergebnisse der Regressionsanalyse

Der Regressionsanalyse wird die Überprüfung zweier Prämissen vorangestellt: die oben erwähnte Linearitätsprämisse zwischen der abhängigen und den unabhängigen Variablen und die der Nichtlinearität der unabhängigen Variablen untereinander. Letztgenannte Prämisse ist deshalb entscheidend, da wechselseitig korrelierende, unabhängige Variablen – ein Fall von sog. *Multikollinearität* – sich gegenseitig den Erklärungswert im Einfluss auf die abhängige Variable entziehen. Die geschätzte Regressionsfunktion würde somit an Aussagekraft hinsichtlich des Einflusses der einzelnen Variablen verlieren (vgl. BACKHAUS 2000: 41f.; BORTZ 1999: 438).

Die Linearitätsprämisse wurde für alle unabhängigen Variablen anhand von Streudiagrammen überprüft, bei denen sich durchweg mehr oder weniger deutliche lineare Zusammenhänge zeigten, und kann somit als erfüllt gelten. Die Überprüfung der Korrelationen unter den unabhängigen Variablen wurde anhand der Errechnung des *Pearson'schen Korrelationskoeffizienten* durchgeführt (vgl. BROSIUS 1998: 501ff.).⁹² Dabei wurde sichtbar, dass entsprechend der Untersuchung von Hagen kein Zusammenhang zwischen *BIP absolut* und *BIP pro Kopf* besteht, sodass beide Variablen als Indikatoren der jeweiligen Dimension von Status in der Regression berücksichtigt werden konnten. Dagegen ergaben sich wie vermutet hohe Korrelationen zwischen dem *absoluten BIP* eines Landes mit der *Zahl seiner Sitze im EP* (0,975**) ⁹³ und den *Beitragszahlungen an die EU* (0,963**). Ferner konnte

⁹² Die Voraussetzung zur Berechnung des Pearson'schen Korrelationskoeffizienten ist, dass alle Variablen intervallskaliert vorliegen. Die binominal codierte Variable ‚EU-Gründungsstaat‘ (0 = ‚nein‘; 1 = ‚ja‘) wurde hier dennoch als Dummy-Variablen verwendet und in die Korrelationsmatrix einbezogen.

⁹³ (**) bedeutet, dass die Korrelation auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig) signifikant ist.

eine mittelstarke Korrelation zwischen dem *absoluten BIP* und der Tatsache, dass ein Staat zu den *Gründungsmitgliedern der EU* (damals EGKS) ($0,568^*$)⁹⁴ gehörte, festgestellt werden. Daraus kann man schließen, dass sich die Gründungsstaaten wirtschaftlich relativ ähnlich waren. Für die Operationalisierung des Konstrukts ‚Status‘ bedeutet dies insgesamt, dass die Unterscheidung zwischen ‚internationalem Status‘ und ‚Status innerhalb der EU‘ hinfällig ist. Es ist für die Regressionsrechnung ausreichend, den Status eines Landes anhand seines absoluten und seines pro-Kopf-BIPs zu messen. Eine weitere starke Korrelation ergab sich bezüglich der gemessenen geographischen Nähe zwischen Brüssel bzw. Berlin und den jeweiligen Hauptstädten der Ereignisländer ($0,716^{**}$), sodass als Indikator für geographische Nähe nur die Entfernung zwischen Berlin und der jeweiligen Hauptstadt in die Regression eingeht.

Der Ausschluss der genannten Variablen ist im Sinne der Theorie vertretbar, da dadurch die Unterscheidung zwischen dem Nachrichtenfaktor ‚Status‘ und dem Nachrichtenfaktor ‚Nähe‘ aufrecht erhalten werden kann. Problematisch sind dagegen die weiteren unerwünschten, aus der Korrelationstabelle hervorgehenden Zusammenhänge unabhängiger Variablen: So korreliert das absolute BIP mit den Länderähnlichkeiten – unabhängig davon, ob der Indikator der Ähnlichkeits-Variante inklusive der wirtschaftlichen Ähnlichkeiten ($-0,810^{**}$) oder allein auf der Grundlage gesellschaftlicher Ähnlichkeiten ($-0,733^{**}$) gewählt wurde. Die beiden Variablen ‚BIP pro Kopf‘ und ‚Distanz Berlin und jeweilige Landeshauptstadt‘ zeigen ebenfalls eine starke Korrelation auf ($-0,902^{**}$). In diesen Fällen besteht das von Backhaus geschilderte

„...Dilemma, entweder die Variable in der Gleichung zu belassen und damit die Folgen der Multikollinearität (unzuverlässiger Schätzwerte) in Kauf zu nehmen, oder die Variable zu entfernen und damit möglicherweise den Zweck der Untersuchung in Frage zu stellen“ (BACKHAUS 2000: 42).

In diesem Sinne werden die Variablen trotz der sich andeutenden starken Multikollinearität in die Regressionsrechnung einbezogen. Somit bleiben zur Berechnung verschiedener Regressionen folgende Indikatoren übrig: im 1. Regressionsmodell Machtstatus (BIP, absolut), sozioökonomischer Status (BIP, pro Kopf), geographische Nähe (Entfernung), gesellschaftliche Ähnlichkeit (Distanzindex inklusive wirtschaftliche Ähnlichkeiten), die EU-bezogene Ähnlichkeit (Distanzindex); im 2. Regressionsmodell Machtstatus (BIP, absolut), sozioökonomischer Status (BIP, pro Kopf), geographische Nähe (Entfernung), gesellschaftliche Ähnlichkeit (Distanzindex), Ähnlichkeit des Machtstatus und sozioökonomische Ähnlichkeit (berechnet), die EU- bezogene Ähnlichkeit (Distanzindex).⁹⁵

⁹⁴ (*) bedeutet, dass die Korrelation auf dem Niveau von 0,05 (2-seitig) signifikant ist.

⁹⁵ In der ersten Variante werden Ähnlichkeiten im Status mit in den Differenzindex der Länder einbezogen. Das heißt, neben dem Status der Länder, der wie gehabt über Indikatoren des Machtstatus und des sozioökonomischen Status gemessen wird, werden in das Länderdistanzmaß die beiden

Für alle genannten Variablen werden zunächst einfache Regressionsmodelle gebildet, anhand derer schon ein tendenzieller Einfluss der einzelnen unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable ablesbar ist. Im Anschluss daran werden zwei verschiedene multiple Regressionsmodelle in der Art der oben dargestellten Variablenzusammensetzungen erstellt. Die wichtigsten Maßzahlen und Koeffizienten werden in folgender Tabelle zusammengefasst:

EINFACHE REGRESSIONS-RECHNUNGEN	R²	korrig. R²	Nicht stand. Koeff. B⁹⁶	Beta
Machtstatus (BIP, absolut)	0,681	0,652	Konstante: 1,994 9,129E-06	0,825
sozioökonomischer Status (BIP, pro Kopf)	0,006	-0,084	Konstante: 3,621 -1,222E-04	0,078
geographische Nähe zw. Berlin-Landeshauptstadt (Entfernung)	0,037	-0,051	Konstante: 7,758 -1,159E-03	-0,192
gesellschaftliche Ähnlichkeiten (Distanzindex inklusive wirtschaftliche Ähnlichkeiten)	0,519	0,475	Konstante: 27,154 -3,409	-0,720
gesellschaftliche Ähnlichkeiten (Distanzindex)	0,366	0,308	Konstante: 24,872 -3,385	-0,605
Machtstatusähnlichkeiten	0,681	0,652	Konstante: 18,598 -9,129E-06	-0,825
sozioökonomische Ähnlichkeiten	0,006	-0,084	Konstante: 6,330 -1,222E-04	-0,078
EU-bezogene Ähnlichkeit (Distanzindex)	0,015	-0,074	Konstante: 7,544 -,756	-0,123
MULTIPLE REGRESSIONS-RECHNUNGEN	R²	korrig. R²	Nicht stand. Koeff. B	Beta
<u>1. Modell mit den Indikatoren:</u> Machtstatus (BIP, absolut); sozioökonomischer Status (BIP, pro Kopf); geographische Nähe (Entfernung); gesellschaftliche Ähnlichkeiten (<i>Distanzindex inklusive wirtschaftliche Ähnlichkeiten</i>); EU-bezogene Ähnlichkeit (Distanzindex)	0,776	0,617	Konstante: 16,499 Machtstatus (6,479E-06); sozioök. Status (-1,531E-05); geogr. Nähe (6,626E-04); gesell. Ähnlichkeit (-1,927); EU-bez. Ähnlichkeit (-1,069)	Machtstatus (0,586); sozioök. Status (-0,010); geogr. Nähe (0,110); gesell. Ähnlichkeit (-0,407); EU-bez. Ähnlichkeit (-0,174)
<u>2. Modell mit den Indikatoren:</u> Machtstatus (BIP, absolut); sozioökonomischer Status (BIP, pro Kopf); geographische Distanz	0,782	0,626	Konstante: 14,282 Machtstatus (7,723E-06);	Machtstatus (0,698); geogr. Distanz (0,145);

Statusindikatoren, hier aber als Indikatoren wirtschaftlicher Ähnlichkeit der Länder integriert. In der zweiten Variante wird der Länderdifferenzindex so belassen, dass er ausschließlich der Distanzbeschreibung auf kultureller Ebene dient. Daneben wird sowohl ein Distanzmaß auf der Ebene des Machtstatus wie auch des sozioökonomischen Status gebildet, die separat in der Regression eingehen.

⁹⁶ Die Konstante sowie die nicht-standardisierten Regressionskoeffizienten der unabhängigen Variablen geben Achsenabschnitt und Steigungsmaß der Regressionsfunktion an, werden im folgenden – da es nicht um Prognosen der Entwicklung der abhängigen Variablen geht – nicht weiter berücksichtigt.

(Entfernung); gesellschaftliche Ähnlichkeit (Distanzindex); Ähnlichkeit des Machtstatus und sozioökonomische Ähnlichkeit (berechnet), EU-bezogene Ähnlichkeit (Distanzindex).			geogr. Distanz (8,738E-04); gesell. Ähnlichkeit (-1,901); sozioök. Ähnlichkeit (-1,119); EU-bez. Ähnlichkeit (-1,094E-04)	gesell. Ähnlichkeit (-0,340); sozioök. Ähnlichkeit (-0,070); EU-bez. Ähnlichkeit (-0,182); <u>ausgeschlossen:</u> sozioökonomischer Status; Ähnlichkeiten im Machtstatus
---	--	--	--	--

Tabelle 5: Übersicht über die Ergebnisse der Regression.

Anhand der einfachen Regressionen kann man eine erste grobe Vorstellung von der Einflussstärke der jeweiligen unabhängigen Variablen auf die Häufigkeit der Ländernennung erhalten: Der Machtstatus eines Landes weist dabei den vergleichsweise höchsten Erklärungswert auf, da die Variable, überprüft man die Stärke des Einflusses der unabhängigen Variablen auf die Häufigkeit der Nennung jeweils einzeln, diese mit 68,1% den höchsten erklärten Varianzanteil an der Gesamtvarianz aufweist. Auffällig ist ferner, dass im Vergleich der beiden unterschiedlich gebildeten gesellschaftlichen Ähnlichkeitsvariablen diejenige Variable, die auch die Indikatoren Statusähnlichkeit im Sinne wirtschaftlicher Ähnlichkeit integriert, deutlich größeres Erklärungspotential aufzeigt (51,9%) als diejenige ohne diese Merkmale (36,6%). Für die einfachen Regressionsfunktionen sind das korrigierte Bestimmtheitsmaß sowie der standardisierte Beta-Koeffizient nicht von Bedeutung.

Betrachtet man vom absoluten BIP ausgehend die Veränderung des R^2 im Vergleich von einfacher zur multiplen Regressionsanalyse, zeigt sich ein Anstieg, der sich allerdings nur die Aufnahme weiterer erklärender Variablen in die Regressionsformel begründet. Tatsächlich ist der Wert in der Form des korrigierten R^2 gefallen, was einen leichten Rückgang der Erklärungskraft trotz der weiteren erklärenden Variablen bedeutet. Vergleicht man nun das korrigierte Bestimmtheitsmaß der beiden multiplen Regressionsmodelle, weist das zweite Modell mit 62,2% eine geringfügig höhere Güte auf. Schaut man auf die Koeffizienten der erklärenden Variablen, sieht man, dass im zweiten Modell zwei Variablen automatisch ausgeschlossen wurden und dass die Beta-Werte der beiden Variablen ‚Machtstatus‘ (0,698) und ‚gesellschaftliche Ähnlichkeiten‘ (-0,340) eine größere Differenz aufweisen als in der ersten Variante. Da der Regressionskoeffizient der Variable ‚gesellschaftliche Ähnlichkeiten‘ ohne wirtschaftliche Ähnlichkeit geringer ist, wird analog zu den einfachen Regressionen deutlich, wie einflussreich die Statuskomponente als erklärende Kraft ist.

Insgesamt bestätigt sich in diesen Zahlen die Tendenz, dass im Sinne der Nachrichtentwert-Theorie gilt: Je höher der Status eines Landes, und hier besonders der Machtstatus, desto stärker ist seine Berücksichtigung in der deutschen Nachrichtenberichterstattung. Die Nähe, insbesondere die geographische Nähe, aber auch die Nähe im Sinne gesellschaftlicher Ähnlichkeiten zwischen Ereignis- und Berichterstattungsland spielt dagegen eine

untergeordnete Rolle. Zum Abschluss dieser Ergebnisauswertung muss noch einmal auf die eingangs festgestellten Korrelationen dieser beiden erklärenden Variablen verwiesen werden, die die Zuverlässigkeit der Ergebnisse erheblich einschränken.

IV ABSCHÄTZUNG DER KONSEQUENZEN FÜR EINE EUROPÄISCHE ÖFFENTLICHKEIT

Im abschließenden Kapitel werden die Ergebnisse der beiden empirischen Untersuchungen entsprechend der diese Arbeit leitenden Untersuchungsfragen interpretiert. Außerdem soll auf der Basis der im ersten Kapitel dargestellten Zielperspektiven der Europäischen Union, der Ausbildung einer Europäischen Öffentlichkeit und einer Europäischen Identität, eine Einschätzung und Prognose der Entwicklungen gegeben werden. Der erste Abschnitt dient der Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse des zweiten und dritten Kapitels, der zweite Abschnitt der Einschätzung ihrer Aussagekraft. Dazu wird die Angemessenheit der verwendeten Methoden zur Untersuchung der Fragestellungen diskutiert sowie auf die damit verbundenen Probleme verwiesen. Im letzten Abschnitt möchte ich die Ergebnisse unter der Perspektive einer Theorie der Europäischen Öffentlichkeit beleuchten und in einem Ausblick auf weitere Untersuchungsmöglichkeiten hinweisen.

1. Interpretation der Ergebnisse

Zum Zweck der Interpretation werden die wichtigsten Ergebnisse gemäß den eingangs formulierten Untersuchungsfragen zusammengefasst. Zunächst interessiert eine Beschreibung der deutschen Nachrichtenberichterstattung unter der Fragestellung, ob im untersuchten Zeitraum eine *Europäisierung* im Sinne einer zunehmenden Erwähnung des *supranationalen Akteurs EU und seiner Organe* bzw. im Sinne einer zunehmenden Erwähnung der *EU-Mitgliedsstaaten als nationale Akteure* festgestellt werden kann. Die Inhaltsanalyse zeigte eine kontinuierliche Zunahme an Artikeln, in denen die Europäische Union Berücksichtigung gefunden hat. Auch die vier untersuchten Organe der EU wurden, wenn auch auf weit geringem Niveau und sehr schwankend, zunehmend häufiger genannt. Die erwartete Europäisierung als Verschiebung der nationalen auf eine transnationale Perspektive, d.h. als eine zunehmende Wahrnehmung anderer EU-Mitgliedsländer sowie auch deren gemeinsame Nennung in EU-Berichten operationalisiert, ist dagegen nicht eingetreten.

Weitere auffällige Ergebnisse der Inhaltsanalyse sind zum einen die Tatsache, dass innerhalb der EU-Berichterstattung Deutschland am häufigsten erwähnt wurde und demnach immer noch die nationale Perspektive dominiert. Zum zweiten wurde festgestellt, dass sich im Vergleich der Wahrnehmungshäufigkeit zwischen den einzelnen Ländern konstante Unterschiede zeigen. So gibt es eine kleine Gruppe von Ländern, nämlich Frankreich, Großbritannien und Österreich, die im Vergleich zu einer zweiten Gruppe, zu denen Griechenland, Italien und Spanien zählen, in recht hohem Maße Eingang in die Berichterstattung

finden und schließlich eine aus den restlichen Staaten Belgien, Dänemark, Finnland, Irland, Niederlande, Portugal und Schweden bestehende Gruppe, die auf ähnlichem Niveau kaum berücksichtigt werden.

An diese Feststellung schloss sich die zweite Frage nach den *Ursachen der unterschiedlich ausgeprägten Wahrnehmung der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten* in der deutschen Nachrichtenberichterstattung an. Hier wurden zwei Merkmale der jeweils genannten Länder, nämlich ihr Status und die Nähe zu Deutschland, hinsichtlich des Einflusses auf die Häufigkeit der Nennungen verglichen. Aus der Regressionsanalyse ging hervor, dass die Dominanz bestimmter Länder in den EU-Nachrichten zu einem großen Anteil durch ihren Machtstatus, der durch das absolute BIP eines Landes operationalisiert wurde, erklärt werden kann.

Neben den Ergebnissen der beiden Untersuchungsfragen wurde außerdem festgestellt, dass sich die Frankfurter Allgemeine Zeitung entsprechend ihrer konservativen politischen Linie am europaoffensten zeigt. Ferner wurde festgestellt, dass sich in der Süddeutschen Zeitung ebenso wie in der Frankfurter Rundschau zunehmend die Verwendung des Kürzels ‚EU‘ anstelle der vollständigen Bezeichnung ‚Europäische Union‘ etabliert. Als eine vergleichbare Vereinfachung innerhalb der journalistischen Berichterstattung ist auch das Ergebnis zu erwähnen, dass die Häufigkeit der Erwähnung der EU-Organen wesentlich niedriger im Vergleich zu der der Europäischen Union als Ganzer liegt.

Interpretiert man diese Ergebnisse im Blick auf die Ausbildung einer Europäischen Öffentlichkeit, können aus der steigende Zahl der EU-Berichte folgende Tendenzen abgelesen werden: Diese Entwicklung zeigt die kontinuierliche Steigerung der medialen bzw. journalistischen Aufmerksamkeit für europapolitische Themen. Das bedeutet, dass offensichtlich das Bewusstsein für die Relevanz und Betroffenheit von EU-politischen Entscheidungen gestiegen ist und daher die EU-Berichte selbst an Nachrichtenwert gewinnen. Die Output-Analyse lässt zwar diese Aussage eigentlich nur für JournalistInnen zu. Da aber laut Nachrichtenwerttheorie auch die RezipientInnen nach diesen Selektionskriterien Presseartikel auswählen, kann diese Entwicklung auch als ein zunehmendes Interesse der BürgerInnen an diesen Nachrichten gewertet werden. Somit finden Meldungen über diese EU-Themen – unterstellt man JournalistInnen eine Nachfrageorientierung – zunehmend einen Absatz. Dieser Trend wird sich vermutlich auch in den kommenden Jahren fortsetzen.

Im Sinne der repräsentativ-liberalen Vorstellung von Öffentlichkeit kann die Entwicklung als langsame Verbesserung des Öffentlichkeitsdefizits gewertet werden, da unabhängig von institutionellen Reformen die Medien bzw. die JournalistInnen selbst ihre Position in Brüssel als dem politischen Entscheidungszentrum der EU ausgebaut haben. Dennoch handelt es sich entsprechend der verschiedenen demokratietheoretischen

Anforderungsgrade an eine Öffentlichkeit, nur um die Funktion der Publizität und Transparenz. Zur Frage, welche unterschiedlichen Akteure im Sinne der pluralistischen Vorstellung von Öffentlichkeit in der Presse zu Wort kommen, sind detailliertere Analysen notwendig. Versteht man die verschiedenen EU-Mitgliedsländer als die pluralen Akteure der Öffentlichkeit, wird ihr normatives Kriterium der Erzeugung unterschiedlicher Resonanzen nicht erfüllt. Aus dem dominanten Anteil Deutschlands in der EU-Berichterstattung ist zu schließen, dass auch vorwiegend um die Darstellung deutscher Interessen und Positionen zur EU-Politik handelt. Um diskurstheoretische Kriterien an die Berichterstattung anzulegen, ist vermutlich der Berichterstattungsanteil insgesamt noch zu niedrig und wie aus der Beschreibung schon deutlich wurde, eher informativ als diskursiv.

Insgesamt kann man diese Ergebnisse *nur* als Entwicklungstendenz, also als eine zunehmende Europäisierung der deutschen Nachrichtenberichterstattung interpretieren. Davon Aussagen hinsichtlich der Ausbildung einer Europäischen Öffentlichkeit im umfassenderen Sinne abzuleiten, ist mit dem vorliegenden Untersuchungsausschnitt noch nicht möglich.

Wagt man die Interpretation der Ergebnisse im Blick auf die Chancen einer zukünftigen Sozialintegration bzw. der Ausbildung einer Europäischen Identität, ergeben sich zwei Perspektiven: Einerseits sind die Ergebnisse Ausdruck alter (nicht nur) innereuropäischer Zentrums- und Peripherie-Bildungen, die auf wirtschaftlicher Stärke und wirtschaftlichem Austausch beruhen. Diese lassen vermuten, dass sich die Unterschiede innerhalb der Länder der EU nicht so schnell angleichen, durch die Osterweiterung sogar eher noch weiter auseinanderdriften werden. Theoretisch würde dieses Ergebnis grundsätzlich eine pessimistische Prognose für die Berücksichtigung wirtschaftlich schwächerer Länder bedeuten. An den Daten zu Griechenland wird allerdings sichtbar, dass diese Entwicklung nicht zwangsläufig in diese Richtung gehen muss: Denn geht es andererseits um ereignisorientierte bzw. skandalträchtige Berichterstattung, kommt zum Vorschein, dass in der Gemeinschaft diese Länder gerade wegen ihrer wirtschaftlichen Schwäche nicht ignoriert werden können. Ob diese Ursache als Wahrnehmungsgrund in den Medien dann tatsächlich integrationsfördernd bzw. zur Identifikation mit dem entsprechenden Land beiträgt, ist nicht sehr wahrscheinlich.

Vor dem Hintergrund des eingangs genannten Legitimationsproblems ist fraglich ob die festgestellte Entwicklung tatsächlich ausreichend sind, die Europäische Union zu legitimieren. Im Sinne größerer Transparenz und zunehmender Informations*möglichkeit* ist die Entwicklung der politischen Öffentlichkeit in Deutschland positiv einzuschätzen. Aber hinsichtlich des umfassenderen Legitimationsproblems ist dies allenfalls die Verbesserung einer Facette.

2. Methodenkritik

Im folgenden soll erörtert werden, ob die angewendeten Methoden zur Bearbeitung der eingangs gestellten Untersuchungsfragen angemessen waren und inwieweit sie in befriedigender Form zu Ergebnissen geführt haben. Sowohl die computergestützte Inhaltsanalyse also auch die Regressionsanalyse dienten in explorativer Form der Gewinnung eines ersten Eindrucks der Europäisierungsentwicklungen sowie der Begründung der unterschiedlichen Länderwahrnehmung. Für diesen Zweck waren die Methoden adäquate Mittel, wenngleich zu beiden Analysemethoden einige kritische Bemerkungen zu machen sind.

Die computergestützte Inhaltsanalyse zur Untersuchung der *Frage, ob eine Europäisierung der deutschen Tagespresse stattgefunden hat*, war als Längsschnittuntersuchung für die Beschreibung einer längerfristigen Tendenz in der deutschen Berichterstattung geeignet. Die erzielten Ergebnisse basieren aufgrund der verwendeten Methode auf einer Vollerhebung für den untersuchten Zeitraum. Dennoch findet die Freitextrecherche in den CD-ROM-Archiven als Variante der Inhaltsanalyse ihre Grenze in der Einfachheit der anwendbaren Suchstrategien, sodass der Aussagewert eingeschränkt werden muss. Das Ergebnis einer zunehmenden Europäisierung stützt sich auf eine rein quantitative Beschreibung. Insofern können keine weitreichenderen Aussagen zu Umfang, Inhalt und zur Darstellungsart der EU-Berichte gemacht werden. In diesem Zusammenhang kann des weiteren die Operationalisierung von Europäisierung als Verschiebung der nationalen auf eine transnationale Perspektive kritisiert werden. Wie schon angemerkt, wurde demnach zwar die zunehmende Berücksichtigung der anderen EU-Mitgliedsländer – einzeln oder als Gruppe – nicht aber eine *gemeinsame europäische Perspektive* untersucht.

An dieser Stelle wie auch insbesondere hinsichtlich oben genannten Vermutung, dass der *Nachrichtenwert der EU-Berichte* zugenommen hat, wäre eine genauere inhaltliche Analyse von Interesse. Bezüglich der Rolle der nationalen Akteure wäre über deren alleinige Erwähnung hinaus von Bedeutung, in welchen thematischen Zusammenhängen die jeweils häufiger oder weniger häufig genannten Länder auftauchen. An dieser Stelle ergibt sich somit eine Verbindung zu dem zweiten Analyseteil, der Frage nach den Ursachen: Der Kontext der Berichterstattung wurde durch die Eigenart der computergestützten Inhaltsanalyse sowie das deduktive Vorgehen der nachrichtenwertorientierten Analyse der Länder ausgeblendet. Möglicherweise ist die verhältnismäßig starke Wahrnehmung von Großbritannien auch durch andere Ursachen als den wirtschaftlichen Status bedingt. Auch für Österreich ist diese Begründung zweifelhaft. In beiden Fällen sind möglicherweise längerfristige skandalträchtige Themen, wie z.B. die immer wieder diskutierte BSE-Krise oder die

Regierungsbeteiligung der FPÖ unter der Führung Haiders in Österreich, für die umfangreiche Berichterstattung verantwortlich. Das heißt, je dauerhafter Länder mit skandalträchtigen EU-Themen verbunden sind, desto weniger lässt sich ihre Wahrnehmung in den Nachrichten auf die Merkmale des Landes an sich zurückführen.

Die zur Beantwortung der *Frage, wie die ungleichmäßig stattfindende Europäisierung im Sinne der zunehmenden Berücksichtigung der anderen EU-Mitgliedsstaaten in der deutschen Tagesberichterstattung zu erklären ist*, durchgeführte Regressionsanalyse zeigte weniger befriedigende Ergebnisse. Aus der Nachrichtenwerttheorie gingen zwei Ländermerkmale hervor, Status und Nähe, die als theoretische Konstrukte auf verschiedenen Dimensionen operationalisiert wurden. Die im Vorfeld festgestellte Multikollinearität der erklärenden Variablen ‚Machtstatus‘ und ‚gesellschaftliche Ähnlichkeit‘ der Länder sowie ‚sozioökonomischer Status‘ und ‚geographische Nähe‘ lässt sie nicht mehr als alternative Erklärungsvarianten nebeneinander stehen. Stattdessen gehen aus der Sicht Deutschlands Status und Nähe der in der Berichterstattung dominant berücksichtigten Länder miteinander einher.

Eine weitere Ungenauigkeit der Regressionsanalyse ergibt sich aus der Operationalisierung des Länderstatus. Betrachtet man beispielsweise den wirtschaftlichen Machtstatus oder auch den sozioökonomischen Status eines Landes, kann dieser zwei Ausprägungen haben: Im Sinne der formulierten Hypothese führt ein hoher Status als Nachrichtenfaktor zu einer starken Wahrnehmung, z.B. der Länder Frankreich und Großbritannien. Denkbar ist aber auch der umgekehrte Fall, in dem ein niedriger Status innerhalb der Europäischen Union ein Nachrichtenfaktor sein kann, z.B. Griechenland. In dieser Variante überschneidet sich ein geringer Status mit einem weiteren für die Ländern nicht operationalisierten Nachrichtenfaktor, nämlich ‚Negativismus‘.

Damit verbunden ist außerdem ein Problem, auf das Hagen im Fazit seiner Studie aufmerksam macht. Es ergibt sich aus der Zuweisung von abhängiger und unabhängigen Variablen. Bisher wurde die Auslandsberichterstattung immer als abhängige Variable von strukturellen Faktoren der Beziehungen zwischen Ländern gesehen. Als alternative Untersuchungs- bzw. Erklärungsmöglichkeit verweist er darauf, dass auch die Umkehrung der Beziehung denkbar ist: „Langfristig gesehen ist es plausibel, dass der Austausch von Nachrichten zwischen Ländern deren unterschiedliche Beziehungen intensiviert, ihre Ähnlichkeit erhöht“ (HAGEN 1998: 155). Auf globaler Ebene ist dieses Argument von geringerer Bedeutung, da in der Regel keine Notwendigkeit intensiver kommunikativer Beziehungen besteht, wenn im Vorfeld keine politischen oder wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den jeweiligen Ländern bestehen. Aber auf der Ebene der Europäischen Union ist dies ein zu bedenkendes Argument, da aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Gemeinschaft und damit

(mehr oder weniger starken) gegenseitigen Abhängigkeit, politische Vorgänge und Ereignisse innerhalb eines Landes – positiv wie negativ – nicht mehr ignoriert werden können.

Eine weitere Ebene der Kritik schließt sich weniger an die Regressionsanalyse als Methode, sondern vielmehr an das Verhältnis von Fragestellung und theoretischer Erklärung an. Die Verwendung der Nachrichtenwerttheorie als ein theoretisches Erklärungsmodell scheint hier problematisch, da es eigentlich unsinnig ist, zur Erklärung der unterschiedlichen Wahrnehmung der EU-Mitgliedsländer im Ressort ‚Politik‘ nach anderen Ursachen als dem Machtstatus zu suchen. Die Wahrnehmungslogik der Politik bzw. das Interesse der politischen Nachrichtenberichterstattung ist genau auf diese Faktoren ausgerichtet: „Dies ist insofern plausibel, als mit dem Machtstatus die Fähigkeit eines Landes, auf ein beliebiges anderes Land einzuwirken *ceteris paribus* ebenso steigt wie die Wahrscheinlichkeit und Effektivität, mit der dies geschieht“ (HAGEN ET AL. 1998: 78). Wenn die Europäisierung der Presse vor dem Hintergrund der Sozialintegration und der Ausbildung einer Europäischen Identität untersucht werden soll, wäre es sinnvoll, die Analyse auf andere mediale Ressorts zu erweitern. Ferner müsste ein anderes, weniger restriktives Erklärungsmodell gefunden werden.

3. Forschungsausblick

Betrachtet man die Ergebnisse noch einmal vor dem Hintergrund der beiden Modelle repräsentativ-liberaler und diskursiver Öffentlichkeit sowie ihrer jeweiligen Anforderungen, gilt für die Entwicklung einer Europäischen Öffentlichkeit, dass sie sich nicht automatisch in die eine oder in die andere Richtung entwickeln muss. Beide Ansätze verfolgen unterschiedliche normative Zielsetzungen, die sich nicht zwangsläufig ausschließen, sondern auch komplementär denkbar sind. Perspektivisch scheint die Entwicklung vom Ausgangspunkt eines Öffentlichkeits*defizits* hin zu einer Öffentlichkeit mit zunehmend anspruchsvolleren Funktionen möglich. So liegt deren minimale Funktion zunächst in der Publizität politischer Kommunikation, d.h. im Sinne des Transparentmachens und der Kontrolle politischer Handlungsabläufe und Entscheidungsvorgänge. Dieser Funktion könnte man gegenwärtig den von Meyer beschriebenen investigativen Journalismus zuordnen, der sich im Zuge des Korruptions-skandals um die Europäische Kommission herausgebildet hat. Des weiteren kann Europäische Öffentlichkeit eine verstärkte Responsivität entwickeln, sich also zunehmend für die Ausbildung und Artikulation unterschiedlicher Interessen und Meinungen öffnen. Zu dieser Funktion könnte man die öffentliche Artikulation aller organisations- und resonanzfähigen Themen nationaler ebenso wie transnationaler Organisationen, Interessengruppen, Lobbyisten und auch gesellschaftlicher Nichtregierungsorganisationen zählen. Dass dieses Stadium noch nicht erreicht ist bzw. sich eher noch in den Anfängen befindet, zeigte die

erwähnte Studie von RUCHT (2000) und sein Hinweis auf die institutionellen Zugangsschwierigkeiten der pluralen Interessen zum politischen Mehrebenensystem. Als anspruchsvollste Form wurde die Ausbildung einer diskursiven Europäischen Öffentlichkeit betrachtet, die selbst auf nationaler Ebene nach wie vor eine wünschenswerte, aber nicht realisierte Zielvorstellung bleibt. So ist der ‚vernünftige‘ und gleichberechtigte Austausch von Argumenten politischer Akteure sowie verschiedener – vielleicht noch nationaler oder auch schon transnational formierter – Akteure einer autochthonen Öffentlichkeit die am weitesten entfernte Vorstellung einer Europäischen Öffentlichkeit. Diese sukzessive Erweiterung von Funktionen entspricht im Kontext dieser Überlegungen einer aufeinander aufbauenden Entwicklung der in Abschnitt 3.1 zunächst analytisch getrennten Öffentlichkeitsphären.

Im Unterschied zur diskursiven Öffentlichkeitsvorstellung, deren Ansprüche an eine funktionierende Europäische Öffentlichkeit sich als Maßstab für die *zukünftige* Entwicklung und Diskussion politischen Maßnahmen in diese Richtung eignet, diene der repräsentativ-liberale Ansatz von Gerhards zur Analyse des *gegenwärtigen* Entwicklungsstands, da er ‚nur‘ das Minimalkriterium in Form massenmedial hergestellter Öffentlichkeit setzt.

Abschließend wird der Fokus auf drei Ansatzpunkte zu einer Erweiterung der theoretischen und empirischen Forschung gerichtet. Die ersten beiden, nämlich die genauere Bestimmung europäischer Themenkarrieren sowie die Erweiterung auf den Ländervergleich, knüpfen an der empirischen Analyse massenmedialer Öffentlichkeit an. Die dritte Möglichkeit ergibt sich aus theoretischen Überlegungen hinsichtlich einer Ausdifferenzierung verschiedener Ebenen Europäischer Öffentlichkeit.

Setzt man wie in der vorliegenden Arbeit die Europäisierung der nationalen Massenmedien voraus, könnte man mit einem detaillierteren inhaltsanalytischen Raster genauere Erkenntnisse über den EU-Journalismus und seine inhaltliche Entwicklung erlangen. In diesem Zusammenhang wäre eine differenziertere Operationalisierung von Europäisierung notwendig. Durch die Bestimmung europapolitischer *Themen*, der beteiligten *Akteure* – seien sie Urheber der Kommunikation, an bestimmten Ereignissen beteiligte oder in der Berichterstattung zu Wort kommende transnationale oder nationale Akteure – sowie der jeweiligen *Räume* wäre eine grobe Kategorienbildung möglich. Die genauere Betrachtung der Themen scheint deshalb aussagekräftig, da sich die von Eder genannte Issue-Orientierung, die auf das Merkmal der politikfeldspezifischen Gliederung der Europäischen Union zurückgeht, auch in der themenzentrierten Berichterstattung niederschlagen müsste. So kann gefragt werden, ob die EU-Nachrichten immer noch von den nachrichtenswertschwachen Berichten über die EU-Bürokratie dominiert werden oder ob die von Meyer (2000), Eder (2000) und Trenz (2000) exemplarisch angeführten Themenkarrieren, die vorwiegend Beispiele der Skandalkommunikation darstellen, zur Regel geworden sind. Aspekte der

inhaltsanalytischen Kategorie ‚Thema‘ könnten daher anhand der Fragen untersucht werden, welche Themen mit welcher Ausführlichkeit und mit welcher Bewertung journalistisch behandelt werden. Unabhängig von den journalistischen Artikeln oder Fernsehbeiträgen ergibt sich ein weiterer Untersuchungsgegenstand aus den Kommentaren, die als Spiegel der öffentlichen Meinungsbildung einen hohen Aussagewert haben. Nach Eder bilden sich entsprechend der jeweiligen Issue-Orientierung verschiedene Teilöffentlichkeiten aus. Begreift man diese in der Berichterstattung als Akteure, die via Massenmedien Resonanz für ihre Interessen zu erzeugen versuchen, kann man hier zwischen nationalen und transnationalen Akteuren unterscheiden. Diese Unterscheidung dient der Abgrenzung verschiedener neuer Räume, in denen sich Öffentlichkeit kristallisiert. Dazu gehören neben den nationalen Bezügen die jeweiligen neuen Orte supranationaler Politik sowie die jeweils variierenden Orte der Gipfeltreffen, Konferenzen etc. Dies ist deshalb von Bedeutung, da es einen Indikator dafür darstellt, inwieweit solche Räume als supranationale Machtzentren wahrgenommen werden, auf den sich der europäische Journalismus bezieht und nicht nur die jeweils für die politische Auslandsberichterstattung der vor Ort aktiven Korrespondenten. Die These der Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten von Gerhards kann mit einigen von Eder genannten typischen Elementen der EU-politischen Kommunikation zu einem Analyseraster kombiniert werden, das eine möglicherweise zunehmende länderübergreifende Vernetzung als Indikatoren einer Europäisierung beschreibt. Eine Inhaltsanalyse dieser Art ist – insbesondere im Längsschnitt – dann sinnvoll und aussagekräftig, wenn die Quantität der Europaberichterstattung weiter steigt. Die Zunahme der transnationalen Elemente könnte, wie auch die Zunahme der EU-Berichterstattung und der darin berücksichtigten EU-Mitgliedsländer, als Vorform Europäischer Öffentlichkeit interpretiert werden.

Neben der genaueren Analyse der nationalen Medieninhalte ist vor allem der *Ländervergleich* der jeweiligen nationalen Diskurse von entscheidender Bedeutung. Hier erst können über die Vorformen hinaus wirkliche Aussagen über eine Europäische Öffentlichkeit gemacht werden. Nach der Definition Eders ist für Europäische Öffentlichkeit entscheidend, „...ob in einem anonymen Massenpublikum zur gleichen Zeit die gleichen Themen unter gleichen Relevanzgesichtspunkten kommuniziert werden“ (EDER/KANTNER 2000: 315). Diese Definition impliziert nicht, dass die national durch Massenmedien vermittelten Themendiskurse in übereinstimmender, geschweige denn europäischer Perspektive ausgetragen werden. Ferner kann sich das anonyme Publikum durchaus entlang nationalstaatlicher Sprachgrenzen und unterschiedlicher Mediennutzungsgewohnheiten fragmentieren. Dennoch wäre die Synchronisation von europäischen Themen, die als Zwischenschritt noch vor einer Verschiebung der nationalen auf eine transnationale Perspektive in den nationalen Medien wahrscheinlich ist, ein komplexes Phänomen Europäischer Öffentlichkeit, da alle

europäischen BürgerInnen über ihre nationalen Medien Zugang zu dem EU-Thema und durch gleichzeitige Betroffenheit Möglichkeiten der Interessenartikulation hätten.⁹⁷

Die vehementen Warnungen von Eder u.a. vor dem Messen und Vergleichen der Formierung einer Europäischen Öffentlichkeit mit der Ausbildung nationalstaatlicher Öffentlichkeit sind von Bedeutung, wenn man die Perspektive auf unterschiedliche Ebenen von Öffentlichkeit erweitert. Das bedeutet, Öffentlichkeit nicht, wie in den vorhergehenden Überlegungen, medial zu definieren, sondern anhand von Kommunikationsräumen. Eder entwirft beispielsweise ein ‚Modell der variablen sozialen Lokalisierung von Öffentlichkeit‘ (vgl. EDER 2000: 167), indem er Öffentlichkeit als Netzwerk politischer Akteure beschreibt, die in einem transnationalen Raum agieren. In Abhängigkeit der Dimensionen ‚institutioneller Bezug der öffentlichen Kommunikation‘ (*politische Bezugsobjekte* wie nationale Regierungen oder Gremien der Europäischen Union als Adressaten) und ‚Ort, von dem die Kommunikation ausgeht‘ (*räumlich verschieden verortete Adressanten* gegenüber, nämlich nationalstaatliche Akteure und transnationale Akteure), zeigt er vier Formierungsmöglichkeiten, die seiner Meinung nach in drei Fällen Formen Europäischer Öffentlichkeit darstellen: a) immer dort, wo nationale (oder gar subnationale) Öffentlichkeiten supranationale Institutionen als relevante Objekte öffentlicher Kommunikation adressieren; b) immer dort, wo in transnationalen Kommunikationsräumen nationale Institutionen zum Gegenstand öffentlicher Kommunikation werden; und c) immer dort, wo in transnationalen Kommunikationsräumen supranationale Institutionen adressiert werden (vgl. ebd.: 176). Zusammenfassend bildet sich in beide Richtungen immer dann transnationale Öffentlichkeit heraus, wenn entweder die Kommunikation an transnationale Bezugsobjekte gerichtet ist oder diese von transnationalen Akteuren ausgeht. Hieraus ergibt sich eine Beschreibung für eine sich im transnationalen Kommunikationsraum formierende Präsenzöffentlichkeit, die Einfluss auf EU-politische Entscheidungsvorgänge nimmt.

Eine alternative Variante zur Einbeziehung des Kommunikationsraums ist der Versuch, das Gerhards/Neidhardt-Modell auf die europäischen Ebene zu übertragen und nach spezifisch europäischen Formen zu fragen: a) *Encounter-Öffentlichkeit*: Diese Ebene bleibt im Prinzip auf die nationale Ebene beschränkt, da alltägliche Mobilität nicht so groß ist, dass es länderübergreifend zu Begegnungen kommen könnte. Interessant für eine Europäische Öffentlichkeit, die als Encounter-Ebene definiert wird, ist aber die Begegnung von Menschen

⁹⁷ Dazu folgendes illustratives Beispiel: „Der Kursverfall des Euro ist eine große Chance. Die europaweite Sorge um die Stabilität des gemeinsamen Geldes könnte zum Geburtshelfer einer europäischen Öffentlichkeit werden. Von Finnland über Deutschland bis nach Portugal: Erstmals in der Geschichte der Europäischen Union (EU) hat sich die Frage nach den Ursachen der Euro-Schwäche zu einer grenzüberschreitenden Debatte entwickelt - und zwar, weil der Euro die Bürger in der Union unmittelbar und in gleichem Maße berührt.“ (Zöpl 2000).

unterschiedlicher Nationalitäten in Schüleraustauschen, europäischen Studienprogrammen und nicht zuletzt durch europäischen Tourismus. Auch hier kann es sich um kurzfristige Bildung von Öffentlichkeit handeln, die einen kurzfristigen Charakter hat und nicht von professionellen Rollen geprägt ist. In diesem Zusammenhang ist die Rolle der einheitlichen Währung und die langfristige Verbesserung der Sprachkenntnisse von Bedeutung; b) *Versammlungsöffentlichkeit*: diese Ebene kann für europapolitische Belange Formen hervorbringen. Interessant sind hier Phänomene wie die transnationale und kurzfristige Formierung von Protestgruppen wie zum Beispiel den Globalisierungskritikern; c) *Massenmediale Öffentlichkeit*: Diese ist, wie nun vielfach empirisch belegt, nationalstaatlich dominiert, wenn auch die Quantität und die Qualität europäischer Themen stark zugenommen hat und weiterhin zunehmen wird. Wenngleich transnationale Medien bislang an zu geringer Nachfrage scheiterten – wird es vermutlich immer wieder Versuche geben, Medien europaweit zu vertreiben. Dass es sich hierbei um kleinere Zielgruppen handelt, z.B. die Nachfrage politischer und wirtschaftlicher Eliten, ist insofern nicht ungewöhnlich als dass ja auch auf nationaler Ebene das Publikum nicht homogen, sondern fragmentiert ist.

Während die massenmediale Öffentlichkeit gute Ansatzpunkte für empirische Untersuchungen bietet, basieren die Überlegungen zur Formierung von Öffentlichkeit durch politische Handlungs- und Kommunikationsräume bislang auf hypothetischen Überlegungen. Daran wird jedoch deutlich, dass die Basis für eine sich entwickelnde Europäische Öffentlichkeit im Vergleich zur nationalstaatlichen Öffentlichkeit in ihren Dimensionen komplexer angelegt ist. Durch die nationale (vertikale) Ausdifferenzierung verschiedener Ebenen und der noch horizontal differenzierten Öffentlichkeiten in den einzelnen Ländern ergeben sich für die zukünftige Entwicklung eine Reihe von Hybridisierungsmöglichkeiten von Öffentlichkeit. Meyer vorschlägt in diesem Zusammenhang vor: „We should therefore perceive a Europeanisation of public spheres as an increasing overlap and extension of both national and European discourses, [...]“ (MEYER 2000: 111). Ferner verweisen auch Jürgen NEIDHARDT, RUUD KOOPMANS und BARBARA PFETSCH darauf,

„...dass die begrifflich sinnvolle Entgegensetzung von ‚europäischer Öffentlichkeit‘ und ‚europäisierten nationalen Öffentlichkeit‘ die Analyse empirisch nicht auf ein ‚entweder/oder‘ festlegt, sondern gerade die Formulierung von Kombinationen und Zusammenhängen erlaubt. Die Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten gehört zu den Hybridbildungen, in denen unterschiedliche Ebenen und Regime sich verschränken und durchdringen“ (NEIDHARDT ET AL. 2000: 290).

Hybridbildungen ergeben sich daraus, dass sich Kommunikationsräume verändern bzw. erweitern: Nicht mehr nur *eine* nationale, sondern *viele* nationale Öffentlichkeiten stehen in Beziehung zur Europäischen Union ebenso wie in Beziehung zueinander. Ferner muss und wird sie vermutlich Formen finden, die die sprachlichen und kulturellen Unterschiede überwindet.

LITERATURVERZEICHNIS

- Abromeit, Heidrun* (Hrsg.) (2001): Politik, Medien, Technik. Festschrift für Heribert Schatz. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bach, Maurizio* (Hrsg.) (2000): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, Sonderheft 40/2000 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bach, Maurizio* (1999): Die Bürokratisierung Europas. Verwaltungseliten, Experten und politische Legitimation in Europa. Frankfurt/Main, New York: Campus.
- Bach, Maurizio* (1995): Ist die europäische Einigung irreversibel? Integrationspolitik als Institutionenbildung in der Europäischen Union. In: Brigitta Nedelmann (Hrsg.): Politische Institutionen im Wandel. Sonderheft 35/1995 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S.368-391.
- Backhaus, Klaus / B. Erichson / W. Plinke / R. Weiber* (2000): Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung. 9. überarbeitete und erw. Auflage. Berlin: Springer.
- Baerns, Barbara / Juliana Raupp* (Hrsg.) (2000): Information und Kommunikation in Europa. schung und Praxis. Berlin: Vistas.
- Beierwaltes, Andreas* (2000): Demokratie und Medien. Der Begriff Öffentlichkeit und seine Bedeutung für die Demokratien in Europa. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Beierwaltes, Andreas* (1998): Sprachenvielfalt in der EU – Grenze einer Demokratisierung Europas? Bonn: Zentrum für Integrationsforschung.
- Beisheim, M. / S. Dreher / G. Walter / B. Zangl / M. Zürn* (Hrsg.) (1999): Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Bender, Peter* (1997): Europa als Gegenstand der politischen Kommunikation – eine vergleichende Untersuchung der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit von Europäischer Kommission, Europäischem Parlament und Regierungen ausgewählter EU-Mitgliedstaaten. Dissertation. Freiburg i.B.: Albert-Ludwigs-Universität.
- Benninghaus, Hans* (2001): Einführung in die sozialwissenschaftliche Datenanalyse. 4. Auflage. München, Wien: Oldenburg.
- Bortz, Jürgen* (1999): Statistik für Sozialwissenschaftler. 5. vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Berlin, Heidelberg, New York: Springer.
- Bos, Wilfried / Christian Tarnai* (Hrsg.) (1996): Computerunterstützte Inhaltsanalyse in den empirischen Sozialwissenschaften. Theorie – Anwendung – Software. Münster, New York: Waxmann.
- Brosius, Felix* (1998): SPSS 8.0: Professionelle Statistik unter Windows. Bonn: MITP-Verlag
- Brosius, Hans-Bernd* (Hrsg.) (2000): Kommunikation über Grenzen und Kulturen. Konstanz: UVK Medien.
- Bröker, Elmar* (1984): Computerunterstützte Inhaltsanalyse der internationalen Berichterstattung

der Massenmedien. Erfahrungen bei der Analyse großer Datenmengen mit einem komplexen Wörterbuch. In: Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.): Computergestützte Inhaltsanalyse in der empirischen Sozialforschung. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Bröker, Elmar (1981): Computerunterstützte Inhaltsanalyse der internationalen Berichterstattung. Zur Möglichkeit der systematischen Beschreibung internationaler Beziehungen. Dissertation: Westfälische Wilhelms-Universität zu Münster (Westf.).

Breunig, Christian (1996): Internationale Kommunikationspolitik im Wandel. Alte und neue Initiativen der UNESCO. In: Miriam Meckel / Markus Kriener (Hrsg.): Internationale Kommunikation. Eine Einführung. Opladen: Westdeutscher Verlag, S.67-84.

Brunkhorst, Hauke / Matthias Kettner (Hrsg.) (2000): Globalisierung und Demokratie. Wirtschaft, Recht, Medien. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Deichsel, Alexander (1975): Elektronische Inhaltsanalyse. Zur quantitativen Beobachtung sprachlichen Handelns. Berlin: Verlag Volker Spiess.

Eder, Klaus (2000): Zur Transformation nationalstaatlicher Öffentlichkeit in Europa. Von der Sprachgemeinschaft zu issuespezifischen Kommunikationsgemeinschaft. In: Berliner Journal für Soziologie, Heft 2, S.167-184.

Eder, Klaus / Cathleen Kantner (2000): Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40, S.306-331.

Eder, Klaus, Kai-Uwe Hellmann und Hans-Jörg Trez (1998): Regieren in Europa jenseits öffentlicher Legitimation? Eine Untersuchung zur Rolle von politischer Öffentlichkeit in Europa. In: Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Regieren in entgrenzte Räumen. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 29. Opladen: Westdeutscher Verlag, S.321-344.

Eilders, Christiane (1997): Nachrichtenfaktoren und Rezeption. Eine empirische Analyse zur Auswahl und Verarbeitung politischer Information. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Eilders, Christiane / Werner Wirth (1999): Die Nachrichtenwertforschung auf dem Weg zum Publikum: Eine experimentelle Überprüfung des Einflusses von Nachrichtenfaktoren bei der Rezeption. In: Publizistik, Jg.44 Heft 1, S.35-57.

Erbring, Lutz (Hrsg.) (1995): Kommunikationsraum Europa. Konstanz: UVK-Medien Ölschläger.

Faulstich, Werner / Knut Hacketier (Hrsg.) (2000): Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffserklärung. Nürnberg: Bardowick.

Faulstich, Werner (2000): „Europäische Öffentlichkeit“: Dimensionen des Begriffs aus kulturwissenschaftlicher Sicht. In: Ders. / Knut Hacketier (Hrsg.): Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffserklärung. Nürnberg: Bardowick, S.86-96.

Fritzler, Marc / Günther Unser (2001): Die Europäische Union. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Früh, Werner (1981, 1998): Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. 1. Auflage und 4. Auflage Konstanz: UVK Medien (=Reihe Uni-Papers, Bd. 3).

Fuchs, Dieter (2000): Demos und Nation in der europäischen Union. In: Hans-Dieter Klingemann / Friedhelm Neidhardt (Hrsg.): Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung. Berlin: edition sigma, S.215-236.

Fuchs, Dieter (1999): Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften. Berlin: WZB Paper, FS III 99-203.

- Gabriel, Oscar W. / Frank Brettschneider* (Hrsg.) (1994): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Galliker, Mark* (1996): Delegitimierung von Migranten im Mediendiskurs. Eine Co-Occurrence-Analyse von drei Jahrgängen einer Tageszeitung mit CD-Roms als Datenquelle. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jahrgang 48; Jahr 1996, Heft 4, S.704-727.
- Galtung, Johan / Ruge, Mari H.* (1965): The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crisis in Four Norwegian Newspapers. *Journal Of Peace Research* 2, S.64-91.
- Gehrke, Gernot* (1998): Europa ohne Europäer – eine Frage der Kommunikation? Düsseldorf: Europäisches Medieninstitut e.V. Mediafact.
- Gerhards, Jürgen* (2001): Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeits-theorien. Vortragsmanuskript. Erscheint in: Hartmut Kaelble, Martin Kirsch, Alexander Schmidt-Gernig (Hrsg.): *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*. Frankfurt: Campus 2002.
- Gerhards, Jürgen* (2000): Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 40, S.277-305.
- Gerhards, Jürgen* (1998): Konzeptionen von Öffentlichkeit unter heutigen Medienbedin-gungen. In: Otfried Jarren / Friedrich Krotz (Hrsg.): *Öffentlichkeit unter Viel-Kanal-Bedingungen*. Baden-Baden; Hamburg: Nomos Verlagsgesellschaft, S.25-28.
- Gerhards, Jürgen* (1997): Diskursive versus liberale Öffentlichkeit: Eine empirische Auseinander-setzung mit Jürgen Habermas. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49, S.1-39.
- Gerhards, Jürgen* (1993): Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. Berlin: WZB Paper (FS III 93-101).
- Gerhards, Jürgen / Neidhardt, Friedhelm* (1990): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlich-keit: Fragestellungen und Ansätze. Berlin: WZB Paper (FS III 90-101).
- Gramberger, Marc R.* (1997): Die Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Kommission 1952-1996. PR zur Legitimation von Integration? Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Guggisberg, Marie-Therese* (1976): Das Auslandsbild der Presse: Eine vergleichende Analyse der Auslandsberichterstattung ausgewählter Zeitungen neutraler Kleinstaaten. (= *Communicatio publica*, Bd.6). Bern, Stuttgart: Haupt.
- Habermas, Jürgen* (1998): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Hagen, Lutz M.* (2001): Freitextrecherchen in Mediendatenbanken als Verfahren zur computerun-terstützten Inhaltsanalyse. beschreibung, theoretische und praktische Überlegungen zur Vali-dität und ein Anwendungsbeispiel. In: Wirth, Werner / Edmund Lauf (Hrsg.) (2001): *In-haltsanalyse: Perspektiven, Probleme, Potentiale*. Köln: Halem, S.337-352.
- Hagen, Lutz M. / Harald Berens / Reimar Zeh und Daniela Leidner* (1998): Ländermerkmale als Nachrichtenfaktoren. Der Nachrichtenwert von Ländern und seine Determinanten in den Auslandsnachrichten von Zeitungen und Fernsehen aus 28 Ländern. In: Holz-Bacha, Chris-tina / Helmut Scherer und Norbert Waldmann (Hrsg.): *Wie die Medien die Welt erschaffen und wie die Menschen darin leben*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S.59-82.

- Hagen, Lutz M.* (1998): Die Beachtung Deutschlands in ausländischen Medien als Funktion des Nachrichtenfaktors Nähe. Eine Analyse von Zeitungs- und Fernsehnachrichten. In: Publizistik 1998, Nr. 43, Heft 2, S.143-157.
- Hasebrink, Uwe* (2000): Europäische Öffentlichkeit: Zur Konstruktion von Kommunikationsräumen in Europa durch Medienpublika. In: Werner Faulstich / Knut Hacketier (Hrsg.): Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffserklärung. Nürnberg: Bardowick, S.97-109.
- Hasebrink, Uwe* (1995): Vergleichende Betrachtungen zur Fernsehnutzung in Europa. In: Lutz Erbring (Hrsg.): Kommunikationsraum Europa. Konstanz: UVK-Medien Ötschläger. S.190-202.
- Hradil, Stefan / Stefan Immerfall* (Hrsg.) (1997): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen: Leske + Budrich.
- Hradil, Stefan* (1994): Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel. In: Gabriel, Oscar W. / Frank Brettschneider (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. 2. überarb. u. erw. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag, S.52-95.
- Immerfall, Stefan / Sobisch, Andreas* (1997): Europäische Integration und europäische Identität: Die Europäische Union im Bewußtsein ihrer Bürger. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B10, S.25-37.
- Immerfall, Stefan* (1995): Einführung in den europäischen Gesellschaftsvergleich. Ansätze – Problemstellungen - Befunde. 2. ergänzte und überarb. Auflage. Passau: Rothe.
- IWV* (2001): IWV-Quartal 2/2001. Bonn: Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.
- Jachtenfuchs, Markus / Beate Kohler-Koch* (1996): Regieren im dynamischen Mehrebenensystem. In: Diess. (Hrsg.): Europäische Integration. Opladen: Leske+Budrich, S.15-46.
- Dahinden, Urs* (2000): Demokratisierung dank Internet? – Zum Austauschverhältnis zwischen neuen elektronischen und traditionellen massenmedialen Öffentlichkeiten. In: Otfried Jarren / Kurt Imhof / Roger Blum (Hrsg.): Zerfall der Öffentlichkeit? Wiesbaden: Westdeutscher Verlag (= Mediensymposium Luzern Bd.6), S.240-254.
- Jarren, Otfried / Ulrich Sarcinelli / Ulrich Saxer* (Hrsg.) (1998): Politische Kommunikation in der demokratischen Öffentlichkeit. Ein Handbuch. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Jarren, Otfried / Schatz, Heribert / Weßler, Hartmut* (Hrsg.) (1996): Medien und politischer Prozeß. Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kaelble, Helmut* (1997): Europäische Vielfalt und der Weg zu einer europäischen Gesellschaft. In: Stefan Hradil / Stefan Immerfall (Hrsg.): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen: Leske + Budrich, S.27-70.
- Kepplinger, Hans Mathias* (1998a): Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft. Freiburg: Alber.
- Kepplinger, Hans Mathias* (1998b): Der Nachrichtenwert der Nachrichtenfaktoren. In: Holz-Bacha, Christina / Helmut Scherer und Norbert Waldmann (Hrsg.): Wie die Medien die Welt erschaffen und wie die Menschen darin leben. Opladen: Westdeutscher Verlag, S.19-38.
- Kettner, Matthias / Maria-Luise Schneider* (2000): Öffentlichkeit und entgrenzter politischer

Handlungsraum: Der Traum von der „Weltöffentlichkeit“ und die Lehren des europäischen Publizitätsproblems. In: Brunkhorst, Hauke / Matthias Kettner (Hrsg.): Globalisierung und Demokratie. Wirtschaft, Recht, Medien. Frankfurt/ Main: Suhrkamp, S.369-411.

Kielmansegg, Peter Graf (1996): Integration und Demokratie. In: Markus Jachtenfuchs / Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Europäische Integration. Opladen: Leske + Budrich, S.47-72.

Kleinsteuber, Hans J. / Torsten Rossmann (1994): Europa als Kommunikationsraum. Akteure, Strukturen, Konfliktpotentiale in der europäischen Medienpolitik. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.) (1984): Computergestützte Inhaltsanalyse in der empirischen Sozialforschung. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Kohler-Koch, Beate (Hrsg.) (1998): Regieren in entgrenzten Räumen. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 29. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Kohler-Koch, Beate (2000): Europäisierung. Plädoyer für eine Horizonterweiterung. In: Michèle Knodt / Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung. Frankfurt/Main, New York: Campus (= Mannheimer Jahrbuch für europäische Sozialforschung, Bd. 5), S.11-31.

Kopper, Gerd. G. (Hrsg.) (2001): Europa als Herausforderung. Zur Modernisierung und Qualifizierung journalistischer Ausbildung durch europäische Programme und Forschung. Berlin: Vistas.

Kopper, Gerd. G. (Hrsg.) (1997): Europäische Öffentlichkeit. Entwicklung von Strukturen und Theorie. Berlin: Vistas.

Lepsius, M. Rainer (1999): Die Europäische Union. Ökonomisch-politische Integration und kulturelle Pluralität. In: Viehoff, Reinhold / Segers, Rien T. (Hrsg.): Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und die Möglichkeiten einer Konstruktion. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S.201-222.

Läufer, Thomas (Hrsg.) (1999): Vertrag von Amsterdam. Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages mit den deutschen Begleitgesetzen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Lünenborg, Margret (2000): Journalismusforschung across the border. Theoretische und empirische Herausforderungen europäisch vergleichender Journalismusforschung. In: *Hans-Bernd Brosius* (Hrsg.): Kommunikation über Grenzen und Kulturen. Konstanz: UVK Medien, S.245-263.

Marschall, Stefan (1998): Netzöffentlichkeit – eine demokratische Alternative? In: Winand Gellner / Fritz von Korff (Hrsg.): Demokratie und Internet. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S.43-54.

Maurer, Andreas (2000): Europäisches Parlament. In: Weidenfeld, Werner / Wolfgang Wessels (Hrsg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. 7. Auflage, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S.188-197.

Meckel, Miriam (1995): Fernsehen ohne Grenzen? Europas Fernsehen zwischen Integration und Segmentierung. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Melich, Anna (2000): Monitoring European Public Opinion through the Eurobarometer. In: Barbara Baerns / Juliana Raupp (Hrsg.): Information und Kommunikation in Europa. Forschung und Praxis. Berlin: Vistas, S.138-146.

Meyer, Christoph Olaf (2000): Towards A European Public Sphere? Transnational Investigative

- Journalism And The European Commission's Resignation. In: Barbara Baerns / Juliana Raupp (Hrsg.): Information und Kommunikation in Europa. Forschung und Praxis. Berlin: Vistas, S.107-127.
- Münch, Richard* (1999): Europäische Identitätsbildung. Zwischen globaler Dynamik, nationaler und regionaler Gegenbewegung. In: Viehoff, Reinhold / Segers, Rien T. (Hrsg.): Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und die Möglichkeiten einer Konstruktion. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S.223-252.
- Münch, Richard* (1993): Das Projekt Europa. Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Neidhardt, Friedhelm / Ruud Koopmans / Barbara Pfetsch* (2000): Konstitutionsbedingungen politischer Öffentlichkeit: Der Fall Europa. In: Hans-Dieter Klingemann / Friedhelm Neidhardt (Hrsg.): Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung. Berlin: edition sigma, S.263-293.
- Neuberger, Christoph* (1996): Journalismus als Problembearbeitung. Objektivität und Relevanz in der öffentlichen Kommunikation. Konstanz: UVK Medien.
- Niedermeyer, Oskar* (1998): Die Entwicklung der öffentlichen Meinung in Europa. In: Mathias Jopp/ Andreas Maurer / Heinrich Schneider (Hrsg.): Europapolitische Grundverständnisse im Wandel. Analysen und Konsequenzen für die politische Bildung. Bonn: Europa-Union-Verlag.
- Pfetsch, Frank R.* (2001): Die Europäische Union. Geschichte, Institutionen, Prozesse. 2. erweiterte und aktualisierte Auflage. München: W. Fink.
- Pinzler, Petra* (2002): Beamte versenken. In: DIE ZEIT Nr.20 vom 8. Mai 2002.
- Rucht, Dieter* (2000): Zur Europäisierung politischer Mobilisierung. In: Berliner Journal für Soziologie, Bd. 10, Nr.4, S.185-202.
- Scharpf, Fritz W.* (1999): Regieren in Europa: effektiv und demokratisch? Frankfurt/Main, New York: Campus.
- Schenk, Birgit* (1987): Die Struktur des internationalen Nachrichtenflusses: Analyse der empirischen Studien. In: Rundfunk & Fernsehen 35, S.36-54.
- Schnell, Rainer / Paul B. Hill / Elke Esser* (1999): Methoden der empirischen Sozialforschung. 6. völlig überarbeitete und erweiterte Auflage München, Wien: Oldenburg.
- Schroeder, Michael* (1996): Arte: Kulturprogramm mit europäischem Auftrag. In: Media Perspektiven 2/1992, S.93-104.
- Schulz, Winfried* (1997): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zur Rolle der Massenmedien in der Politik. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schulz, Winfried* (1983): Nachrichtengeographie. Untersuchungen über die Struktur der internationalen Berichterstattung. In: Manfred Rühl / H. W. Stüber (Hrsg.): Kommunikationspolitik in Forschung und Anwendung. Festschrift für Franz Ronneberger. Düsseldorf: Droste, S.281-291.
- Schulz, Winfried* (1976): Die Konstruktion der Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung. Freiburg, München: Karl Alber.
- Sievert, Holger* (1998): Europäischer Journalismus. Theorie und Empirie aktueller Medienkommunikation in der Europäischen Union. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Staab, Joachim Friedrich* (1990): Nachrichtenwerttheorie. Formale Struktur und empirischer Gehalt.

Freiburg/ München: Karl Alber.

- Stock, Martin* (2001): Medienfreiheit in Europa – „dienende“ und/oder „verdienende“ Freiheit? Art. 5 GG, Art 10 EMRK und Art. 11 EU-Grundrechtscharta im Vergleich. In: Heidrun Abromeit (Hrsg.) (2001): Politik, Medien, Technik. Festschrift für Heribert Schatz. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 160-186.
- Statz, Albert /Klaus-Peter Weiner* (1995): Transnationalisierung der Politik. Entwicklung und Perspektiven der Europäischen Union. Berlin: Arbeitspapier 028 des Instituts für internationale Politik.
- Trenz, Hans-Jörg* (2000): Korruption und politischer Skandal in der EU. Auf dem Weg zu einer europäischen politischen Öffentlichkeit? In: KZfSS, Sonderheft 40, S.332-359.
- Viehoff, Reinhold / Segers, Rien T.* (Hrsg.) (1999): Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und die Möglichkeiten einer Konstruktion. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Vom Kolke, Ernst-Gerd* (1996): Online-Datenbanken. Systematische Einführung in die Nutzung elektronischer Fachinformation. 2. völlig überarb. Auflage. München, Wien: R. Oldenburg.
- Waschkuhn, Arno* (1998): Demokratietheorien: politiktheoretische und ideengeschichtliche Grundzüge. München, Wien: Oldenburg.
- Weindl, Josef / Wichard Woyke* (1999): Europäische Union: institutionelles System, Binnenmarkt sowie Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages. 4. aktualisierte und erweiterte Auflage. München, Wien: Oldenburg.
- Weidenfeld, Werner / Wolfgang Wessels* (Hrsg.) (2000): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. 7. Auflage, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Wessels, Wolfgang / Udo Diedrichs* (2000): Europäische Union. In: Weidenfeld, Werner / Wolfgang Wessels (Hrsg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. 7. Auflage, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S.162-171.
- Wessels, Wolfgang* (1997): An Ever Closer Fusion? A Dynamic Macropolitical View on Integration Processes. In: Journal of Common Market Studies. No.35, 267-299.
- Westerbarkey, Joachim* (1991): Das Geheimnis: zur funktionalen Ambivalenz von Kommunikationsstrukturen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Wilke, Jürgen* (1998): Konstanten und Veränderungen der Auslandsberichterstattung. In: Holz-Bacha, Christina / Helmut Scherer und Norbert Waldmann (Hrsg.): Wie die Medien die Welt erschaffen und wie die Menschen darin leben. Opladen: Westdeutscher Verlag, S.39-57.
- Wilke, Jürgen* (1986): Auslandsberichterstattung und internationaler Nachrichtenfluß im Wandel. In: Publizistik 31, S.53-90.
- Wilke, Jürgen* (1984): Nachrichtenauswahl und Medienrealität in vier Jahrhunderten. Berlin, New York: de Gruyter.
- Wirth, Werner / Edmund Lauf* (Hrsg.) (2001): Inhaltsanalyse: Perspektiven, Probleme, Potentiale. Köln: Halem.
- Zürn, Michael* (1998): Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Zölpel, Christoph* (2000): Der schwache Euro ist gut. In: DIE ZEIT Nr. 38/2000.

Elektronische Ressourcen:

Der Fischer Weltalmanach auf CD-Rom: Zahlen. Daten. Fakten 2001. München: Systema in der United Soft Media Verlag GmbH 2000.

Spiegel Almanach: Alle Länder der Welt. Zahlen. Daten. Analysen. Hamburg: Spiegel-Buchverlag; Hamburg: Hoffmann und Campe 2001.

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland und für das Ausland. Stuttgart: Metzler-Poeschel, 2001.

Die FAZ auf CD-ROM: Frankfurter Allgemeine, Archiv (Jahrgänge 1995 bis 2000). Frankfurt/Main: Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Frankfurter Rundschau. Jahresausgabe: alle Artikel auf CD-ROM (Jahrgänge 1997 bis 2000). Frankfurt/Main: Druck- und Verlags-Haus Frankfurt am Main

Süddeutsche Zeitung. Deutschlands große Tageszeitung. Jahresausgabe (Jahrgänge 1995 bis 2000). München: Süddeutsche Zeitung Verlag.

TazCompact. (Jahrgänge 1986 bis 1999). Berlin: Contrapress Media GmbH.

Vorträge auf der Tagung „Europäische Union und europäische Öffentlichkeit“ (07.02. bis 09.02.2002) in Nürnberg:

Kalantzi, Martha (2002): Europa in der Tagespresse Deutschlands und Griechenlands – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung.

Kleinsteuber, Hans J. (2002): Strukturwandel der europäischen Öffentlichkeit? Von deutscher Öffentlichkeitsforschung zur European Public Sphere.

Stock, Martin (2002): Medienfreiheit als europäisches Grundrecht – „dienende“ oder „verdienende“ Freiheit?

Meyer, Christoph O. (2002): Kontrolle durch Europäische Öffentlichkeit? Das Brüsseler Pressekorps und der Rücktritt der EU-Kommission.

Peter, Jochen (2002): Marginalisiert, thematisch begrenzt und eher negativ – erste Ergebnisse einer komparativen Inhaltsanalyse der Fernsehberichterstattung über die Europäische Union.

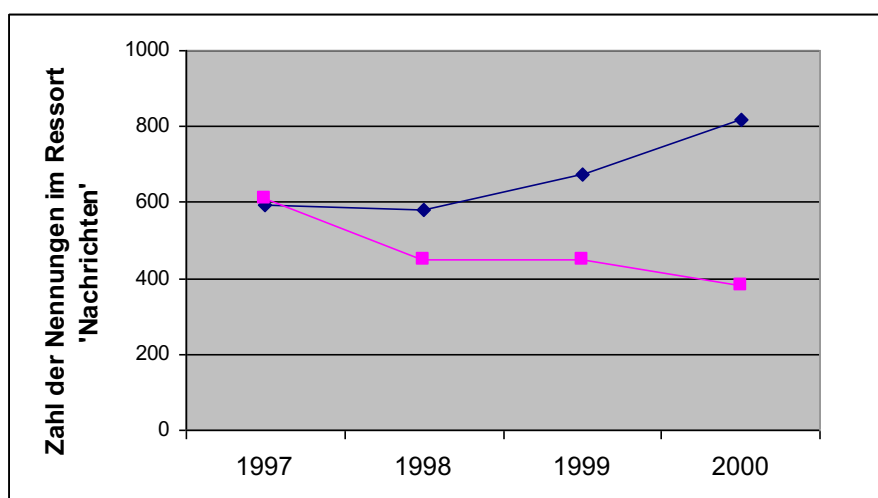
Scherer, Helmut / Vesper, Simone (2002): Was schreiben die Anderen? Die Repräsentation medialer Debatten aus Ländern der EU in der nationalen Qualitätspresse als Vorform europäischer Öffentlichkeit.

Wilke, Jürgen (2002): Wahlkampfkommunikation zur Europawahl 1999.

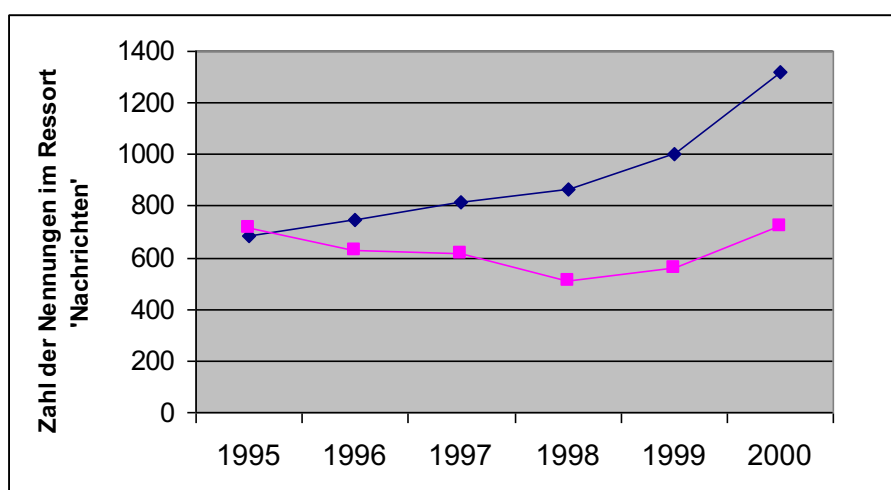
ANHANG

Entwicklung der Verwendung der synonymen Begriffe ‚EU‘ und ‚Europäische Union‘ in den drei untersuchten Tageszeitungen:

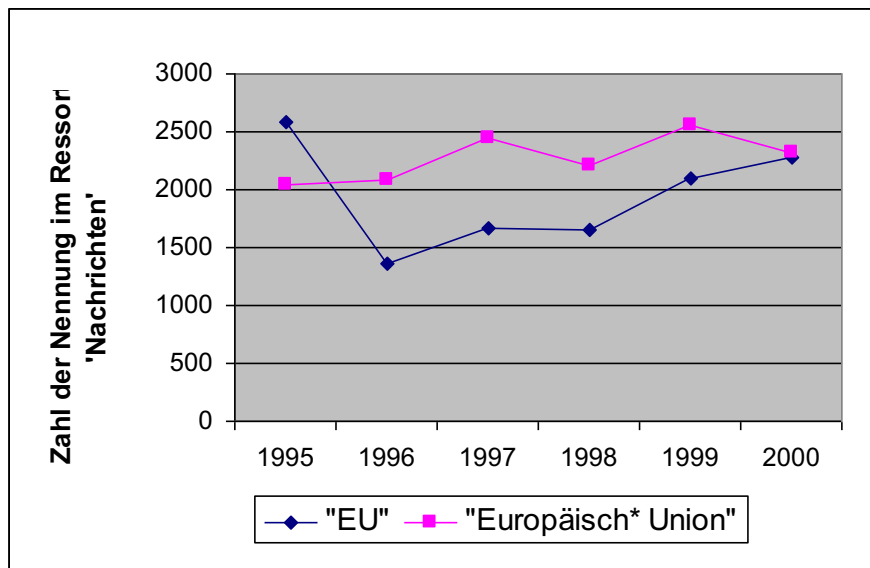
1. Frankfurter Rundschau



2.2 Süddeutsche Zeitung



2.1 Frankfurter Allgemeine Zeitung



Erklärung

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende wissenschaftliche Arbeit in allen Teilen selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe.

Ich bin damit einverstanden, dass meine Arbeit in der Bibliothek öffentlich eingesehen werden kann. Die Urheberrechte müssen gewahrt bleiben. Die Arbeit enthält keine personenbezogenen Daten.

Leipzig, 28. Mai 2002

Anke Offerhaus